

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@parl.admin.ch

00.403 Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze



00.403 - Parlamentarische Initiative.

Texte français

Anstossfinanzierung für familienergänzende BetreuungsplätzeZusammenfassung
der Beratungen

Eingereicht von Fehr Jacqueline
Einreichungsdatum 22.03.2000
Eingereicht im Nationalrat
Stand der Beratung Erledigt

Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes reiche ich folgende Parlamentarische Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

Es sind die nötigen gesetzlichen Grundlagen auszuarbeiten, die es dem Bund ermöglichen, die Gemeinden bei der Einrichtung von familienergänzenden Betreuungsplätzen (Krippen, Horte, Tagesfamilien, Tagesschulen usw.) finanziell zu unterstützen.

Der Bund soll während zehn Jahren nach Inkrafttreten der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen als Anstossfinanzierung jährlich maximal 100 Millionen Franken an familienergänzende Betreuungsplätze beisteuern. Die Einrichtungen müssen staatlich anerkannt sein. Die Plätze werden durch den Bund während höchstens zwei Jahren nach der Gründung entsprechender Einrichtungen oder Betreuungsverhältnisse unterstützt. Die Unterstützung soll einen Drittel der Betriebskosten nicht übersteigen.

Begründung

Es ist erfreulich, dass dem Bund durch die bessere Wirtschaftslage mehr finanzieller Spielraum zur Verfügung steht. Diese zu erwartenden Mehreinnahmen aber in Form von Steuergeschenken an die Banken und die Reichen weiterzugeben macht volkswirtschaftlich keinen Sinn. Stattdessen sind diese Einnahmen in erster Linie für die Schuldensanierung zu verwenden. Zweitens sollen damit diejenigen Menschen in unserem Land entlastet werden, die während der Rezession verloren haben, d. h. die unteren und mittleren Einkommen. Und drittens soll der Staat diesen finanziellen Spielraum nutzen, um dort zu investieren, wo uns in Zukunft ein Engpass droht, d. h. u. a. in die Rahmenbedingungen und in die Infrastruktur, die es braucht, damit Mütter und Väter Beruf und Familie vereinbaren können.

Diese fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft immer grössere Probleme.

- In verschiedenen Berufen ist bereits wieder ein Arbeitskräftemangel festzustellen. Am augenfälligsten ist er bei den Informatikerinnen und Informatikern. Aber auch in der Pflege macht sich ein deutlicher Mangel an Arbeitskräften breit. Andere Berufsfelder werden folgen. Während das Kantonsspital Winterthur per Inserat Krankenschwestern in Norwegen sucht, weigert sich dieselbe Spitalleitung, eine Krippe einzurichten, um Müttern und Vätern auch nach der Geburt ihrer Kinder zu ermöglichen, ihren Beruf auszuüben.

- Die Geburtenzahlen sinken in der Schweiz stetig. Gerade mal 1,5 Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter kommen in der Schweiz zur Welt. Wollten wir die Bevölkerungszahl stabilisieren, müssten es 2,1 Kinder sein. Die Gründe für die sinkenden Geburtenzahlen sind bekannt: eine allgemeine Unsicherheit vor der Zukunft, finanzielle Engpässe und die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf.

- Die Anzahl der Scheidungen nimmt zu. Rund vier von zehn Ehen werden geschieden - die meisten, wenn die Kinder noch schulpflichtig sind. Mütter, die wegen der Kinder aus der Erwerbsarbeit ausgestiegen sind, haben es nach einer Scheidung ausserordentlich schwer, beruflich wieder Tritt zu fassen, und sind deshalb weit überdurchschnittlich auf staatliche Hilfe angewiesen.

Diese Probleme können u. a. mit einem deutlichen Ausbau der familienergänzenden Betreuungsplätze (Krippen, Horte, Tagesfamilien, Tagesschulen usw.) gelöst werden. Dies umso mehr, als diese Einrichtungen auch aus pädagogischer Sicht sehr erwünscht sind. Vier von zehn Kindern wachsen heute als Einzelkinder auf. Dazu kommen all diejenigen Kinder mit deutlich älteren und deutlich jüngeren Geschwistern. Die Möglichkeiten des sozialen Lernens innerhalb der Familie werden immer kleiner. Zudem weiss man heute, dass eine längere und regelmässige Verweildauer in der Schule oder im Kindergarten auf die Kinder beruhigend wirken kann. Die täglich wechselnden Schulzeiten und der schnelle Rhythmuswechsel zwischen Schule und Zuhause durch die zerstückelten Stundenpläne und kurzen Schulzeiten widersprechen den kindlichen Bedürfnissen und bedeuten oft unnötigen Stress. Auch die Gefahren auf den Schulwegen könnten reduziert werden, wenn die Kinder gleichzeitig und wenn möglich nur noch einmal am Tag zur Schule gingen. Erinnern wir uns doch an früher: In ländlichen Gemeinden waren Ganztageskindergärten und Mittagstische bis vor kurzem absolut üblich. Die langen Schulwege und die beruflichen Verpflichtungen der Bauernfamilien machten solche Angebote nötig, aber auch möglich - zum Nutzen aller.

Trotz dieses offenkundigen Bedarfs und des ebenso offenkundigen Nutzens für alle Beteiligten fehlen in der Schweiz Tausende von Betreuungsplätzen. Das Vorschulwesen und grösstenteils auch die Ausgestaltung der Volksschule sind in der Schweiz kommunal geregelt. Es hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es keine "Entwicklung von unten" geben wird. Die Verantwortlichen in den Gemeinden sind meist viel zu weit vom Thema weg. Die betroffenen Eltern resignieren, da sie damit rechnen müssen, dass ihre Kinder längst

nicht mehr profitieren würden, wenn eine Einrichtung nach jahrelangem Kampf endlich gegründet werden könnte. Angesichts der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung muss deshalb der Bund mit einem konkreten Engagement klarmachen, dass er an einem Ausbau des familienergänzenden Angebotes interessiert ist. Eine Anstossfinanzierung, die auf zehn Jahre beschränkt ist, könnte vieles in Bewegung setzen, ohne die staatliche Kompetenzordnung in Frage zu stellen. Nach zehn Jahren würde sich der Bund wieder vollumfänglich aus diesem Engagement zurückziehen.

Mit 100 Millionen Franken könnten jährlich rund 12 500 Krippenplätze zu einem Drittel der Betriebskosten finanziert werden. (Kosten für einen Krippenplatz: etwa 90 Franken pro Tag, d. h. rund 8000 Franken pro Jahr.) Bei Hort-, Tagesfamilien- und Tagesschulplätzen vergrössert sich diese Zahl, da diese Angebote pro Tag etwas weniger kosten (weniger reine Betreuungsstunden pro Tag). Mit einer Mischrechnung können wir demnach von jährlich rund 20 000 Plätzen ausgehen. Würden alle zwei Jahre 20 000 familienergänzende Betreuungsplätze gegründet, hätte die Schweiz nach zehn Jahren rund 100 000 zusätzliche Betreuungsplätze. Im Jahre 1990 standen in der Schweiz rund 42 000 Betreuungsplätze zur Verfügung. Wenn wir die Entwicklung der vergangenen zehn Jahre berücksichtigen, können wir davon ausgehen, dass gegenwärtig rund 50 000 Plätze in Krippen, Horten, Tagesfamilien und Tagesschulen zur Verfügung stehen. Zum Vergleich: In der Schweiz leben zurzeit rund 1,2 Millionen Kinder zwischen 0 und 14 Jahren. Studien zeigen, dass ein Platz von rund 1,3 Kindern belegt wird. Mit andern Worten: 150 000 Plätze kommen rund 200 000 Kindern zugute. Oder anders gesagt: Mit 150 000 Betreuungsplätzen könnte rund jedes sechste Kind zeitweilig von einem Platz in einer Krippe, einem Hort, einer Tagesschule oder einer Tagesfamilie profitieren. Rund sechs von zehn Mütter mit Kindern unter 15 Jahren sind heute (teilweise) erwerbstätig. Daraus ersieht man deutlich, dass das oben skizzierte Angebot etwa den künftigen Bedürfnissen entsprechen dürfte. Erfahrungen zeigen, dass eine neu gegründete Krippe rund zwei Jahre benötigt, bis ihr Betrieb optimal läuft und das Angebot regelmässig ausgelastet ist. In dieser Startphase, in der auch oft zusätzliche Investitionen anstehen, soll der Bund private und öffentliche Trägerschaften unterstützen können. Eine familienergänzende Einrichtung, die allen sozialen Schichten offen stehen soll, muss mit einem sozialen Tarifsystem geführt werden. In Krippen, die von den Gemeinden subventioniert werden, decken die Beiträge der Eltern rund einen Drittel der Kosten. Damit die Belastung für die Gemeinde berechenbar bleibt, soll der Bundesbeitrag diesen einen Drittel der Betriebskosten nicht übersteigen. Der Bund würde also konkret die Gründungskosten (Planungskosten, Investitionen, Anschaffungen, Öffentlichkeitsarbeit usw.) sowie die Kosten, die durch eine anfänglich unregelmässige Auslastung entstehen, übernehmen.

Chronologie:

21.03.2001 NR Der Initiative wird Folge gegeben.

Vorlage 1

Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

Chronologie:

17.04.2002 NR Beschluss gemäss Antrag der Kommission.

18.06.2002 SR Abweichend.

30.09.2002 NR Zustimmung.

04.10.2002 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

04.10.2002 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt 2002 6491; Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2003

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2003 229

Vorlage 2

Bundesbeschluss über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

Chronologie:

17.04.2002 NR Beschluss gemäss Antrag der Kommission.

18.06.2002 SR Abweichend.

30.09.2002 NR Zustimmung.

Dieser Beschluss wird im Bundesblatt veröffentlicht, sobald die entsprechende Rechtsgrundlage in Kraft tritt.

Bundesblatt 2003 410

Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle

Zuständig

Departement des Innern (EDI) für alle Vorlagen

Behandelnde Kommissionen

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (SGK-NR)

Antrag: Differenzbereinigung

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR (SGK-SR)
Antrag: Eintreten

Kommissionsberichte 22. Februar 2001 - Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit - Nationalrat

Konnexe Geschäfte 02.3008

Mitunterzeichnende Aeppli Wartmann Regine - Chappuis Liliane - Chiffelle Pierre - de Dardel Jean-Nils - Dormond Béguelin Marlyse - Fässler-Osterwalder Hildegard - Fetz Anita - Garbani Valérie - Goll Christine - Gross Jost - Gysin Remo - Haering Barbara - Hämmerle Andrea - Hofmann Urs - Jossen-Zinsstag Peter - Koch Ursula - Leutenegger Oberholzer Susanne - Maillard Pierre-Yves - Marti Werner - Pedrina Fabio - Rechsteiner Rudolf - Rossini Stéphane - Schwaab Jean Jacques - Sommaruga Simonetta - Strahm Rudolf - Stump Doris - Thanei Anita - Vollmer Peter - Wyss Ursula (29)

Deskriptoren Kinderbetreuung; Tagesschule; Subvention;

 Home

00.403 - Initiative parlementaire.

Deutscher Text

Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial

Synthèse des délibérations

Déposé par Fehr Jacqueline
Date de dépôt 22-03-2000
Déposé au Conseil national
Etat actuel Liquidé

Texte déposé

Me fondant sur l'article 160 alinéa 1er de la Constitution fédérale et sur l'article 21bis de la loi sur les rapports entre les conseils, je dépose l'initiative parlementaire suivante présentée sous la forme d'une demande conçue en termes généraux:

Il est nécessaire d'élaborer des bases légales propres à permettre à la Confédération d'apporter un soutien financier aux communes qui créent des places d'accueil pour les enfants afin de seconder les familles (crèches, garderies, mères de jour, écoles à demi-pension, etc.).

Pendant les dix ans qui suivront l'entrée en vigueur de ces bases légales, la Confédération stimulera la création de places d'accueil pour les enfants en affectant 100 millions de francs par an au maximum à leur financement. Les structures qui bénéficieront de cette aide devront être reconnues par l'Etat. La Confédération maintiendra son soutien financier pendant deux ans au plus à compter de la création de la structure ou du début de la prise en charge. La participation financière de la Confédération ne devra pas représenter plus d'un tiers des frais d'exploitation.

Développement

L'embellie économique permet à la Confédération d'avoir les coudées plus franches sur le plan financier, et on s'en félicite. Cependant, il serait peu rationnel de reverser les recettes supplémentaires aux banques et aux riches sous forme de cadeaux fiscaux. Ces recettes doivent être affectées en premier lieu au remboursement des dettes. Elles doivent être utilisées en second lieu pour alléger les charges de ceux et celles que la récession a mis à mal, c'est-à-dire des personnes à bas revenu et des classes moyennes. En troisième lieu, elles doivent servir à financer les investissements de l'Etat dans les secteurs où la situation menace de devenir critique, notamment dans des actions qui améliorent les structures d'accueil et les possibilités de garde des enfants et permettent aux pères et mères de concilier vie familiale et vie professionnelle.

La difficulté de concilier travail et famille pose en effet des problèmes croissants.

- Plusieurs professions souffrent d'une pénurie de personnel qualifié. Le cas le plus flagrant est celui du secteur informatique; mais cette pénurie se fait sentir également dans le domaine des soins, et elle menace de s'étendre à d'autres secteurs. Alors que l'hôpital cantonal de Winterthur recherche des infirmières en Norvège par voie d'annonces, la direction du même hôpital refuse de créer une crèche afin de permettre aux mères et pères de continuer à exercer leur métier après la naissance de l'enfant.

- En Suisse, la natalité ne cesse de baisser; les femmes en âge de procréer mettent en moyenne 1,5 enfant au monde. Pour rééquilibrer l'évolution démographique, il faudrait porter ce chiffre à 2,1 enfants. Les raisons de la baisse de la natalité sont connues: avenir incertain, difficultés financières et impossibilité de concilier travail et famille.

- Le nombre de divorces ne cesse d'augmenter. Environ quatre couples sur dix divorcent, et ces divorces ont lieu pour la plupart quand les enfants sont scolarisés. Les mères qui ont quitté le monde du travail pour cause de maternité ont beaucoup de difficultés à reprendre pied dans la vie active après un divorce. Elles dépendent donc des aides de l'Etat dans une proportion bien supérieure à la moyenne.

On pourrait résoudre ces problèmes en développant, entre autres, les structures et possibilités d'accueil des enfants en dehors de la famille (crèches, garderies, mères de jour, écoles à demi-pension, etc.), d'autant plus que ces formules sont très intéressantes du point de vue pédagogique. Aujourd'hui, en effet, quatre enfants sur dix sont des enfants uniques, sans parler des enfants qui ont des frères et soeurs sensiblement plus âgés ou sensiblement plus jeunes. L'apprentissage de l'autre peut de moins en moins se faire au sein de la cellule familiale. En outre, on sait aujourd'hui que l'enfant qui passe plus de temps au jardin d'enfants ou à l'école et qui y va à des heures régulières est moins perturbé. La fragmentation de l'emploi du temps des écoliers fait que le nombre d'heures de classe varie beaucoup d'une journée à l'autre; de plus, la réduction du temps de présence à l'école oblige l'enfant à passer rapidement du rythme de l'école à celui de la maison, ce qui l'expose à un stress inutile. Ajoutons que le chemin de l'école serait moins dangereux pour les enfants s'ils allaient à l'école en même temps et, si possible, une seule fois par jour. Dans les communes rurales, il était très courant, récemment encore, que les jardins d'enfants soient ouverts toute la journée et disposent de cantines. La longueur des trajets scolaires et les obligations professionnelles des familles paysannes rendaient nécessaire - et donc possible - ce type de structure, et tous y trouvaient leur intérêt!

Malgré un besoin patent de structures et malgré les avantages non moins patents qu'elles présenteraient

pour tous les intéressés, il manque en Suisse des milliers de places d'accueil. Dans notre pays, les années préscolaires et, très souvent aussi, l'organisation de l'école pendant la scolarité obligatoire sont régies par des réglementations communales. L'expérience des dernières années montre que le changement ne viendra pas "d'en bas". Les responsables communaux sont, pour la plupart, très peu sensibilisés à ce problème. Quant aux parents, ils finissent par se résigner, car ils savent que si une structure devait enfin voir le jour après des années de lutte, leurs enfants n'en profiteraient de toute façon pas. La Confédération doit montrer, par une action concrète, qu'elle a compris l'enjeu économique et social du problème et qu'elle est soucieuse d'améliorer les possibilités d'accueil des enfants en dehors de la famille. En assurant un financement sur dix ans, la Confédération créerait une puissante dynamique sans que l'organisation des compétences des collectivités publiques soit remise en cause. La durée de ce financement serait limitée à dix ans: après cette période, la Confédération se désengagerait totalement.

100 millions de francs permettraient de couvrir un tiers des frais d'exploitation de quelque 12 500 places de crèche (une place de crèche coûte près de 90 francs par jour, soit environ 8000 francs par an). Le nombre de places d'accueil qui pourraient être financées dans les garderies, chez les mères de jour et dans les écoles à demi-pension serait plus élevé encore étant donné que ces structures coûtent moins cher (moins d'heures de prise en charge par jour). Au total, la somme proposée permettrait de financer environ 20 000 places d'accueil par an. Si 20 000 places d'accueil étaient créées tous les deux ans, la Suisse disposerait de quelque 100 000 places supplémentaires au bout de dix ans. En 1990, elle disposait de 42 000 places. Si l'on tient compte de l'évolution des dix dernières années, on peut considérer que les crèches, les garderies, les mères de jour et les écoles à demi-pension sont aujourd'hui en mesure d'accueillir quelque 50 000 enfants. Or, la Suisse compte actuellement près de 1,2 million d'enfants âgés de 0 à 14 ans. Les études montrent qu'une place est occupée par 1,3 enfant. Autrement dit, 200 000 enfants peuvent se partager 150 000 places. En disposant de 150 000 places, on pourrait confier un enfant sur six à temps partiel à une crèche, à une garderie, à une mère de jour ou à une école à demi-pension. Sur dix mères ayant des enfants de moins de 15 ans, on en dénombre actuellement six qui travaillent (à temps partiel). La proposition esquissée ci-avant permettrait donc de répondre aux besoins de demain.

L'expérience montre qu'il faut deux ans pour qu'une crèche fonctionne de façon optimale et soit exploitée en permanence au maximum de sa capacité. La Confédération doit pouvoir apporter un soutien financier aux collectivités et aux organisations privées pendant cette phase de démarrage, qui exige souvent des investissements supplémentaires. Pour que la structure soit accessible à toutes les classes sociales, il faut que les tarifs soient raisonnables. Dans les crèches subventionnées par la commune, la participation des parents couvre environ un tiers des frais. Pour que les communes puissent faire un calcul fiable de leurs charges financières, l'apport de la Confédération ne doit pas dépasser un tiers des frais d'exploitation. Concrètement, cela veut dire que la Confédération prendrait à sa charge les frais d'aménagement de la structure (planification, investissements, achats, information du public) ainsi que les frais occasionnés par une sous-exploitation de la capacité d'accueil pendant l'étape de mise en route.

Chronologie:

21-03-2001 CN Décidé de donner suite à l'initiative.

Projet 1

Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

Chronologie:

17-04-2002 CN Décision conforme au projet de la commission.

18-06-2002 CE Divergences.

30-09-2002 CN Adhésion.

04-10-2002 CN La loi est adoptée en votation finale.

04-10-2002 CE La loi est adoptée en votation finale.

Feuille fédérale 2002 6029; délai référendaire: 23 janvier 2003

Recueil officiel des lois fédérales 2003 229

Projet 2

Arrêté fédéral concernant les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

Chronologie:

17-04-2002 CN Décision conforme au projet de la commission.

18-06-2002 CE Divergences.

30-09-2002 CN Adhésion.

Cet arrêté paraîtra dans la Feuille fédérale dès que la base légale sera en vigueur.

Feuille fédérale 2003 376

Compétence	Département de l'intérieur (DFI) pour tous les projets
Commissions traitant l'objet	Commission de la sécurité sociale et de la santé publique CN (CSSS-CN) <i>Amendement:</i> Traitement des divergences Commission de la sécurité sociale et de la santé publique CE (CSSS-CE) <i>Amendement:</i> Entrer en matière
Rapports de commission	22 février 2001 - Commission de la sécurité sociale et de la santé publique - Conseil national
Objets apparentés	02.3008
Cosignataires	Aeppli Wartmann Regine - Chappuis Liliane - Chiffelle Pierre - de Dardel Jean-Nils - Dormond Béguelin Marlyse - Fässler-Osterwalder Hildegard - Fetz Anita - Garbani Valérie - Goll Christine - Gross Jost - Gysin Remo - Haering Barbara - Hämmerle Andrea - Hofmann Urs - Jossen-Zinsstag Peter - Koch Ursula - Leutenegger Oberholzer Susanne - Maillard Pierre-Yves - Marti Werner - Pedrina Fabio - Rechsteiner Rudolf - Rossini Stéphane - Schwaab Jean Jacques - Sommaruga Simonetta - Strahm Rudolf - Stump Doris - Thanei Anita - Vollmer Peter - Wyss Ursula (29)
Descripteurs	Kinderbetreuung; Tagesschule; Subvention,

00.403 - Zusammenfassung

Uebersicht**00.403 Parlamentarische Initiative (Fehr Jacqueline). Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze**

Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR): 22.02.2002 (BBI 2002 4219)

Stellungnahme des Bundesrates: 27.03.2002 (BBI 2002 4262)

Ausgangslage

Der Mangel an familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen wird allgemein anerkannt und hat viele negative Auswirkungen. Diese Knappheit bestraft die Familien und vor allem die Frauen, indem Beruf und Familie zusehends schwieriger zu vereinbaren sind. Im Hinblick auf die Schaffung vermehrter Möglichkeiten für die familienexterne Kinderbetreuung reichte Nationalrätin Jacqueline Fehr (S, ZH) eine parlamentarische Initiative ein, um die gesetzlichen Grundlagen auszuarbeiten, die es dem Bund ermöglichen, die Gemeinden bei der Einrichtung von familienergänzenden Betreuungsplätzen (Krippen, Horte, Tagesfamilien, Tagesschulen usw.) finanziell zu unterstützen.

Die Initiative sieht vor, dass der Bund während zehn Jahren die Schaffung von Betreuungsplätzen fördert, indem er jährlich höchstens 100 Millionen Franken zu deren Finanzierung beiträgt, dies unter folgenden drei Bedingungen: Erstens müssen die Einrichtungen staatlich anerkannt sein; zweitens werden diese während höchstens zwei Jahren unterstützt; drittens soll die Bundesunterstützung einen Drittel der Betriebskosten nicht übersteigen. Diese drei Bedingungen sollen den verantwortungsvollen Umgang mit den öffentlichen Geldern und den Förderungsgedanken dieser Massnahmen garantieren, welche als subsidiär zu den Verpflichtungen der Gemeinden zu betrachten sind.

Verhandlungen

21.03.2001 NR Der Initiative wird Folge gegeben.

Vorlage 1

Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

17.04.2002	NR	Beschluss gemäss Antrag der Kommission.
18.06.2002	SR	Abweichend.
30.09.2002	NR	Zustimmung.
04.10.2002	NR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (120:58)
04.10.2002	SR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (24:9)

Vorlage 2

Bundesbeschluss über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

17.04.2002	NR	Beschluss gemäss Antrag der Kommission.
18.06.2002	SR	Abweichend.
30.09.2002	NR	Zustimmung.

In der ersten Etappe beantragte eine Minderheit der Kommission, keine Folge zu geben, dies mit der Begründung, dass die Vorlage im Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip stehe, das der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen zu Grunde liegt, und dass auch die Finanzlage des Bundes ein derartiges Impulsprogramm nicht wünschbar erscheinen lasse. Die Minderheit fand im Plenum keine genügende Unterstützung und der **Nationalrat** gab der Initiative Folge.

Die gleichen Argumente wurden in der Beratung über den Gesetzes- und den Beschlussentwurf vorgebracht. Dem Argument, dass dieses Programm einem dringenden Bedürfnis entspreche, wurden der Föderalismus- und der Kostenaspekt entgegengehalten. Der Antrag des Bundesrates, den Bundesbeitrag auf 25 Millionen Franken zu kürzen, fand keine Mehrheit (108 Nein zu 70 Ja). Das Gesetz und der Bundesbeschluss wurden somit angenommen, wobei die SVP-Fraktion mehrheitlich dagegen stimmte und die Freisinnigen geteilter Meinung waren.

Im **Ständerat** wurde über die Notwendigkeit dieser Finanzhilfe während über einer Stunde heftig diskutiert. Während die Gegner mit dem Föderalismus und mit Beschränkungen argumentierten, verwiesen die Befürworter auf die sozialpolitische und wirtschaftliche Bedeutung dieser Vorlage. Der Rückweisungsantrag von Hans Hess (R, OW) wurde mit 29 zu 12 Stimmen abgelehnt. Der Ständerat kam dem Bundesrat einen Schritt entgegen, indem er die Bundeshilfe auf die Hälfte, d.h. auf jährlich 50 Millionen kürzte.

Aus Vernunftgründen und um dieses Impulsprogramm möglichst rasch umzusetzen, hat sich die Kommission des **Nationalrates** mit 9 zu 1 Stimme und bei 7 Enthaltungen den Beschlüssen des Ständerates angeschlossen. Hugo Fasel (G, FR), der einen grosszügigeren Minderheitsantrag unterstützte, zog diesen im Plenum schliesslich aus finanziellen Gründen zurück. Der Nationalrat ist seiner Kommission gefolgt.

In der Schlussabstimmung haben beinahe gleich viele freisinnige Ratsmitglieder die Vorlage angenommen wie abgelehnt, während die meisten Mitglieder der SVP-Fraktion sie zurückwiesen.

00.403 - Note de synthèse

Résumé

00.403 Initiative parlementaire (Fehr Jacqueline). Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial

Rapport de la commission de la sécurité social et de la santé publique du Conseil national (CSSS-CN) : 22-02-2002 (FF 2002 3925)

Avis du Conseil fédéral : 27-03-2002 (FF 2002 3970)

Situation initiale

La pénurie en matière de places d'accueil extra-familial pour enfants est un fait avéré et a de multiples conséquences négatives. Elle pénalise les familles et surtout les femmes, en rendant beaucoup plus difficile la conciliation des obligations professionnelles et familiales. Afin d'accroître les possibilités de garde pour enfants hors du milieu familial, la conseillère nationale Jacqueline Fehr (S, ZH) déposa une initiative parlementaire visant à élaborer des bases légales pour permettre à la Confédération d'apporter un soutien financier aux communes qui créent des places d'accueil pour les enfants afin de seconder les familles (crèches, garderies, mères de jour, écoles à demi-pension, etc.).

Le mécanisme proposé prévoit que, pendant dix ans, la Confédération stimule la création de places d'accueil en affectant 100 millions de francs par an au maximum à leur financement, ceci à trois conditions : premièrement, les structures doivent être reconnues par l'Etat ; deuxièmement, le soutien financier n'est assuré que pour deux ans au maximum ; troisièmement, la participation financière de la Confédération ne dépasse pas le tiers des frais d'exploitation. Ces trois conditions visent à garantir la bonne utilisation des deniers publics et le côté essentiellement incitatif de ces mesures qui doivent être subsidiaires à l'engagement des communes.

Délibérations

21-03-2001 CN Décidé de donner suite à l'initiative.

Projet 1

Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

17-04-2002 CN Décision conforme au projet de la commission.

18-06-2002 CE Divergences.

30-09-2002 CN Adhésion.

04-10-2002 CN La loi est adoptée en votation finale. (120:58)

04-10-2002 CE La loi est adoptée en votation finale. (24:9)

Projet 2

Arrêté fédéral concernant les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

17-04-2002 CN Décision conforme au projet de la commission.

18-06-2002 CE Divergences.

30-09-2002 CN Adhésion.

Lors de la première étape, une minorité de la commission a proposé de ne pas entrer en matière. Elle estimait le projet contraire au principe de subsidiarité qui préside à la répartition des compétences entre Confédération et cantons et peu souhaitable en raison de l'état des finances fédérales. Cette minorité n'a pas trouvé d'appui suffisant et le **Conseil national** a donné suite à l'initiative.

Les mêmes arguments ont été repris lors de la discussion sur les projets de loi et d'arrêté fédéraux : besoin et nécessité contre respect du fédéralisme et coût. Le Conseil fédéral, qui demandait une réduction à 25 millions de la contribution de la Confédération, n'a pas été suivi (108 non contre 70 oui). La loi et l'arrêté fédéral ont été acceptés, une majorité du groupe UDC les ayant refusés alors que les radicaux se sont divisés sur la question.

Au **Conseil des Etats**, la nécessité d'une aide fédérale a été âprement discutée durant plus d'une heure. Le projet a été combattu au nom du fédéralisme et des restrictions budgétaires et défendu car il répond à la fois à une mesure de politique sociale et aux intérêts de l'économie. La proposition de renvoi de Hans Hess (R, OW) a été rejetée par 29 voix à 12. Le Conseil des Etats a fait un pas en direction du Conseil fédéral en diminuant l'aide de moitié, pour la ramener à 50 millions par an.

Ecoutant la voix de la raison et pour permettre la mise en œuvre, le plus rapidement possible, de ce programme d'impulsion, la commission du **Conseil national** s'est ralliée par 9 voix contre 1 et 7 abstentions aux décisions du Conseil des Etats. Au plénum, Hugo Fasel (G, FR) qui soutenait une proposition de minorité plus généreuse l'a finalement retirée, au nom du réalisme financier. Le Conseil national a suivi sa commission.

Lors de la votation finale, les députés radicaux se sont partagés presque équitablement entre partisans et adversaires du projet alors que la plupart des membres de l'UDC l'ont rejeté.

trotz Ende der Rezession für die Ausrichtung der heutigen Leistungen in ein paar Jahren Milliarden von Franken brauchen werden, dann wird klar, dass wir nicht ausgerechnet den Familien immer eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zumuten können, weil gerade die Familien darunter leiden würden

Das Modell des Kantons Tessin ist interessant. Wir haben aber in unseren Kantonen zu verschiedene familienpolitische Möglichkeiten – Elternschaftsbeihilfen, Familien- und Haushaltszulagen, Ausbildungszulagen, Steuererleichterungen, Betreuungs- und Schulstrukturen. Stulpt man einfach eine Bundeslösung über die kantonalen Systeme, dann gerät die Situation mit den heutigen Netzen aus dem Gleichgewicht. Ausserdem sind in unserem föderalistischen System die Bedarfsleistungen klar kantonal zu regeln. Die Kantone haben sich schon verschiedentlich gegen eine Bundeslösung gewehrt. Es ist aber möglich, dass der neue Finanzausgleich neue Wege aufzeigt. Es ist sinnvoll, dass die kantonalen Regeln verbessert werden, angespornt durch das Tessiner Modell.

Zum Schluss noch eines: Mit einer Senkung des Armutsrisikos hat das gar nichts zu tun; denn sowohl Sozialhilfe als auch Ergänzungsleistungen sind Bedarfsleistungen. Einkommen und Vermögen müssen ausgewiesen werden, damit etwas erreicht werden kann. Es ist nur ein anderer, der bezahlt. Ergänzungsleistungen sind nicht rückerstattungspflichtig. Das ist wahrscheinlich der Grund, warum verschiedene Gemeinderatinnen und Gemeinderäte hier denken. Wir sind dann entlastet, weil ein anderer zahlt. Aber schlussendlich hat der Staat kein Geld. Es sind immer wir alle, die ihm Gelder zur Verfügung stellen.

Die beiden Initiativen gehen weit über das Tessiner Modell hinaus. Es ist praktisch ein neuer Versicherungszweig, der neu finanziert werden musste. Das haben wir schon vor wenigen Monaten abgelehnt. Das wurde dem Bundesrat auch im Rahmen des Entwurfes zur Mutterschaftsversicherung verwehrt.

Ich bitte Sie im Namen der Minderheit, auch heute Nein zu sagen und auf kantonaler Ebene bessere Möglichkeiten nach dem Beispiel des Kantons Tessin zu suchen.

Studer Heiner (E, AG): Das Votum von Frau Egerszegi bewegt mich dazu, ihr folgende Frage zu stellen.

Ihre Fraktion unterstützt im Wesentlichen die Kommissionsminderheit – mit dem Argument, die Kantone sollen diese Aufgabe übernehmen. Sind Sie und die anderen Vertreter der Minderheit bereit, in den Kantonen das zu tun, was geschrieben und gesagt wurde? Ich denke daran, dass man sich beim neuen aargauischen Sozialhilfegesetz, das soeben vom Grossen Rat verabschiedet wurde, auf ein Minimum beschränkt hat – das gilt gerade auch für FDP und SVP. Das neue Sozialhilfegesetz steht in völligem Kontrast zu dem, was Sie als Vertreterin der Minderheit gesagt haben.

Damit ist Ihre Kantonalpartei angesprochen. Ihr Votum hat mich deshalb dazu bewegt, Ihnen diese Rückfrage zu stellen. Sind Sie bereit, in Ihrer Partei dafür zu sorgen, dass die Schritte, die Sie vertreten, in den Kantonen auch realisiert werden?

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Ich habe vorhin gesagt: Es gibt verschiedene familienpolitische Massnahmen. Der Kanton Aargau hat ein neues Sozialhilfegesetz – das ist richtig –, und er hat darin neu die Elternschaftsbeihilfe eingeführt, damit eine Frau in jedem Fall in den ersten sechs Monaten ihrer Schwangerschaft keine finanziellen Sorgen hat. Der Kanton Aargau gehört aber auch zu den ersten Kantonen, die bei den Steuern die familienpolitische Entlastung vorangetrieben haben. In diesem Jahr haben wir zum ersten Mal ein Steuergesetz, das einen Kinderabzug von 6800 Franken pro Kind ermöglicht. Für meinen Kanton würde ich das als sehr fortschrittlich bezeichnen. Familienpolitische Massnahmen müssen im Ganzen immer auf jener Ebene angesehen werden, auf der sie tatsächlich wirken. In unserem föderalistischen System ist das halt einfach der

kantonalen Hoheit überlassen, weil dies der Ort ist, wo Hilfe wirksam geleistet werden kann; dies soll nicht zentralistisch von irgendwo oben herab geschehen

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben 97 Stimmen

Dagegen 75 Stimmen

Präsident (Hess Peter, Präsident): Sie haben den beiden Initiativen somit Folge gegeben (*Teilweiser Beifall*)

00.403

Parlamentarische Initiative

Fehr Jacqueline.

Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze

Initiative parlementaire

Fehr Jacqueline.

Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial

Erste Phase – Première étape

Einreichungsdatum 22.03.00

Date de dépôt 22.03.00

Bericht SGK-NR 22.02.01

Rapport C.S.S.S.-CN 22.02.01

Nationalrat/Conseil national 21.03.01 (Erste Phase – Première étape)

Präsident (Hess Peter, Präsident): Die Kommission beantragt mit 18 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Initiative Folge zu geben. Eine Kommissionsminderheit (Bortoluzzi, Borer, Dunant, Fattebert, Triponez) beantragt, der Initiative keine Folge zu geben.

Fehr Jacqueline (S, ZH): Bei dieser Parlamentarischen Initiative geht es um ein Impulsprogramm für familienergänzende Betreuungsplätze. Familienergänzende Betreuung ist eine riesige Chance, und zwar für alle Beteiligten, insbesondere auch für die Kinder. Es ist mir wichtig, dies klar und unmissverständlich an den Anfang zu stellen, denn allzu oft wird nämlich erklärt, solche Einrichtungen waren nur im Interesse der Mütter und der Arbeitgeber und gingen damit quasi auf Kosten der Kinder.

Die konkreten Erfahrungen widersprechen solchen Behauptungen ganz klar. Meine Kinder besuchen eine Krippe und einen Hort, die Kinder haben enorm viel von dieser Kindergesellschaft profitiert und tun es auch heute noch; und sie sind beileibe keine Einzelbeispiele.

Ich möchte noch einmal auf die wesentlichsten Argumente eingehen, weshalb es heute ein solches Impulsprogramm braucht und wie es in der zweiten Phase ausgestaltet werden konnte. Damit versuche ich, die noch verbleibenden Bedenken auszuraumen, die da im Raum stehen.

Wir haben in der Schweiz viel zu wenig Betreuungsplätze, insbesondere in kleinen Städten und auf dem Lande ist der Mangel sehr gross. Immer mehr Mütter sind auch während der Kleinkinderphase erwerbstätig oder mochten es gerne sein – dies war auch in der Rezession so. Die Frauenerwerbsquote ging während der Rezession nicht zurück. Der Arbeitsmarkt ist in vielen Branchen völlig ausgetrocknet, ich denke da an die pädagogischen Berufe, an die Pflegeberufe, an die Informatik und viele andere Branchen. Die Geburtenrate sinkt, immer mehr Frauen lösen das Dilemma zwischen Familie und Beruf, indem sie auf Kinder verzichten, jede dritte Schweizerin bleibt heute kinderlos. Und immer mehr Kinder wachsen in einer sozial eher armen Umwelt auf: keine oder deutlich ältere oder jüngere Ge-

schwister, kleine Wohnungen, wenig Verwandte in der Nähe, wenig natürliche Erlebnisräume in erreichbarer Nähe usw. Damit es in diesem Bereich endlich vorwärts geht, wähle ich in diesem Vorstoss das Instrument eines Impulsprogrammes. Ich strebe keine Kompetenzverschiebung an; die Gemeinden werden weiterhin für den Bereich der Vorschule und der familienergänzenden Betreuung zuständig bleiben. Wir kennen das Instrument Impulsprogramm bereits sehr gut und haben damit auch gute Erfahrungen gemacht. Ich denke da an den Energieinvestitionsbeschluss, die Lehrstellenbeschlüsse, die Tourismusförderung oder auch an die grossen Bauinvestitionsprogramme.

Ein Impulsprogramm hat die Aufgabe, etwas anzustossen, das auf dem ordentlichen Weg zu wenig schnell vorwärts kame. Es ist zeitlich beschränkt und mit klaren Wirkungszielen verknüpft. Dies ist auch hier der Fall. Ordnungspolitisch sollten also all diejenigen keine schlaflosen Nächte haben, die den vorher genannten Beschlüssen damals auch zugestimmt haben.

Ich möchte noch auf ein paar Einwände eingehen:

Im Vorstoss sage ich, dass diese Einrichtungen staatlich anerkannt sein sollen. Was meine ich damit? Heute schreibt die Pflegekinderverordnung vor, dass Einrichtungen oder Personen, die mehrere Kinder über eine längere Zeit betreuen, von den Kantonen kontrolliert werden müssen. Diese staatliche Kontrolle meine ich damit. Wenn ich sie nun fordere, meine ich nicht, dass die Einrichtung, bevor sie überhaupt die Türen öffnet, bereits eine solche Anerkennung haben muss; ich meine, dass sie sich aber im Rahmen der gängigen Qualitätsnormen bewegt – das zum Schutze der Kinder.

Ein zweiter Einwand betrifft die Subsidiarität. Hierzu kann ich klar wiederholen, was ich bereits in der Kommission zu Protokoll gegeben habe. Wenn es nach mir geht, kann man das Subsidiaritätsprinzip problemlos in einem Bundesbeschluss fest verankern. Es ist nämlich nicht meine Absicht, dass die Bundesgelder andere finanzielle Quellen verdrängen sollen, sondern dass sie Lücken schliessen sollen.

Ein letzter Einwand betrifft die Finanzierung: Dieses Impulsprogramm müsste staatsquotenneutral sein. Ich möchte mich an dieser Stelle nicht auf einen Streit über diesen Begriff einlassen, ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Ich habe den Vorstoss als Reaktion auf die Ankündigung von Herrn Bundesrat Villiger, für die Reform der Familienbesteuerung 900 Millionen Franken einzusetzen, lanciert. Ich habe mir gedacht: Was wäre, wenn wir für die Steuerreform nur 800 Millionen Franken einsetzen würden und dafür 100 Millionen Franken für ein solches Impulsprogramm? Würden wir damit die Familien nicht viel stärker entlasten, und zwar dort, wo der Schuh wirklich drückt? Würden wir dabei nicht auch noch ihre Eigenverantwortung stärken?

Ich stelle diese Frage nach wie vor, bin aber bereit, auch andere Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen, z. B. die Goldreserven der Nationalbank. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates sieht ja vor, dass ein Drittel des Goldertrages in die Stiftung solidarische Schweiz fliesen soll und dass diese Stiftung vor allem Kindern und Jugendlichen zugute kommen soll. Wieso nicht dieses Impulsprogramm zu einem Stiftungsprojekt machen? Befristet sind sie beide, und vom Inhalt her passen sie auch zueinander.

Als Letztes muss ich zur Finanzierung noch Folgendes zu bedenken geben: Eine aktuelle Studie über den volkswirtschaftlichen Nutzen von Kinderbetreuungsstätten zeigt. Pro eingesetzten Franken kommen Fr. 1.60 an direktem Nutzen zurück. Dieser Betrag setzt sich aus höheren Steuererträgen der erwerbstätigen Mütter und aus Einsparungen bei der Sozialhilfe, bei sonderpädagogischen Massnahmen und bei Integrationsmassnahmen zusammen. Der gesamte volkswirtschaftliche Nutzen wird sogar auf 3 bis 4 Franken pro eingesetzten Franken berechnet. Wenn wir also schon von Staatsquote sprechen, müssen wir diese Erkenntnisse ebenfalls einbeziehen.

Ich hoffe, dass ich mit diesen Ausführungen noch die letzten Zweifel ausräumen konnte und dass möglichst viele von Ih-

nen dieser Initiative zustimmen können. Deshalb noch eine letzte Bemerkung: Ich bin zuversichtlich, dass diese Initiative breite Unterstützung findet. Dafür möchte ich Ihnen auch herzlich danken. Sollte sie heute eine Mehrheit finden, bitte ich Sie, dass wir gemeinsam versuchen, bei der Umsetzung in einen Bundesbeschluss sehr rasch vorwärts zu machen. Der Mangel an solchen Plätzen ist heute akut, und wir sollten schauen, dass wir den nötigen Impuls möglichst schnell geben können. Das heisst auch, dass wir das Rad nicht in allen Teilen neu erfinden, sondern auf Erfahrungen anderer Impulsprogramme zurückgreifen sollten, insbesondere auf den Energiebeschluss.

Vielleicht können wir uns eine symbolische Frist von neun Monaten geben, bis wir ein erstes Mal über einen konkreten Bundesbeschluss beraten. Ich würde mich – zusammen mit vielen Familien und Kindern – darüber freuen.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Die Kommission hat die Initiative am 22. Februar vorberaten. Sie beantragt Ihnen mit einer sehr grossen Mehrheit von 18 zu 4 Stimmen, der Initiative Folge zu geben.

Die Initiative verlangt, dass der Bund während zehn Jahren jährlich maximal 100 Millionen Franken an familienergänzende Betreuungsstrukturen beisteuert. Wesentlich zur breiten Zustimmung beigetragen hat, dass der Zustupf zeitlich begrenzt ist (höchstens zwei Jahre nach Gründung der entsprechenden Einrichtung) und dass die Bundesgelder nur subsidiär beansprucht werden können, denn Vorbedingung ist, dass mindestens zwei Drittel der Betriebskosten sichergestellt sind.

Das Anliegen ist in der Kommission aus vielen Blickwinkeln und Parteecken als vordringlich beurteilt worden.

Das Parlament muss gesellschaftliche Entwicklungen wahrnehmen und notwendige Strukturanpassungen einleiten oder Anstoss dazu geben. Wir haben im neuen Eherecht die Formulierung, dass Mann und Frau zum Unterhalt des Haushaltes beitragen können. Das heisst, Gesetz und Realität gehen von der Berufstätigkeit der Frauen aus. Dabei gilt es nicht zu werten, ob eine Frau Beruf und Familie kombiniert. Die Betreuungsform zu Hause ist eine wichtige, aber nicht absolut in jedem Fall die idealste. Es darf auch nicht übersehen werden, dass mehr als jede dritte Ehe geschieden wird und manche Frau aus dieser Zwangslage heraus wieder berufstätig sein muss. Deshalb brauchen wir ein breites Angebot an guten Betreuungsplätzen.

Wir haben im Parlament auch immer Chancengleichheit in der Ausbildung befürwortet. Eine gute Ausbildung ist die beste Waffe gegen Arbeitslosigkeit. Wir stecken viel Zeit und Geld in diese Ausbildungen. Das führt aber auch dazu, dass sich viele junge Frauen sehr bewusst überlegen, ob sie den Beruf zugunsten einer Familie aufgeben wollen. Wir müssen doch in unserem Land die Möglichkeit bieten, beides miteinander zu vereinbaren!

Es darf auch nicht übersehen werden, dass der Bundesrat und viele Parlamentarier in diesem Saal sogar die Berufstätigkeit der Frauen so weit in ihre Entscheide mit einbeziehen, dass sie bereit sind, die Witwenrente voll auf die Witwerrente zu beschränken; dass sie, um gesetzlich festgelegte Mindestlöhne zu vermeiden, die Berufstätigkeit beider Partner bei der Familiengründung praktisch als Selbstverständlichkeit erachten. Nun gibt es in unserer schnelllebigen technologisierten Zeit viele Berufe, bei denen man nach einer Familienpause von zehn Jahren nicht mehr wiedereinsteigen kann. Deshalb brauchen wir familienergänzende Betreuungsstrukturen, wenn solche Forderungen fair sein sollen.

Es gibt – Sie haben das gehört – markant zu wenige Betreuungsplätze in diesem Land. Der Aufbau eines Betreuungsplatzes ist kostenintensiv, das Bedürfnis wird auch auf der unteren Ebene anerkannt. Deshalb ist es auch oft möglich, günstige Lokalitäten zu erhalten. Es gilt aber auch, gut ausgebildetes Personal einzustellen. Auch wenn die Elterntarife nach Einkommen strukturiert sind, ist es nicht immer möglich, diese Beiträge für jene Tarife zu verwenden, bei denen die Eltern wirklich auf die Berufstätigkeit beider Partner angewiesen sind.

Sie haben von Jacqueline Fehr gehört, dass der Schweizerische Arbeitgeberverband diese Initiative unterstützt. Dies geschieht aus dem Wissen heraus, dass uns in etwa 15 Jahren rund 100 000 Arbeitskräfte jährlich fehlen werden, weil die geburtenstarken Jahrgänge in Pension gehen werden und sie wegen des markanten Rückgangs der Geburtenzahlen nicht ersetzt werden können. Nach der Diskussion um die 18-Prozent-Initiative ist es unwahrscheinlich, dass man diese Anzahl Arbeitsplätze vorwiegend mit ausländischen Arbeitskräften besetzen kann. Also müssen wir, wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen, einerseits die älteren Arbeitskräfte motivieren, länger im Arbeitsmarkt zu bleiben, und andererseits die Frauen vermehrt für das Verbleiben oder das Wiedereinsteigen gewinnen. Es gibt viele Berufe, bei denen es nicht immer möglich ist, nach der Familienpause wieder einzusteigen. Deshalb ist die Notwendigkeit von solchen zusätzlichen familienergänzenden Strukturen wichtig. Natürlich stellt sich uns auch die Frage, ob die Unterstützung der Krippenplätze durch Bundesgelder überhaupt gerechtfertigt ist. Es handelt sich dabei ja primär um Aufgaben der kommunalen oder der regionalen Ebenen.

Die Mehrheit der Kommission war eindeutig der Überzeugung, dass der Bund gestützt auf Aufträge des Parlamentes oder auch auf Begehren sogar von Verbänden immer wieder Hand bietet für Anreizzahlungen, z. B. für Alternativenergien, für die Schaffung von Lehrstellen, für die Tourismusförderung – bis zu Zahlungen für die Erhöhung des Rindfleischabsatzes, falls dies nötig sein wird; das wurde auch schon gemacht. Die Kommissionsmehrheit ist sich bewusst, dass nach diesem Grundsatzentscheid für die Unterstützung noch der geeignete Topf für die dazu notwendigen Gelder zu finden ist. Das wird ganz klar Aufgabe der SGK sein, aber in der zweiten Phase der Beratungen.

Hier und heute wird ein Bekenntnis zu einem anerkannten Anliegen vieler junger Menschen in diesem Land abgelegt. Ich bitte Sie deshalb im Namen einer engagierten Kommissionsmehrheit, der Parlamentarischen Initiative Fehr Jacqueline Folge zu geben.

Maury Pasquier (L, GE), pour la commission: La Commission de la sécurité sociale et de la santé publique s'est penchée dans sa séance du 22 février dernier sur l'initiative parlementaire Fehr Jacqueline. Cette initiative parlementaire vise à élaborer des bases légales pour permettre à la Confédération d'apporter un soutien financier aux communes qui créent des places d'accueil pour les enfants afin de secourir les familles. Ces places d'accueil peuvent être aussi bien préscolaires que parascolaires, et concerner les crèches et garderies, les parents de jour, les écoles offrant un repas de midi, etc.

Le mécanisme proposé par l'auteur de l'initiative prévoit que, pendant dix ans, la Confédération stimule la création de places d'accueil en affectant 100 millions de francs par an au maximum à leur financement, ceci à trois conditions: premièrement, les structures doivent être reconnues par l'Etat, deuxièmement, le soutien financier n'est assuré que pour deux ans au maximum, troisièmement, la participation financière de la Confédération ne dépasse pas le tiers des frais d'exploitation.

Ces trois conditions visent à garantir la bonne utilisation des deniers publics et le côté essentiellement incitatif de ces mesures qui doivent être subsidiaires à l'engagement des communes. Il convient de relever que la Confédération a déjà, dans d'autres domaines tels que les zones économiques en redéploiement, le tourisme ou l'énergie, lancé de tels programmes promotionnels qui se sont révélés tout à fait utiles. Vous avez reçu un rapport écrit de la commission. Je vous invite en tout état de cause à vous y référer. Vous me permettrez toutefois d'insister sur quelques éléments qui figurent en partie déjà dans le rapport.

La constatation principale faite par l'auteur de l'initiative est le manque important de places d'accueil pour les enfants en Suisse. Ainsi, on trouve en Suisse environ 50 000 places qui permettent la prise en charge de 150 000 enfants, ceci alors que 650 000 enfants de moins de 15 ans ont une mère ac-

tive professionnellement, sans compter bien évidemment toutes les femmes mères de famille qui ont cessé, pour un temps du moins, leur activité professionnelle.

Ce manque de places d'accueil nuit aux femmes, aux familles, aux enfants et à la société. Il nuit aux femmes, car il ne leur permet pas, ou très difficilement, d'exercer une activité professionnelle si elles ont des enfants à charge. Le résultat est l'impossibilité pour ces femmes d'exercer le métier qu'elles ont pourtant appris. Il nuit aux familles, car les grandes difficultés faites aux mères de famille pour exercer une activité professionnelle sont certainement une des causes de la pauvreté qui frappe 10 pour cent des familles en Suisse. Il nuit aux enfants, à ceux qui doivent grandir dans la pauvreté, mais aussi à ceux de plus en plus nombreux qui grandissent sans frères et soeurs. Je vous rappelle qu'en Suisse quatre enfants sur dix sont enfants uniques. Il nuit enfin à la société, car ce manque ne permet pas de rentabiliser l'investissement que la société a fourni pour la formation des femmes et n'offre pas à l'économie la main-d'œuvre dont elle a cruellement besoin, par exemple dans les métiers de l'informatique ou dans les professions de la santé.

Pour toutes ces raisons, la majorité de la commission a jugé important le problème soulevé par Mme Fehr et nécessaire ce programme d'incitation financière de la Confédération pour la création de plus de places d'accueil, étant entendu qu'un tel programme ne donnera pas de nouvelles compétences à la Confédération, donc que la Confédération ne se substituera pas aux communes et aux cantons, ni à l'initiative privée.

La majorité et la minorité de la commission divergent finalement sur l'évaluation de l'importance du problème et, de ce fait, sur la nécessité pour la Confédération d'intervenir dans ce domaine.

La minorité est ainsi d'avis que les communes ont réussi, jusqu'à présent, à se débrouiller pour faire face aux besoins. Nous pouvons cependant malheureusement constater aussi bien l'insuffisance criante de la réponse que la répartition très inégale des efforts consentis en la matière.

Quant à l'argument selon lequel on donnerait ainsi de nouvelles compétences à la Confédération, tant les considérations de l'auteur de l'initiative, que vous avez entendues tout à l'heure, que celles de la majorité de la commission sur la subsidiarité ou que les expériences faites dans le cadre d'autres programmes d'incitation doivent nous convaincre du bien-fondé de la démarche.

Ainsi, conformément à la Constitution fédérale, aux conventions ratifiées par la Suisse sur l'élimination de toute forme de discrimination à l'égard des femmes et sur les droits de l'enfant, en accord avec Pro Familia, Pro Juventute, la Commission fédérale pour les questions familiales, l'Association des familles monoparentales et les besoins exprimés par l'Union patronale, la commission vous propose, par 18 voix contre 4 et avec 1 abstention, de donner suite à l'initiative parlementaire, sachant que, dans une deuxième étape, on pourra débattre plus précisément des montants, du financement, de la durée et des conditions mises à l'intervention de la Confédération.

Pour toutes ces raisons, je vous remercie de suivre la majorité de votre commission.

Beck Serge (L, VD): Madame Egerszegi, je souhaite vous poser deux questions. Tout d'abord, est-ce que vous ne trouvez pas que cette initiative parlementaire est totalement contraire à la répartition des tâches et du financement entre cantons et Confédération qui est actuellement en discussion?

Deuxièmement, est-ce que vous ne trouvez pas que les milieux économiques, dont vous êtes proche – j'ai envie de dire dont nous sommes proches –, les milieux des grandes entreprises sont parfaitement incohérents lorsqu'ils réclament continuellement l'assainissement de la situation financière de l'Etat et qu'ils soutiennent une centralisation au niveau fédéral de charges financières qui, dans un esprit fédéraliste, sont purement du ressort des communes?

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission. Es ist Aufgabe des Bundes, Herr Beck, dort Impulse zu geben, wo es für das ganze Land notwendig ist. Das macht er in verschiedenen Gebieten – ich habe Ihnen das aufgezeigt –, sei es bei den Lehrstellen, bei den Alternativenenergien oder bei der Tourismusförderung, die auch den Kantonen zugute kommt. Wenn der Arbeitgeberverband hierzu Hand bietet, dann ist das ein Zeichen der Fairness. Das gleiche Zeichen haben wir auch erwartet, wenn es darum geht, ältere Arbeitskräfte einzustellen und zu gewinnen, um die Folgen der demographischen Entwicklung aufzufangen. Man kann nicht ein höheres Rentenalter befürworten und gleichzeitig Frühpensionierungen vornehmen. Hier müssen also auch bürgerliche Kreise die Probleme erkennen und Hand zur Lösung bieten.

Bortoluzzi Toni (V, ZH) Es gibt zwei wesentliche Punkte, welche im Zusammenhang mit dieser Parlamentarischen Initiative in der ersten Phase beantwortet werden müssen:

Erstens geht es um die sozialpolitische Beurteilung: Familienergänzende Betreuungsplätze sollten grundsätzlich mit kostendeckenden Beiträgen betrieben werden; nur so kommt der eigentliche Wert der Erziehungsarbeit zum Ausdruck. Das ist – leider, muss man sagen – an den wenigsten Orten so geregelt, und die Parlamentarische Initiative sieht hier auch keine besondere Bedingung vor.

Ich möchte den Wert solcher Betreuungsplätze in keiner Art und Weise herabmindern, aber es gilt festzuhalten, dass immer noch vier von zehn Eltern von unter 15-Jährigen diskriminiert werden, nur weil sie auf das subventionierte Angebot solcher Betreuungsplätze verzichten. Die Eigenverantwortung wird damit bestraft – nicht nur, weil das Angebot von diesen Personen nicht benutzt wird, sondern noch viel schlimmer, weil die Einrichtungen durch die nicht kostendeckenden Beiträge aller Schichten mit den von ihnen aufgebrauchten Steuern – den Steuern auch derjenigen, die von diesen Einrichtungen nicht Gebrauch machen – subventioniert werden. Also wird der Verzicht in fast verhöhrender Art und Weise doppelt bestraft. Gut verdienende Doppelverdiener lassen sich die Erziehungsarbeit abnehmen und durch den Staat subventionieren. Das ist eine Sozialpolitik, die durch diese Parlamentarische Initiative mitgetragen wird, welche die Minderheit aber nicht unterstützt. Das ist der eine Grund, warum wir Ihnen empfehlen, der Parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Zum zweiten Punkt, welcher mich veranlasst, Ihnen zu beantragen, keine Folge zu geben – er ist möglicherweise der wichtigere, er ist für die erste Phase entscheidend – Die hier geforderte Massnahme betrifft ein Gebiet, welches bisher unbestritten in der abschliessenden Kompetenz der Kantone und Gemeinden lag. Wenn der Bund hier aktiv werden soll, übernimmt er damit eine neue Aufgabe mit allen entsprechenden Begleiterscheinungen, mit Vorschriften, welche umzusetzen und zu kontrollieren sind; das ist selbstverständlich.

Wenn man in der Parlamentarischen Initiative von einer zehnjährigen Frist spricht, in der diese 100 Millionen Franken – selbstverständlich mit wohlklingenden Rahmenbedingungen versehen – eingesetzt werden sollen, geht es vor allem darum, die Einstiegschancen beim Parlament zu erhöhen, und das ist offensichtlich gut gelungen. Sie haben das Stimmenverhältnis in der Kommission zur Kenntnis genommen. Es geht auch darum, das eigentliche Ziel zu beschönigen, nämlich die Einführung der staatlichen Kinderbetreuung auf Bundesebene.

Wenn der Bund eine solche Aufgabe einmal übernommen hat, wird später optimiert – oder wie man dem auch immer sagt –, die Kosten werden steigen. Ein Ausstieg, wie er in der Initiative dargestellt wird, ist wohl nicht ganz ernst gemeint.

Wenn ich zusammenfasse, komme ich zu folgendem Schluss:

1. Die sozialpolitische Notwendigkeit ist nicht gegeben, im Gegenteil. Ich habe Ihnen die Abläufe geschildert. Man

muss angesichts des Textes der Parlamentarischen Initiative eigentlich von einer ungerechten Umverteilung sprechen. Woher das Geld kommen soll, das haben Sie gehört, vom Überschuss, den wir zurzeit gerade haben. Darüber, wie das Ganze in einigen Jahren finanziert werden soll, schweigen sich die Sozialpolitikerinnen aus. Auch beim vorher besprochenen Begehren, beim Tessiner Modell, haben die Initianten über die Finanzierung wenig Worte verloren. Es geht darum, für diese beiden Anliegen eine halbe Milliarde Franken auszugeben. Das erhöht die Staatsquote, und die Soziallast, welche heute bei 26 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt, wird weiter steigen. Ich glaube, das ist eine Politik, der es den Riegel vorzuschieben gilt.

2. Die Parlamentarische Initiative ist ein Federalismuskiller: Wir sprechen von Entflechtung, versuchen, in unserem Staat klare Kompetenzen zu schaffen, und hier wird mit einem neuen Vorstoss diese Verflechtung wieder gefordert. Ich glaube, dass das nicht der Sinn der Politik sein kann. Ich bitte Sie, dieser Parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben offensichtliche Mehrheit
Dagegen Minderheit

Schluss der Sitzung um 13.15 Uhr

La séance est levée à 13 h 15

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Mittwoch, 17. April 2002

Mercredi, 17 avril 2002

08.00 h

00.403

Parlamentarische Initiative Fehr Jacqueline.

Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze

Initiative parlementaire

Fehr Jacqueline.

Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial

Zweite Phase – Deuxième étape

Einreichungsdatum 22.03.00

Date de dépôt 22.03.00

Bericht SGK-NR 22.02.01

Rapport CSSS-CN 22.02.01

Nationalrat/Conseil national 21.03.01 (Erste Phase – Première étape)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBI)

Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)

Stellungnahme des Bundesrates 27.03.02 (BBI)

Avis du Conseil fédéral 27.03.02 (FF)

Nationalrat/Conseil national 17.04.02 (Zweite Phase – Deuxième étape)

Antrag der Kommission

Mehrheit

Eintreten

Minderheit

(Fattebert, Bortoluzzi, Dunant, Triponez)

Nichteintreten

Proposition de la commission

Majorité

Entrer en matière

Minorité

(Fattebert, Bortoluzzi, Dunant, Triponez)

Ne pas entrer en matière

Gutzwiller Felix (R, ZH), für die Kommission: Ich darf Ihnen im Namen der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit diese Vorlage zur Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze vorstellen. Ich möchte vier Punkte angehen: zuerst die Entstehungsgeschichte, dann die Gründe, die die Kommission dazu führen, Ihnen die Annahme der Vorlage zu empfehlen; kurz das Konzept selber und zuletzt einige Schlussfolgerungen.

Was die Entstehungsgeschichte anbelangt, kann ich nur sehr kurz darauf hinweisen, dass unsere Kollegin Jacqueline Fehr am 22. März 2000 die entsprechende Parlamentarische Initiative in der Form einer allgemeinen Anregung eingebracht hat. Sie – also unser Rat – haben in der Frühjahrssession in Lugano, am 21. März 2001, der Parlamentarischen Initiative in der ersten Phase mit klarem Mehr Folge gegeben. Die Kommission wurde dann vom Ratsbüro mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes beauftragt. Sie hat unter dem Vorsitz von Kollege Rossini eine entsprechende Subkommission bestellt, die sechsmal getagt hat und auch eine ganze Reihe von interessierten Kreisen angehört hat. Die Gesamtkommission hat im Februar 2002 das

Projekt besprochen und den Gesetzentwurf klar – mit 14 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen – gutgeheissen. Sie empfiehlt Ihnen ebenfalls, ihn anzunehmen. Sie hat an ihrer letzten Sitzung letzte Woche noch kurz von der bundesrätlichen Stellungnahme Kenntnis nehmen können. Ich werde diese Stellungnahme ganz am Schluss noch kurz kommentieren. Ich darf jetzt kurz auf den Hintergrund der Vorlage eintreten. Viele von Ihnen haben einen Bericht des Marie-Meierhofer-Institutes für das Kind erhalten, der die heutige Situation in dieser Frage, aber auch die geschichtliche Entwicklung sehr gut darstellt.

Dieser Bericht zeigt jetzt auf, dass historisch gesehen familienergänzende Betreuung und Erziehung von Vorschulkindern lange eine eigentliche Unterstützung und Hilfe für Familien in Not waren, eigentlich eine Schutzmassnahme für Kind und Familie. Das hat sich stark geändert. In unserer heutigen Situation ist es keine Frage, dass die Zahl der Benutzer von Kinderkrippen stark zugenommen hat, dass heute Eltern aus mittleren und höheren sozioprofessionellen Schichten ihre Kinder fremdbetreuen lassen, betreuen lassen müssen und betreuen lassen wollen.

Zur Einstimmung in diese Thematik sollten wir und ganz kurz überlegen, welche Gründe es denn gäbe, die für eine klare Verbesserung der familienergänzenden Betreuung sprechen. Ich darf Ihnen vier Gründe – einmal aus der Sicht der Kinder, nachher aus der Sicht der Erwachsenen – aufzählen, von denen heute klar ist, dass sie unterstreichen, welche Bedeutung die klare Förderung familienergänzender Betreuungseinrichtungen hat.

1. Kinder – das ist heute nachgewiesen – brauchen andere Kinder. Sie wissen, dass in der Schweiz die Zahl der Einzelkinder wächst. 26 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren wachsen ohne Geschwister auf. Nur noch wenige Kinder haben mehr als ein Geschwister. Familienergänzende Betreuungseinrichtungen ermöglichen diesen den regelmässigen Kontakt mit anderen Kindern, der für das Aufwachsen, für das Rollenfinden, enorm wichtig ist.

2. Kinder brauchen Betreuung. Es gibt Untersuchungen in der Schweiz, die zeigen, dass knapp die Hälfte der Schulkinder, deren Eltern erwerbstätig sind, in der schulfreien Zeit nicht betreut werden. Kinder, auch das weiss man, die allzu oft und allzu lange sich selbst überlassen werden, sind überfordert und in ihrer Entwicklung gefährdet.

3. Es braucht nicht nur Betreuung, sondern es braucht gute Betreuung für diese Kinder, innerhalb und ausserhalb der Familie. Es geht also darum, beim vorliegenden Projekt auch die Qualität und nicht nur das quantitative Angebot an familienergänzenden Betreuungen zu fordern.

4. Schliesslich erwähne ich auch ein Argument, das heute sehr wichtig ist. Die Kinder brauchen Brücken zwischen ihrer Familie und der Gesellschaft. Diese ergänzenden Betreuungsmöglichkeiten schaffen eine solche Verbindung zwischen dem Privaten und der Öffentlichkeit, zwischen Familie und Schule. So ist beispielsweise wiederum für die Schweiz nachgewiesen, dass Kinder aus Migrantenfamilien solche Brücken als besonders hilfreich empfinden. Es ist nachgewiesen, dass Kinder aus Migrantenfamilien, die im Vorschulalter familienergänzend betreut werden, den Schuleintritt besser bewältigen als Kinder, die sich ohne einen entsprechenden Übergang in der neuen Lebenswelt behaupten müssen.

Ich darf schliesslich aus der Optik der Erwachsenen – wenn Sie so wollen, ich habe vorher die Kinderoptik betont – darauf hinweisen, dass es auch hier sehr gute Argumente gibt. Ich kann sie nicht alle aufzählen, aber aufgrund der nachfolgenden Debatte zum gesamten Finanzvolumen dieser Vorlage möchte ich vor allem auf die wirtschaftliche Argumentation eintreten. Sie wissen, dass die Frauen in unserer Gesellschaft mindestens ebenso gute formale Ausbildungen wie die Männer haben. Sie stellen heute über 50 Prozent aller Studierenden und weisen über 40 Prozent der akademischen Abschlüsse auf. Diese Ausbildungen sind gesellschaftliche Investitionen, die wir tätigen. Es ist deshalb eine beträchtliche Verschwendung solcher Ausbildungsinvestitionen, wenn unter den Erwerbstätigen diese gut qualifizierten

Frauen mit einer Ausbildung auf der Tertiärstufe nur knapp einen Drittel ausmachen, weil sie eben während einer gewissen Zeit entsprechende Familienpflichten übernehmen müssen. So wird denn auch in Umfragen von qualifizierten Frauen das Fehlen entsprechender Betreuungsplätze klar als Grund dafür angegeben, weshalb sie zurzeit nicht arbeiten können.

Schliesslich liegen auch aus der Schweiz Daten vor – etwa aus einer Untersuchung in der Stadt Zürich –, die klar zeigen, dass für ein solches Programm argumentiert werden kann, wenn man die volkswirtschaftlichen Auswirkungen solcher familienergänzender Betreuungsmöglichkeiten ansieht. In der genannten Studie in der Stadt Zürich wurde etwa festgestellt, dass jeder in solche Strukturen investierte Franken Gelder in der Grosseordnung von 1,6 bis 1,7 Franken in Form höherer Steuereinnahmen zurückfliessen lässt. Das ist eine konservative Schätzung. Man konnte sogar argumentieren, dass sich pro investierten Franken 3 bis 4 Franken volkswirtschaftlich einsparen lassen, beispielsweise durch Einsparungen im Bereich Sozialhilfe und geringere Ausgaben für Integration und Sonderausbildung.

Es war mir wichtig, diesen Hintergrund klar darzulegen, bevor ich kurz zum Konzept komme, das Ihnen vorliegt. Dieses Konzept beinhaltet ein Impulsprogramm, das auf zehn Jahre ausgerichtet ist, zur Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen in drei Bereichen: Kindertagesstätten, schulergänzende Betreuung und schliesslich Tagesfamilien. Das Impulsprogramm ist an klare Bedingungen geknüpft, die Sie in Ihren Unterlagen finden: Rechtsform, Qualität, Inhalt, Betreuungsformen, Evaluation sind entsprechende Stichworte, die ich nicht weiter ausführen will. Zwei Themen müssen besonders betont werden: Das Programm ist subsidiär. Sicher wird das Thema des neuen Finanzausgleiches nachher noch aufgegriffen werden. Das Programm und der Gesetzentwurf werden dem Federalismus gerecht. Nur entsprechende Programme und Projekte, die von der unteren Ebene, folglich von Privaten, ausgehen, werden auch finanziert. Sie werden nur subsidiär mit einem Drittel der maximalen Ausgaben während maximal dreier Jahre finanziert.

Nach Ansicht der Kommission, die diese Frage geprüft hat, werden in den zehn Jahren rund 100 000 entsprechende Plätze geschaffen werden können, ein Angebot, das dringend benötigt wird. Ich darf kurz schlussfolgern:

Es geht hier um einen wichtigen Impuls, der dazu führen soll, dass in diesem Bereich, in dem in unseren Kantonen sehr grosse Unterschiede vorhanden sind, die Impulse so gegeben werden, dass längerfristig, nachhaltig nachher von den lokalen Strukturen getragene familienergänzende Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sind. Die Kommission hat deshalb auch letzte Woche vom Bericht des Bundesrates Kenntnis genommen, der zwar Sympathie für die Idee signalisiert, aber das Finanzvolumen stark herunternehmen will.

Die Kommission hat klar an ihrer Empfehlung festgehalten. Sie bittet Sie deshalb, nicht nur dieser Vorlage, sondern auch dem entsprechenden Postulat zuzustimmen, in der Überzeugung, dass Sie hier im Interesse der Kinder – ich habe das ausgeführt –, im Interesse aber auch der Frauen und Männer, die in der Wirtschaft tätig sind, einen wirklichen Akzent setzen können, der sich auch volkswirtschaftlich auszahlt. Ich habe die Zahlen nicht überhöht, sie sind belegt. Wir bitten Sie, in diesem Sinne der Vorlage zuzustimmen.

Rossini Stéphane (S, VS), pour la commission: Mon rapport, dans le cadre du débat d'entrée en matière, traite l'ensemble du projet, donc la loi et l'arrêté fédéral. Nous pourrions revenir plus tard sur des éléments de détail.

Il est important de rappeler que l'origine de ce projet est l'initiative parlementaire Fehr Jacqueline, à laquelle il a été donné suite à une très large majorité lors de la session de mars 2001 à Lugano. Ce jour-là, notre Conseil a décidé de reconnaître une problématique de politique sociale, mais aussi une problématique de politique économique extrêmement importante, et de combler ainsi une lacune de notre système de politique sociale et de politique économique en

jouant la carte d'une complémentarité dynamique et constructive entre l'engagement de la Confédération, des cantons, des communes, mais aussi de tous les milieux associatifs de ce pays, dans le cadre du respect des normes constitutionnelles relatives au fédéralisme, comme vient de le rappeler M. Gutzwiller. Notre Conseil a décidé ainsi de joindre les actes à la parole, puisqu'il s'est prononcé en mars 2001 sur une durée de dix ans et sur un montant alloué à cette problématique, à savoir 100 millions de francs par année, et cela pour servir un objectif clair, créer approximativement 80 000 places d'accueil.

C'est dans ce contexte de décision claire, en connaissance de cause et avec toutes les cartes sur la table que la commission a élaboré le projet qui vous est présenté, après un travail approfondi en sous-commission. On remarquera d'emblée que ce projet est une loi-cadre qui définit d'abord les conditions d'attribution des moyens financiers, constituant un programme qui se veut prioritairement une impulsion. Cette loi-cadre est complétée par un arrêté fédéral qui traite quant à lui essentiellement les éléments financiers.

S'agissant des éléments de motivation qui militent en faveur de ce programme d'impulsion, quelques points principaux méritent d'être relevés, et d'abord la nécessité de combler la pénurie de places d'accueil. Vous avez pu observer, dans les annexes du rapport de la commission, les grandes différences qui existent entre les cantons de ce pays: 1,2 million d'enfants âgés de moins de quinze ans, 50 000 places d'accueil aujourd'hui, et une forte demande. Ce programme veut donc stimuler des choix d'allocation des ressources et combler des écarts qui sont très grands: quasiment de 0 à 5,8 places pour 1000 enfants dans les cantons et également de nombreuses listes d'attente, plusieurs milliers aujourd'hui en Suisse.

L'enjeu est aussi celui de permettre véritablement aux familles de concilier activité économique et obligations familiales. On reconnaît tous ici la transformation sociodémographique qui se met en place depuis de nombreuses années. Nous reconnaissons aussi la croissance du nombre de femmes actives et la nécessité, par conséquent, de pouvoir disposer de conditions-cadres satisfaisantes. Ce programme se veut un élément d'une dynamique de gagnant/gagnant pour la famille, pour l'économie.

Il convient de relever aussi l'importance économique du secteur de l'accueil. Vous avez dans le rapport quelques chiffres concernant la situation zurichoise qui nous démontrent que ce programme n'est pas seulement à considérer comme une charge, mais bel et bien aussi comme un investissement. Des profits se dégagent de cette pratique, puisqu'à Zurich il a été chiffré que pour un investissement de 1 franc, il y a un profit de 1,6 à 1,7 franc, soit en recettes fiscales, soit en diminution des charges de l'aide sociale.

S'agissant du type de l'accueil extrafamilial, le projet est volontairement large et non restrictif, tout en définissant tout de même un cadre, puisqu'il considère l'accueil collectif de jour, l'accueil familial de jour, l'accueil parascolaire. Et il se veut ouvert autant aux organismes privés sans but lucratif qu'aux structures publiques et aux crèches d'entreprise.

Il est important de relever que nous avons pour objectif de soutenir des projets qui viennent du bas et non d'imposer d'en haut la création, l'agrandissement ou l'élargissement de l'offre. Nous respectons donc le principe de subsidiarité et la répartition des tâches qui prévaut entre Confédération, cantons et communes.

Autre point important, c'est ce qui se rapporte aux critères définis pour ouvrir le droit à ces subventions. Le programme s'inscrit dans un souci d'allocation optimale des ressources publiques et le respect, par conséquent, d'un certain nombre de normes. Il s'agit des normes de qualité; du lien à la politique cantonale – il faut impérativement que les demandes s'inscrivent dans les planifications cantonales en matière de prise en charge et de l'accueil extrafamilial; de la tenue de la comptabilité, de la professionnalisation; du financement à long terme entre les différentes sources qui sont usuelles dans ce domaine, à savoir les subventions, les financements des utilisateurs, mais aussi la participation de tiers, dont les

dons; et enfin la forme juridique, qui est un élément important – bien évidemment, pour bénéficier de soutiens financiers de la Confédération, il ne faut pas avoir de but lucratif. S'agissant de ces critères, que nous considérons comme étant relativement larges, mais suffisamment précis pour éviter toute pratique inadéquate, il faut relever que certains nous ont même reproché le fait qu'ils étaient trop restrictifs. Il nous semble quand même important de pouvoir préciser cet élément

Les modalités de la prise en charge du financement s'élèvent au maximum à un tiers des coûts d'exploitation et d'investissement. Ce soutien sera versé au plus tard trois ans après l'ouverture de la structure.

Ce que le rapport établi sur mandat de la sous-commission met très clairement en évidence, c'est la difficulté pour les structures d'accueil de passer le cap des deux à trois premières années d'activité. Effectivement, la phase de lancement est le problème crucial, d'une part pour mettre sur pied et assumer les charges d'investissement et, d'autre part pour trouver le rythme de croisière, le seuil critique d'occupation qui permet de garantir le financement. Par conséquent, ce programme d'impulsion veut essentiellement répondre à cette difficulté rencontrée au cours des premières années, et il permet de le faire. Je crois que c'est un élément central de notre discussion, parce qu'on ne veut pas donner au programme d'impulsion un but autre que d'être une aide ponctuelle, une aide au démarrage.

Un certain nombre de chiffres sont présentés dans le rapport, je ne m'y arrête pas. Les calculs nous montrent qu'il faut compter à peu près entre 8500 et 9000 francs par place d'accueil au cours de la première année, puis 8000 francs pour les structures de crèche qui ont atteint leur rythme de croisière. Ceci explique aussi le montant qui a été proposé parce que, si l'on descendait au niveau de celui proposé par le Conseil fédéral, on aurait une moyenne arithmétique – il faut bien sûr nuancer – qui se rapporterait à la création d'à peu près une centaine de places d'accueil par canton et par année, ce qui est largement insuffisant.

Pour conclure ces quelques éléments du débat d'entrée en matière, je relèverai qu'une minorité de la commission propose de ne pas entrer en matière. Elle va s'exprimer tout à l'heure.

La commission, par 14 voix contre 3 et avec 2 abstentions, vous demande de soutenir ce projet qui respecte le fédéralisme, qui se veut un programme d'impulsion, une aide supplémentaire aux cantons, une aide qui est importante et qui s'inscrit dans un cadre financier général, maximal. La volonté de la majorité de la commission est d'allouer 400 millions de francs sur quatre ans. Après évaluation des effets, nous pourrions rediscuter la deuxième tranche de crédit, mais il nous paraît important de maintenir ce montant pour véritablement entrer dans cette logique d'impulsion.

Depuis plusieurs années, toute une série de charges ont été transférées vers les cantons et les communes. Très récemment, nous en avons transféré par le biais de l'assurance-chômage; dans quelques mois, nous allons transférer plus d'un milliard de francs par le truchement de l'assurance-maladie, et ce petit soutien du côté de la prise en charge de l'accueil extrafamilial pour enfants n'est qu'une répartition adéquate des moyens financiers entre les différents niveaux institutionnels.

Je vous invite à entrer en matière.

Fattebert Jean (V, VD) Au nom de la minorité de la commission, j'aimerais d'emblée dire que nous comprenons toutes les envolées oratoires ou écrites en faveur d'une augmentation du nombre de places d'accueil pour les enfants. Nous savons que les structures de ce genre peuvent apporter un plus au développement des jeunes. Nous savons que des enfants laissés à eux-mêmes dans la rue trop souvent et trop longtemps sont exposés à des risques divers et bien réels. Nous savons qu'une femme d'aujourd'hui, au bénéfice d'une formation souvent très poussée, a envie de poursuivre une carrière professionnelle et qu'il faut favoriser

cette possibilité. Nous savons ce qu'est la courbe des naissances et qu'il est nécessaire d'encourager la natalité. Nous qui sommes les porte-parole de l'économie et des entreprises savons à quel point l'économie a besoin des femmes et de leurs compétences.

Inutile d'en rajouter! Pas besoin de nous répéter tout cela, le débat n'est pas celui-là. L'enjeu du débat, c'est de savoir si c'est le rôle de la Confédération d'assumer cette tâche. Vous avez trouvé ces tout derniers jours dans votre courrier le message du Conseil fédéral concernant la péréquation financière et la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Ce document de près de 300 pages est le reflet d'un chantier de réflexion important. Le condensé commence par les deux phrases suivantes: «Le fédéralisme, l'un des principes fondamentaux de la Constitution fédérale, tend à perdre de sa substance depuis plusieurs décennies. Une centralisation rampante a progressivement limité l'autonomie décisionnelle et le champ d'action des cantons, tandis que les compétences attribuées à la Confédération s'accroissaient – y compris dans des secteurs qui relèvent par leur nature des cantons.»

Les places d'accueil et les horaires scolaires sont typiquement du domaine qui relève de la compétence des cantons et surtout des communes. Les places d'accueil sont des atouts de promotion économique qui sont du ressort de la politique locale ou régionale. Si la Confédération met ses grands pieds dans ce plat-là, cela ira à l'encontre du désenchevêtrement des tâches, renchérra le tout, étouffera l'innovation et le dynamisme des initiatives privées, tuera le bénévolat. M. Rossini citait tout à l'heure les domaines desquels la Confédération s'est retirée sur le plan financier; alors mieux vaut qu'elle continue à financer les structures qui existent plutôt qu'elle se désengage vis-à-vis de l'assurance-maladie et qu'elle crée une nouvelle structure. J'imagine déjà, sur la base de ce que j'ai vu dans d'autres domaines, des experts fédéraux de niveau universitaire venir mesurer la hauteur d'une marche d'escalier ou contester les dimensions d'un local existant!

Prévoir une aide pour des structures nouvelles, c'est pénaliser ceux qui ont été les premiers à faire quelque chose. En discutant de cette initiative sans dire clairement et rapidement que la Confédération ne fera rien, on paralyse des projets qui sont gelés en attendant que vienne une aide hypothétique. On peut imaginer sans peine que, depuis notre décision prise il y a plus d'une année à Lugano, les places d'accueil ne se sont pas multipliées puisqu'on attend quelque chose de la Confédération. Et rien ne se fait! Je suis aussi capable de donner aux cantons un signal qui soit meilleur marché en leur disant: «Prenez vos responsabilités, nous n'adopterons pas ce projet!»

La minorité de la commission est constituée de parlementaires qui ont soutenu des allègements fiscaux l'automne dernier, et ceci avec une majorité d'entre vous. L'idée était que la Confédération doit se décharger de certaines tâches que les cantons et les communes sont à même d'assumer mieux et à meilleur marché. Aujourd'hui, la cohérence veut que la même majorité, qui avait alors décidé des allègements fiscaux, suive la minorité de la commission. Une attitude inverse serait un peu facile. Voter à la fois des allègements fiscaux et accepter des charges supplémentaires tiendrait de l'incohérence. On a vu des politiciens se faire traiter de populistes pour beaucoup moins que ça.

Le Conseil fédéral fait une réponse politiquement correcte, diplomatique, mais claire entre les lignes. En proposant de réduire les crédits envisagés de plus des trois quarts, il vous dit qu'il ne veut pas de ce projet. Être gouvernemental, c'est refuser d'entrer en matière.

Je vous invite donc à soutenir la proposition de la minorité, soit à ne pas entrer en matière.

Fehr Jacqueline (S, ZH). Vierzig Prozent der Schulkinder sind in der Schweiz regelmässig unbetreut. Das entspricht einem Bedarf von rund 100 000 schulergänzenden Plätzen in Horten, an Mittagstischen und in Tagesschulen. Die Hälfte

der heute nichterwerbstätigen Frauen würde eine Stelle suchen, wenn sie einen Krippenplatz für ihre Kinder hatten. Das ist ein weiterer Bedarf von 50 000 Plätzen, diesmal für Kinder im Vorschulalter. Die Hälfte der Alleinerziehenden, die heute Sozialhilfe beziehen, wäre nicht mehr auf diese angewiesen, wenn es genügend bezahlbare Betreuungsplätze gäbe. Das sind weitere x-tausend Betreuungsplätze, die uns fehlen. Insgesamt fehlen uns in der Schweiz rund 200 000 Betreuungsplätze für Kinder bis 15 Jahre.

Wenn wir ein Impulsprogramm beschliessen, bei dem wir jährlich 100 Millionen Franken einsetzen können, wie das die Kommissionmehrheit beantragt, können wir damit nach groben Berechnungen maximal 100 000 Plätze initiieren, das heisst rund die Hälfte des Bedarfs. Diese Plätze sollen während der ersten drei Jahre in den Genuss von Bundesgeldern, maximal einem Drittel ihrer Betriebskosten, kommen. Für die restlichen zwei Drittel müssen die Eltern, die Gemeinden, die Arbeitgeber, private Trägerschaften oder ein Mix von all diesen aufkommen. Mit anderen Worten: Wir verschieben keine Kompetenzen, wir geben aber einen notwendigen Impuls.

Weshalb brauchen wir diesen Impuls, und weshalb brauchen wir ihn jetzt? Die Antwort auf diese Frage ist simpel. Weil sich die Probleme jetzt stellen, und zwar akut. Die jungen Paare entscheiden jetzt, ob sie Kinder haben wollen oder nicht, Kinder, die uns einmal die AHV finanzieren werden oder eben nicht. Der Arbeitsmarkt ist jetzt auf die Frauen angewiesen, insbesondere im Bereich der Pflege. Oder sind wir bereit, unsere Eltern wieder zu Hause zu pflegen? Der Standort Schweiz muss sich jetzt attraktiv machen, wenn er beim freien Personenverkehr mithalten will. Wir müssen also eine Entwicklung, die im Gange ist, beschleunigen.

Dieses Impulsprogramm will nicht mehr und nicht weniger. Es wird die Probleme nicht aus der Welt schaffen. Es wird die Kantone und Gemeinden nicht aus der Verantwortung entlassen, und es wird die Arbeitgeber nicht von der Aufgabe befreien, ebenfalls in solche Einrichtungen zu investieren. Aber es wird einen Impuls geben und den Prozess beschleunigen. Es soll Eigeninitiative und Engagement fördern und belohnen. In den Genuss dieser Mittel sollen Trägervereine kommen, die Krippen und Mittagstische betreiben wollen. Hinter diesen Projekten stehen im Normalfall Eltern, die sich zusammengeschlossen haben, um eine solche Einrichtung zu gründen. Doch viel zu häufig ist es so, dass diese Vereine bei den Gemeinden vorstellig werden und dort abblitzen, weil der Gemeinderat nur diese kleine Gruppe mit ihrem Bedürfnis sieht und nicht erkennt, dass die ganze Gemeinde von einer solchen Infrastruktur profitieren könnte.

Aber ebenso häufig ist es, dass Einrichtungen, die den Start geschafft haben, nach ein, zwei Jahren sehr wohl von der Gemeinde unterstützt werden, weil die Gemeinde in der Zwischenzeit erkannt hat, dass sie handfeste Vorteile von solchen Einrichtungen hat. Genau für diese Anfangsphase sind die Bundesgelder gedacht. Sie sollen mithelfen, dass nicht langer unzählige Projekte im Sand verlaufen, weil die Behörden beim Start den Mut nicht haben, in solche Einrichtungen zu investieren.

Der Bundesrat erkennt die Notwendigkeit ebenfalls, will aber nur 25 Millionen Franken pro Jahr einsetzen. Mit einem jährlichen Kredit von 25 Millionen konnten aber nur homöopathische Dosen verabreicht werden. 25 Millionen Franken – das sind pro Kanton eine Million. Hand aufs Herz: Können wir da noch von einem Impulsprogramm sprechen? Mit jährlich 25 Millionen Franken werden wir pro Jahr 2500 Plätze initiieren können, das heisst pro Kanton im Durchschnitt 100 Plätze. Allein auf der Warteliste der Stadt Bern sind aber 900 Kinder eingetragen.

Doch weshalb soll sich der Bund überhaupt engagieren?

1. Den betroffenen Eltern sind unsere ordnungspolitischen Diskussionen ziemlich egal. Sie zahlen nämlich sowohl die Bundes- als auch die Staatssteuern. Die Eltern erwarten aber, dass dieses ewige Hin und Her, das wir uns in der Politik zu diesem Thema leisten, aufhört und endlich etwas passiert. Ich kann Sie auf die Diskussion vor zwei Tagen im

Parlament des Kantons Zürich verweisen. Während hier in diesem Rat die SVP-Fraktion das Projekt mit der Begründung ablehnt, die Kantone seien zuständig, lehnt dieselbe SVP ein ähnliches Projekt im Kanton Zürich mit der Begründung ab, die Gemeinden seien zuständig. In den Gemeinden des Zürcher Weinlandes, einer SVP-Hochburg, lehnen die Gemeinden die Projekte mit der Begründung ab, die Arbeitgeber seien dafür zuständig. So wird der Ball immer hin- und hergeschoben, während in derselben Zeit immer mehr Frauen auf Kinder verzichten, immer mehr Familien kein ausreichendes Einkommen mehr erzielen können und immer mehr Kinder unbetreut sind. Wir müssen diesem Spiel ein Ende machen und jetzt endlich konkret werden.

2. Dieses Argument habe ich bei Frau Margit Osterloh gestohlen, die als Professorin für Betriebswirtschaftslehre der Universität Zürich die Sache ziemlich nüchtern betrachtet. Sie kommt zu folgendem Schluss: Der Bund hat sich deshalb zu engagieren, weil er ein Interesse daran hat, dass die innerschweizerische Mobilität gefordert wird. Das stark ungleiche Angebot an Betreuungsplätzen führt dazu, dass die Eltern einen einmal ergatterten Platz nicht mehr aufgeben und es damit zu einer so genannten Fehlallokation der Arbeitskräfte kommt.

3. Das dritte Argument hat Ihnen, liebe FDP-Vertreter, Ihre eigene Pressesprecherin geliefert. Sie sagt treffend: «Das Vorhandensein von Krippenplätzen ist für viele Familien wichtiger als die Höhe des Steuerfusses.» Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf den Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte. Wenn die Schweiz als Arbeitsort attraktiv bleiben will, muss sie diesen Leuten dringend und schnell Krippen- und Tagesschulplätze für ihre Kinder zur Verfügung stellen. Den Standort Schweiz für Fachkräfte und Unternehmen attraktiv zu machen und die innerschweizerische Mobilität zu ermöglichen sind zwei wichtige wirtschaftspolitische Aufgaben, die der Bund zu lösen hat. Ein ganz zentrales Instrument, um diese Aufgaben zu erfüllen, sind genügend Krippenplätze, Tagesschulplätze und Tagesfamilien. Deshalb ist es auch ordnungspolitisch zu vertreten, wenn der Bund hier Gelder zur Verfügung stellt.

Geben wir uns einen «Schupf», stimmen wir dem Antrag der Kommission zu, und bitten wir den Ständerat, einen Kompromiss zwischen uns und dem Bundesrat zu finden!

La présidente (Maury Pasquier Lilliane, présidente): Le groupe libéral communique qu'il soutient la minorité.

Guisan Yves (R, VD): La mise à disposition de structures et de places d'accueil pour enfants est une exigence incontournable de l'évolution sociale et économique. Elle permet, en particulier aux femmes, de poursuivre leur activité professionnelle et d'assurer aux entreprises une plus grande disponibilité. Le déficit actuel criant de places d'accueil a des effets extrêmement inquiétants. D'après les données disponibles, deux tiers des femmes travaillant à plein temps interrompent leur activité professionnelle ou la réduisent à un travail à temps partiel après la naissance de leur premier enfant. 45 pour cent des enfants de moins de 15 ans ne bénéficient d'aucun encadrement quelconque en dehors de l'école, ce qui favorise indubitablement les difficultés d'intégration et le cortège de problèmes sociaux qui en résultent, ce que j'appellerai le syndrome des banlieues.

Le Parti radical-démocratique suisse s'est donc fermement engagé en faveur de toute une série de mesures permettant de mieux concilier la famille et le travail, en particulier de la création de places d'accueil pour enfants, par une prise de position soutenue à l'unanimité lors de son congrès à Hérissau en août dernier.

Certes, il appartient en priorité aux cantons, aux communes et aux privés de mettre en place les structures nécessaires. Le programme fédéral d'impulsion qui nous est proposé n'entend pas s'y substituer, mais intervenir à titre strictement subsidiaire pour combler le plus rapidement possible le déficit constaté. L'initiative appartient donc toujours et encore en premier lieu aux cantons et aux collectivités locales.

Les difficultés de financement apparaissent essentiellement lors du lancement d'un projet ou au cours des deux premières années d'exploitation, jusqu'à ce que la nouvelle structure ait pu atteindre son rythme de croisière. En limitant la durée du soutien fédéral à trois ans, le projet de loi reste limité à son objectif d'incitation et il ne constitue en aucun cas une sorte de béquille fédérale permanente pour des canards boiteux, dans une logique de subsides.

Les candidats à ce programme doivent faire la preuve de la viabilité de leurs projets tout en respectant des critères de qualité et de professionnalisation de la prise en charge. Les craintes d'une intervention fédérale tentaculaire sont donc totalement injustifiées, au même titre que les manoeuvres suggérant aux cantons de se désengager en raison de la perspective d'une aide de la Confédération, tel que cela ressort des débats récemment tenus au Grand Conseil zurichois. Cette aide ne saurait en effet, une fois encore, être que complémentaire et limitée dans le temps.

Le groupe radical-démocratique soutient ce projet. Toutefois, il est très partagé quant à l'effort financier à consentir pour cette opération. Il est très préoccupé par l'évolution des finances fédérales et reste convaincu que l'on acquiert davantage de marge de manoeuvre pour de nouveaux engagements publics en réduisant le poids des intérêts et des amortissements plutôt qu'en accroissant régulièrement la dette.

Dans une perspective de frein aux dépenses, la majorité du groupe radical-démocratique est par conséquent favorable à la proposition du Conseil fédéral de réduire le financement accordé à la création de nouvelles places d'accueil à 25 millions de francs par an au lieu des 100 millions de francs proposés. Une forte minorité du groupe fait toutefois valoir que cette réduction vide quasiment le projet de sa substance et le réduit à une déclaration d'intention plutôt qu'à un choix déterminé de priorités.

Le nombre de places d'accueil disponibles se monte actuellement à environ 80 000 sur les quelque 350 000 qui seraient nécessaires. Le projet de loi qui vous est soumis prévoit la création de 60 000 places d'accueil environ. La diminution du crédit le réduirait à 15 000 au mieux, ce qui fait perdre considérablement de sa signification au projet.

Enfin, les exigences posées pour avoir droit au soutien fédéral sont très élevées sur le plan qualitatif, structurel et financier. Il n'est donc pas certain que le crédit proposé de 100 millions de francs par an soit effectivement régulièrement épuisé dans son ensemble. Par contre, en le réduisant à 25 millions de francs, il y a bien des chances qu'il soit complètement utilisé sans laisser aucune marge de manoeuvre quelconque.

En conclusion, le groupe radical-démocratique entrera en matière, mais s'exprimera de manière diverse quant à l'ampleur à accorder au financement.

Meyer Thérèse (C, FR): Afin d'accroître les possibilités de garde pour les enfants en milieu extrafamilial, le Conseil national a donné suite, à une large majorité, à Lugano, en mars 2001, à l'initiative parlementaire Fehr Jacqueline demandant d'élaborer une base légale pour que la Confédération apporte un soutien financier aux communautés publiques ou aux personnes morales sans but lucratif qui créent des places d'accueil pour les enfants afin de seconder les familles. C'est ce projet que nous examinons aujourd'hui.

Pendant les dix ans qui suivront l'entrée en vigueur, 100 millions de francs par an au maximum seront affectés pour stimuler la création de 60 000 à 100 000 nouvelles places d'accueil, le tiers des frais d'exploitation étant pris en charge pendant deux ou au maximum trois ans. Actuellement, on dénombre 60 000 à 80 000 places en Suisse, alors que 65 pour cent des femmes ayant un ou des enfants de moins de 15 ans exercent une activité lucrative à plein temps ou à temps partiel. Ceci représente 850 000 enfants sur 1 200 000 enfants que compte la Suisse toute entière. Une place d'accueil est utilisée par 1,3 enfant en moyenne. L'argument de la difficulté de concilier vie professionnelle et éducation des enfants est l'argument le plus souvent avancé

par les femmes, mais aussi par les hommes, entre 20 et 49 ans pour ne pas vouloir d'enfants ou ne pas vouloir d'enfants supplémentaires. C'est très grave! C'est pour cela qu'en présence d'un taux de natalité déplorable, le pays – c'est assez rare que la Confédération s'occupe d'un sujet comme celui-là – doit s'en mêler. Au moins, ne décourageons pas les couples qui désirent avoir un ou plusieurs enfants!

Concernant le marché du travail, on pourrait pallier à son assèchement parce que les mamans pourraient beaucoup plus facilement continuer à exercer leur profession à temps plein ou à temps partiel.

L'utilité socioéconomique des places d'accueil pour les enfants est confirmée. Par exemple, elles diminuent le nombre de familles tombant dans la détresse économique elles permettent une meilleure socialisation des enfants, une meilleure intégration des jeunes dans le monde du travail et la place économique suisse sont de site d'implantation pour les entreprises y gagne en attrait. Une étude commandée par la Ville de Zurich, on vous en a parlé, dit que chaque franc investi dans la création de places d'accueil rapporte 1,6 à 1,7 franc à la communauté. Donc, nous n'allons pas donner à fonds perdu, mais investir.

Le projet stipule que la Confédération soutient financièrement la création de places d'accueil extrafamiliales pour concilier les obligations familiales, professionnelles et de formation, pas pour d'autres buts. Les aides financières seront versées en complément d'autres sources de financement. La durée du programme d'impulsion est de dix ans, les moyens financiers prévus sont de 100 millions de francs par année et entre 60 000 et 100 000 places pourraient être créées.

Le groupe démocrate-chrétien soutiendra massivement le projet de loi tel qu'il est présenté, avec le financement proposé par la commission. Sa priorité sur le plan politique est la famille. Il prend en compte que l'organisation de la famille évolue et que tous les choix sont respectables. Quelquefois l'un ou l'autre parent peut ou veut renoncer à une vie professionnelle pour s'occuper des enfants, et c'est très bien. Mais une maman qui voudrait s'occuper des enfants doit quelquefois travailler pour trouver l'équilibre économique, ou alors choisir la formule du partage entre vie professionnelle et éducation des enfants. On peut aussi imaginer une vie professionnelle ou politique active, qui doit s'harmoniser avec une vie familiale où doivent avoir place plusieurs enfants.

Le groupe démocrate-chrétien soutient tous ces modèles de familles et pense que le coup de pouce proposé est indispensable. La famille doit être au service de l'être humain pour lui permettre de grandir et d'aimer. C'est la raison pour laquelle la place de la famille et des familles est très importante dans notre société, non pas pour défendre un modèle politique ou social particulier, mais pour permettre à des personnes adultes ou enfants, jeunes ou vieilles, de s'épanouir et de vivre ensemble. Pour réussir ce défi, les familles d'aujourd'hui ont besoin de ce coup de pouce qui est un investissement. Les milieux patronaux l'ont d'ailleurs bien compris puisque, alliés à Pro Familia et à Pro Juventute, ils ont spécifiquement relevé qu'une action – celle que nous tentons de lancer aujourd'hui – s'impose dans le domaine de l'accueil extrafamilial pour les enfants.

Un investissement demande toujours un effort au départ. Le Conseil fédéral trouve le projet formidable mais réduit tellement son financement qu'il lui coupe les ailes, ce qu'il n'a pas fait, ce que nous n'avons pas fait dans d'autres dossiers. Dans ce Parlement et dans les mêmes conditions financières, nous avons dû et pu libérer des montants autrement plus importants parce que c'était urgent et absolument indispensable pour le pays. Le groupe démocrate-chrétien trouve qu'il est absolument indispensable aussi pour le pays de débloquer des aides financières en faveur des familles. Il adoptera l'arrêté fédéral concernant les aides financières à l'accueil extrafamilial pour enfants selon l'avis du Conseil fédéral du 27 mars 2002, qui prévoit 100 millions de francs au maximum pendant quatre ans pour cette tranche-là. Je vous propose de le suivre.

Meier-Schatz Lucrezia (C, SG). Seit Jahren machen wir darauf aufmerksam, dass die Erwerbstätigkeit der Frauen seit Beginn der Neunzigerjahre stark angestiegen ist. Nicht nur die bessere Ausbildung der Frauen und das gewandelte Familienbild sind für diese Entwicklung ausschlaggebend. Vielmehr war und ist die schwierige wirtschaftliche Lage zahlreicher Familien für die Erwerbstätigkeit der Frauen ausschlaggebend. Wir machen aber auch seit Jahren darauf aufmerksam, dass eine wachsende Zahl von Frauen darauf verzichtet, Kinder zu haben. Je besser die Ausbildung einer Frau, desto grösser die Wahrscheinlichkeit, dass sie kinderlos bleiben wird. Europaweit sind wir punkto Kinderlosigkeit Spitzenreiter. Dies ist vorwiegend auf die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie zurückzuführen. Wenn wir aber keine kinderlose Gesellschaft haben wollen, müssen wir die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für Mutter als auch für Vater schaffen.

Die Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze bildet für die Forderung dieser Vereinbarkeit einen wichtigen Pfeiler einer zeitgemässen und modernen Familienpolitik. Mit der Anstossfinanzierung in der Höhe von maximal 100 Millionen Franken jährlich während zehn Jahren können wir mindestens 6000 bis 8000 Plätze schaffen. Angesichts der Tatsache, dass 73 Prozent aller Mütter mit Kindern unter zehn Jahren einer Erwerbstätigkeit nachgehen, und angesichts der Tatsache, dass 44 Prozent der Schulkinder keinen Zugang zur familienergänzenden Betreuung haben, müssen wir neue Strukturen schaffen. Es fehlt in fast allen Kantonen an ausreichenden Betreuungssystemen für Kinder aller Altersstufen. Doch was geschieht in der Zwischenzeit mit den Kindern, die das Investitionspotenzial für die Zukunft unserer Gesellschaft bilden? Sie werden betreut, oder sie bleiben, was zunehmend der Fall ist, während der erwerbsbedingten Abwesenheit der Eltern ohne Betreuung zurück.

Es ist unbestritten, dass den Eltern – auch denen, die auf längere Betreuungszeiten angewiesen sind – ein breiteres Angebot an Betreuungsplätzen für ihre Kinder zur Verfügung gestellt werden muss. Familienergänzende Betreuung ist in der Tat eine Chance für eine angemessene soziale Einbettung und Verankerung der Kinder. Dies gilt auch – und in besonderem Masse – für Kinder aus Kleinstfamilien, meistens Schweizer Familien, sowie für Kinder ausländischer Herkunft, denn die familienergänzende Betreuung erleichtert eine frühzeitige gesellschaftliche und soziale Integration dieser Kinder.

Eltern brauchen andererseits die Sicherheit, dass ihre Kinder während ihrer Abwesenheit eine gute und qualifizierte Betreuung erfahren können. Das Wissen um die gute Betreuung ermöglicht es auch den Arbeitnehmerinnen, sich während der Arbeitszeit voll und ganz ihrer Erwerbstätigkeit zu widmen.

Mit dem vorliegenden Bundesgesetz können wir endlich nicht nur aus gesellschaftspolitischer Sicht über die Notwendigkeit und die Gestaltung der Rahmenbedingungen in der Wirtschaft, den Schulen, der Gesellschaft sprechen, sondern auch – und vor allem – den Familien gegenüber ein echtes und wertvolles Zeichen setzen. Denn der höchstpersönliche Entscheid für ein Kind hat für unsere Gesellschaft eine enorme Relevanz. Familien, junge Familien, müssen in der Wahrnehmung ihrer vielfältigen Aufgaben unterstützt werden. Sie sind auf eine rasche, unbürokratische und schnelle Hilfe bei der Suche nach geeigneten Lösungen angewiesen. Ich bin doch erstaunt, dass man ausgerechnet von liberaler Seite hier zusätzliche administrative Hürden einbauen möchte. Der Einbau zusätzlicher Hürden erschwert höchstens den Ablauf der Behandlung des Gesuches und verzögert die Inbetriebnahme der Betreuungsstätte.

Mit diesem Gesetz wird, wie es die Kommissionmehrheit vorschlägt, sehr vielen Familien eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Es geht also überhaupt nicht darum, die primäre Erziehungsaufgabe der Eltern an die Öffentlichkeit zu delegieren, sondern vielmehr darum,

die Familien als solidarische Gemeinschaften, in denen sich jedes Mitglied für das andere verantwortlich fühlt, in Respektierung ihres Wunsches nach Autonomie zu unterstützen und zu fördern. Familien müssen befähigt werden, ihre vielfältigen Aufgaben zu erfüllen.

Geleitet von dieser Überzeugung wird die CVP-Fraktion das Bundesgesetz, wie es vorliegt, unterstützen. Auf die Änderungsvorschläge von Herrn Eggly werden wir in der Detailberatung eingehen, aber eines steht jetzt schon sicher fest: Wir werden diesen nicht zustimmen.

Studer Heiner (E, AG): Die evangelische und unabhängige Fraktion ist einhellig für Eintreten auf diese Vorlage. Es ist für uns wichtig, dass wir die Rahmenbedingungen für die Familien verbessern. Das ist ein zentrales politisches Anliegen, das wir vertreten. Wir wollen die Rahmenbedingungen vor allem für diejenigen verbessern, die in einer schwierigen finanziellen Situation sind und Unterstützung brauchen.

Auch wenn wir eine solche Verbesserung voll und ganz unterstützen, möchte ich Ihnen doch noch zwei, drei Dinge zu bedenken geben. Auch wenn es sich um eine gute Sache handelt, heisst das noch nicht, dass der Bund alles tun muss. Es ist ein Problem in unserem Staatswesen, dass der Bund bei jeder guten Sache die Kosten übernehmen soll. Unsere Fraktion vertritt ja immer wieder bewusst die Auffassung – wir werden das auch in Zukunft tun –, man müsse eine saubere Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden vornehmen und man müsse bei den Entscheiden und bei der Finanzierung nicht immer alle drei Ebenen mit einbeziehen. Von daher konnte man zu einem anderen Schluss kommen. Aber im Bereich, um den es hier geht, ist es aufgrund der Realität in der Schweiz unbedingt notwendig, dass wir diese Anstossfinanzierung bewilligen. Deshalb ist es für uns zentral, dass es wirklich eine Anstossfinanzierung ist. Es ist zentral, dass auf den zuständigen Stufen alles getan wird, um nicht nur die Restfinanzierung zu garantieren, sondern auch zu gewährleisten, dass diese Institutionen auf längere Frist überleben können. Schon von daher haben wir keine Bedenken, dass wahrsinnig viele Mittel angebeht werden. Denn wenn Sie sich diese Vorlage ansehen, stellen Sie fest: Bis eine neue Institution gegründet werden kann und – vor allem – bis sie auch auf lange Zeit lebensfähig ist, braucht es sehr viel. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir bei diesem Schwerpunkt der Familienforderung eine Anstossfinanzierung bewilligen. Die Fraktionsmehrheit, die aus den EVP-Vertretern besteht, ist voll und ganz für die gesamte Summe, die hier vorgeschlagen wird. Sie ist dafür, dass diejenigen Gesuche, die dann auch wirklich zu Recht anstehen, flächendeckend bewilligt werden können.

Bortoluzzi Toni (V, ZH). Die Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützt den Nichteintretensantrag, wie er von der Minderheit der Kommission begründet wurde. Es gibt dafür im Wesentlichen zwei Gründe. Ich möchte allerdings vorwegnehmen, dass sich der Einwand nicht grundsätzlich gegen solche Betreuungseinrichtungen wendet. Es geht vor allem darum, die Frage des Engagements des Bundes zu diskutieren.

1. Wir glauben, dass die Privatinitiative im Vordergrund steht. Sie soll dort, wo es unbedingt nötig ist, mit Unterstützung der Gemeinden realisiert werden. Dafür gibt es sehr gute Beispiele. Ich konnte Ihnen einige zeigen. Ich war Gemeindepräsident, und wir haben in meiner Wohngemeinde so etwas realisiert. Das funktioniert glanzend. Wenn aber der Staat kommt und sagt, er gebe Geld, dann wird es natürlich genommen. Das ist so wie hier in diesem Saal, wenn wir sagen, wir erhöhen unsere Entschädigung; dann wird das Geld auch genommen, das ist ja klar. Es gilt festzustellen, dass der Bund eine Aufgabe übernimmt und unterstützt, welche aus unserer Sicht in unserem federalistischen System unbestritten Aufgabe der Kantone ist und in den Gemeinden umgesetzt werden soll. Man beklagt ja immer wieder die intransparente Verflechtung in unserem Staat, die damit ver-

bundenen Finanzströme, die Zuständigkeiten, die vermisch werden, obwohl wir eigentlich gute Voraussetzungen hatten, um in diesem Bereich Ordnung zu halten und es gar nicht so weit kommen zu lassen. Hier wird der Bund beauftragt, zu kontrollieren, zu überprüfen, was vorher in der Gemeinde und allenfalls im Kanton bereits einmal getan wurde, um dann letztlich ein paar Tausend Franken zu schicken.

Die Finanzierung dieser Einrichtung wird ja dann – das ist ein weiterer Punkt – unabhängig von den Verhältnissen ihrer Benutzer geleistet. Es geht also hier nicht um eine soziale Not, die gemildert werden soll, sondern um einen Rechtsanspruch von verantwortungsmüden Eltern gegenüber dem Staat – so möchte ich es einmal nennen. Die anspruchsvolle Erziehungsarbeit wird günstig im Umverteilungssystem vom Staat abgenommen. Eine diesbezügliche Kostentransparenz wird in diesem Beschluss nicht verlangt. Solche Übungen, und wenn sie noch so schön dargestellt werden, kann die Mehrheit der SVP-Fraktion nicht unterstützen.

2. Nun zu meinem zweiten Hauptargument: Diejenigen, welche sich unter Verzicht oder eben privat für Lösungen einsetzen und auf die hier gebaute staatliche Krippe – oder «Futterkrippe» – verzichten, sind doppelt geprellt, erstens, weil sie persönlich eine Einschränkung in Kauf nehmen – sich bewusst sind, dass damit Arbeit und Verzicht verbunden sind –, und zweitens, weil sie mit ihren Steuern dann zusätzlich noch verknurr werden, diese so genannten Solidaritätsleistungen, die eine falsche «Solidarität» beinhalten, zu finanzieren.

Wenn es ein unbestrittenes Bedürfnis wäre – wie es in verschiedenen Zuschriften an uns stand und übrigens auch in der Antwort des Bundesrates zum Ausdruck kommt –, wenn es also ein solch dringendes Anliegen wäre, dann würde sich dieses Anliegen auf privater Ebene durchsetzen; davon bin ich überzeugt. Es braucht keine staatlichen Impulsprogramme – umso weniger, als Erziehungsarbeit ausserhalb der Familie immer nur zweite Priorität sein kann. Ich wehre mich gegen die Darstellung, die hier seitens der Kommissionssprecher und auch verschiedener Fraktionssprecher zum Ausdruck kam, dass eben der Staat – so wurde es dargestellt – eigentlich die beste Lösung für die Erziehung sei. Wenn ich darauf ausgehe, die Familie zu stärken, dann kann es nicht angehen, sie mit verlockenden Staatsgeldern auseinander zu bringen. Ihre Argumente, die Sie hier gebracht haben, erinnern mich stark an die früheren Argumente in den osteuropäischen Staaten, die vor zehn, fünfzehn Jahren zugrunde gegangen sind. Auch dort wurde mit wirtschaftlichen, mit qualitativen Argumenten die Aufgabe der Erziehung vom Staat übernommen.

Kindererziehung ist nicht eine technisch durchzuführende Betreuungsaufgabe, sondern besteht in erster Linie aus Beziehung, Beziehung ist Erziehung und Betreuung, und das schafft die nötigen Voraussetzungen für die Jugend, die Zukunft und die Herausforderungen im Erwachsenenleben zu bewältigen.

Diese Vorlage widerspricht diesen Bemühungen. Mit der Vorlage wird diese Entwicklung, die auch in anderen Staaten zu schlechten Ergebnissen geführt hat – gesellschaftliche Zerrüttung als Folge –, auf Bundesebene eingeführt und unterstützt, und so etwas können wir nicht mittragen. Wir werden also, im Wissen darum, dass wir eine Minderheit sind, diesem Bundesbeschluss und dieser Finanzierung nicht zustimmen.

Zum Schluss möchte ich aber doch festhalten, dass die Präsidentin aufgefordert ist, die Anträge des Bundesrates auch zur Abstimmung zu bringen. Ich nehme an, das erfolgt automatisch; sonst müsste ich hier im Sinne eines Antrages verlangen, dass die Anträge des Bundesrates zur Abstimmung gelangen. Denn wir werden in erster Linie für Nichteintreten stimmen und in zweiter Linie – im Falle von Eintreten – den Anträgen des Bundesrates folgen.

Teuscher Franziska (G, BE): Ich möchte zuerst Herrn Bortoluzzi etwas sagen: Herr Bortoluzzi, es geht bei dieser Vorlage nicht um den Rechtsanspruch verantwortungsmüder

Eltern, wie Sie das gesagt haben, sondern es geht bei dieser Vorlage darum, dass wir die Bedürfnisse in einer veränderten Gesellschaft wahrnehmen, Bedürfnisse von Eltern, von Kindern, aber auch von der Wirtschaft. Ich denke, auch die SVP musste zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht mehr oder noch nie in einer heilen Welt gelebt haben.

Der Grundsatz ist in Artikel 1 Absatz 1 des vorliegenden Gesetzes ziemlich einseitig formuliert: «Der Bund richtet im Rahmen der bewilligten Kredite Finanzhilfen zur Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder aus, damit die Eltern Familie und Arbeit oder Ausbildung besser vereinbaren können.» Dies ist aus der Sicht der betroffenen Eltern so richtig. Aber wie sieht die Sicht der eigentlich Hauptbeteiligten aus, diejenige der Kinder?

Wir haben bereits ausführlich gehört, welche Bedeutung die familienbegleitende Kinderbetreuung für die Gleichstellung von Mann und Frau und für die Wirtschaft hat. Ich möchte in meinen Ausführungen die Kinder ins Zentrum stellen. Ist familienbegleitende Kinderbetreuung einfach eine praktische Einrichtung für Eltern, welche dort ihre Kinder während der Arbeit versorgen, so, wie uns das Herr Bortoluzzi eben vorhin ausgeführt hat, oder profitieren nicht auch die Kinder – oder gerade die Kinder – von Kindertagesstätten oder Tagesschulen? Eigentlich müssten hier die Direktbetroffenen zu Wort kommen, die Kinder: die Hälfte der Redezeit den Kindern, die Hälfte der Redezeit uns Erwachsenen. Meinen Kindern hatte diese Idee noch gefallen, hier im Bundeshaus auszuführen, was sie zu Kindertagesstätten und Tagesschulen meinen. Meine Kinder hier einzubeziehen hatte aber wohl die parlamentarischen Gepflogenheiten und Sitten verletzt.

So fasse ich Ihnen zusammen, was meine Kinder gestern Abend zu diesem Thema meinten: «In der Tagesschule 'fagts', weil es viele Kinder hat.» Oder: «In der Kindertagesstätte gefällt es mir, weil es dort so viele Spielsachen gibt.» Aber ich will hier nichts beschönigen, Sätze wie «Ilg wottt hut nid i d' Chrippe» oder «Ich esse nicht mehr in der Tagesschule, weil es dort immer Salat gibt» sind auch mir bekannt, genauso aber auch Sätze wie am Abend beim Abholen der Vorwurf: «Warum kommst du denn immer so früh? Ich bin gerade so schon am Spielen!»

Ich kenne kein einziges Kind, das unglücklich ist, wenn es den Tag in einer Kindertagesstätte, in der Tagesschule oder bei Tageseltern verbringt, denn es «fagt» doch einfach, dass grosse und kleine Kinder zum Spielen, zum Plaudern, zum Miteinandersein da sind und dass professionelle Betreuungsleute die Kinder betreuen und sie in ihrer Entwicklung fördern.

Nun mögen 100 Millionen Franken pro Jahr, wie sie im vorliegenden Beschluss vorgesehen sind, etwas viel sein, damit Kinder Spass haben. Spass ist das eine, aber vor allem auch der pädagogische Wert der familienbegleitenden Kinderbetreuung ist sehr hoch. Ich erwähne nur zwei Punkte.

Rund ein Viertel aller Kinder wachsen heute als Einzelkinder auf. Soziale Kontakte und Gemeinschaft mit anderen Kindern sind aber für das Wohl und die Entwicklung der Kinder sehr wichtig, damit diese nicht zu asozialen und egozentrischen Einzelgängern werden.

Kinder brauchen qualitativ gute Betreuung. Es ist ein grosser Unterschied für das Wohl und die Entwicklung der Kinder, ob sie einfach gehütet oder richtig betreut und gefördert werden. Der Alltag sieht in diesem Punkt aber düster aus. Knapp die Hälfte der Schulkinder, deren Eltern erwerbstätig sind, sind in der schulfreien Zeit ganz sich selber überlassen oder mit dem Fernseher und dem Computer allein. Von guter Betreuung keine Spur!

Eigentlich sind all diese positiven Auswirkungen für sich allein schon genügend Argument, um die 100 Millionen Franken pro Jahr zu rechtfertigen, welche vom Bund gefordert werden. Aber wenn wir Plätze in Kindertagesstätten, in Tagesschulen und bei Tageseltern fördern, haben wir tatsächlich «ds' Fufi u ds' Weggli». Jeder Franken, den wir in familienbegleitende Betreuung investieren, zahlt sich volkswirtschaftlich drei- bis viermal aus. Es ist deshalb unverstänlich, wenn der Bundesrat nun beantragt, nur 25 Mil-

ionen Franken pro Jahr zu investieren, denn Geld, welches in die familienbegleitende Kinderbetreuung investiert wird, hat wohl die höchste Rendite: zufriedene Eltern, weil sie Arbeit und Familie mit gutem Gewissen vereinbaren können und ein höheres Familieneinkommen erzielen; zufriedene Frauen, weil sie sich nicht entweder für Kinder oder für den Job entscheiden müssen, zufriedene Kinder, weil sie andere Kinder und Erwachsene ausserhalb des engsten Familienkreises treffen können; zufriedene Arbeitgeber, weil sich die Eltern auf die Arbeit konzentrieren können, ohne sich dauernd Sorgen um die Kinder machen zu müssen; schliesslich ein zufriedenes Staatswesen, denn einerseits können die Kosten für Sozialausgaben und Integrationsmassnahmen reduziert werden, und andererseits werden die Einnahmen der Steuerbehörden und der Sozialwerke durch die vermehrte Erwerbsarbeit erhöht.

Familienbegleitende Kinderbetreuungseinrichtungen müssen heute so selbstverständlich zum Infrastrukturangebot gehören wie Schulen, Spitäler und Strassen. Wir Grünen sind überzeugt, dass diese 100 Millionen Franken für Kantone, Gemeinden und Dritte genügend Anreiz schaffen, ihr Infrastrukturangebot durch moderne Kinderbetreuungseinrichtungen optimal zu ergänzen.

Fasel Hugo (G, FR). Familienergänzende Betreuungsplätze sind eigentlich Teil einer zeitgemässen, modernen Familienpolitik. Oder man könnte es auch etwas dürr, unfreundlich sagen. Familienergänzende Betreuungsplätze sind nichts anderes – nicht mehr und nicht weniger – als eine zeitgemässe Infrastruktur unserer Gesellschaft. Diese Gesellschaft hat sich verändert. Die Grossfamilie gibt es nicht mehr, die Individualisierung ist von der Wirtschaft längst durchgesetzt worden. Die Erziehungsmodelle haben sich geändert, genauso wie man früher aufgrund veränderter gesellschaftlicher Situationen die obligatorische Schulzeit einführt, genauso wie man einmal aufgrund der Individualisierung die AHV einführt und wir gestern die berufliche Vorsorge diskutierten, genauso wie es einmal hiess, wir brauchen jetzt breitere und schnellere Strassen, oder wie es zuletzt hiess, wir bräuchten nun zusätzliche Tunneln. Um bei diesem Bild zu bleiben, an die Adresse einiger Vertreter der SVP-Fraktion: Die langste Warteschlange in diesem Lande ist nicht diejenige am Portal des Gotthards. Die langste Warteschlange ist die auf den Wartelisten der Krippeninstitutionen, und das nicht erst seit ein paar Monaten, sondern seit Jahren. Diese Warteschlange zu beseitigen ist um ein Vielfaches billiger, als etwa noch eine Tunnelrohre zu bauen; das sind die Relationen. Setzen Sie vernünftige Prioritäten. Um das Bild abzuschliessen: Für viele Eltern ist die «Phase Rot» seit Jahren Alltag und nicht erst, wie beim Gotthardportal, seit einigen Monaten.

Es gibt nicht nur Gründe für Krippenplätze, die im Interesse des Kindes sind, wie dies meine Vorrednerin ausgeführt hat, sondern auch Gründe wirtschaftlicher Art. Man soll den Leuten bekanntlich in das Ohr reden, das offen ist. Herr Gutzwiller hat schon darauf hingewiesen. Studien haben gezeigt, dass jeder in familienergänzende Betreuungsplätze investierte Franken ein gut investierter Franken ist, weil er mehrfach zurückfliesst. Das haben selbst der Arbeitgeberverband und sein Direktor, Herr Hasler, erkannt und sind deshalb mit diesem Anliegen selber an die Öffentlichkeit getreten.

Wenn wir Krippenplätze einrichten, ist jedem freigestellt, ob er davon Gebrauch machen will oder nicht. Es wird niemand zu seinem Glück gezwungen, es braucht niemand sein Erziehungsmodell zu ändern; jeder darf es so halten, wie er will. Krippenplätze zu nutzen ist allen Eltern freigestellt.

Wenn ich schon nach Herrn Bortoluzzi sprechen darf, möchte ich doch noch etwas zum Ausdruck «Rechtsanspruch von verantwortungsmüden Eltern gegenüber dem Staat» sagen. Herr Bortoluzzi, ich kenne Sie anders, denn dieser Ausspruch genügt nur einem Kriterium, dem der lacherlichen Biertischidee. Dieser Ausdruck – das sage ich als Vater von zwei Töchtern – hat etwas Verletzendes an sich. Es hat etwas Verletzendes an sich, wenn Sie Eltern, die ei-

nen Krippenplatz anstreben, um erwerbstätig zu sein, verantwortungsmüde nennen. Das ist, ich sage es ein drittes Mal, verletzend.

Sie sagten auch, man würde damit Familien auseinander reißen. Auch dieses Argument ist nicht nur daneben, sondern auch sachlich falsch. Wenn Sie die Scheidungsrate anschauen, ist diese bei Familien, in denen beide zur Arbeit gehen, kleiner als dort, wo nur eine Person einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Das sind die Fakten.

Es gibt tausend Gründe für die vorgeschlagene Anstossfinanzierung, und die Warteschlange ist lang. Investieren wir diese wenigen Mittel in eine zeitgemässe Infrastruktur für familienergänzende Betreuungsplätze.

Gutzwiller Felix (R, ZH), für die Kommission: Noch zwei Bemerkungen zur Debatte, die wir gerade erlebt haben:

1. Ich möchte Herrn Fattebert sehr herzlich für die ausgezeichnete Liste von guten Gründen danken, die er geliefert hat, weshalb man familienergänzende Betreuungsangebote fördern sollte. Eigentlich hat er nur ein kleines Aber nachgeschoben, dieses Aber ist das Föderalismusargument. Ich darf deshalb noch einmal darauf hinweisen, dass dieses Programm ganz klar subsidiär ist. Es gibt höchstens Mittel in der Höhe von einem Drittel der Betriebs- und Unterhaltskosten, und es gibt diese Mittel höchstens für drei Jahre. Die Voraussetzung ist eine lokale Initiative. Es wird niemand gezwungen; es muss ein lokaler Träger da sein. Und er muss bei der Zusprache der Gelder nachweisen, dass er nachher die Sache nachhaltig weiterführen kann, auch ohne Bundesunterstützung. Die Kantone sind im Übrigen eingebunden – wir haben das in der Kommission diskutiert –, auch bei der Vergabe, sodass die Zusammenarbeit hier funktionieren wird. Ich darf vielleicht als Letztes den Skeptikern zurufen, dass – Herr Fattebert – die Bundesverfassung hier natürlich eine klare Grundlage gibt, denn Artikel 116 Absatz 1 besagt: «Der Bund berücksichtigt bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Bedürfnisse der Familie. Er kann Massnahmen zum Schutz der Familie unterstützen.» Genau darum geht es hier mit Respekt vor Föderalismus und Subsidiarität.

2. Ich darf kurz auf das Votum von Kollege Bortoluzzi eintreten. Kollege Bortoluzzi, ich denke ebenfalls – und hier spreche ich jetzt persönlich und nicht als Kommissionsreferent –, dass der Ausdruck «verantwortungsmüde» der Sache wirklich nicht gerecht wird. Ich darf Ihnen einfach persönlich sagen: Ich arbeite in einem wichtigen Sektor der Schweiz, dem Gesundheitswesen, mit Hunderttausenden von Beschäftigten. Wir haben in diesem Sektor fast 80 Prozent Frauen, zum Teil hoch professionalisiert. Ich weiss aus eigener Erfahrung – wenn ich an die Assistenzärztinnen denke, die hier ihre Berufskarriere, wohlweislich nach hohen gesellschaftlichen Investitionen in diese Ausbildung, weiterverfolgen wollen –, wie schwierig diese Frage für sie ist, wie sehr sie gerne Unterstützung in Anspruch nehmen würden, im Interesse von uns allen, wenn wir an die Leistungen des Gesundheitswesens denken. Ich denke, da von «verantwortungsmüde» zu sprechen wird der Sache wirklich nicht gerecht.

Zusammenfassend: Aus Kommissionssicht gibt es sehr gute Gründe im Bereich der Stützung junger Familien, im Bereich der Investition in Kinder. Es gibt sie im Bereich der volkswirtschaftlichen Argumentation.

Ich darf Sie nochmals im Namen der Kommissionsmehrheit bitten, dieser Vorlage dann zuzustimmen.

Schmied Walter (V, BE): Monsieur Gutzwiller, je vous pose deux questions. La première, pourquoi vous référez-vous aux statistiques du canton de Zurich pour démontrer la nécessité de l'octroi de ces aides financières, alors qu'on prétend toujours que le canton de Zurich est un canton riche? Ce n'est pas aux cantons pauvres, par le truchement de la Confédération, de financer les cantons riches!

La deuxième, pourquoi ne prenez-vous pas cet argent afin de le distribuer aux familles monoparentales? Ainsi, les mères seules ou les pères seuls pourraient décider quoi faire

de cet argent. A mon humble avis, l'élément faible de la société, ce sont les familles monoparentales et ce sont elles qu'il faut aider, et pas les crèches, car cela favorise les ménages à double revenu.

Gutzwiller Felix (R, ZH), für die Kommission. Herr Kollege Schmied, zum ersten Punkt, vielleicht ist das nicht ganz klar geworden. In der Tat ist die Situation im Kanton Zürich in dieser Beziehung nicht ganz so schlecht wie in anderen Kantonen. Die Zahlen haben sich ja auch nur auf eine Studie bezogen, die im Kanton Zürich durchgeführt wurde. In anderen Kantonen liegen die Zahlen über die volkswirtschaftliche Bedeutung noch nicht vor. Es ist also sicher so, dass der Kanton Zürich nicht zu den besonders grossen Profiteuren gehören würde. Das muss ich sehr klar zurückweisen. Es gibt im Bericht einen Anhang über die Betreuungsplätze. Es gibt andere Kantone – ich will sie nicht aufzählen –, die eine viel schlechtere Versorgung mit entsprechenden Angeboten haben.

Zum zweiten Punkt: Die Einzelfallhilfe ist ein anderes Konzept. Ich persönlich bin sehr überzeugt davon, dass allein stehende Mutter mit kleinen Kindern heute noch nicht die Unterstützung haben, die sie haben sollten. Da gebe ich Ihnen völlig Recht. Aber das ist keine Alternative zum hier Vorliegenden, sondern wirft die Frage auf: Gibt es weitere Massnahmen in anderen Bereichen, die wir treffen sollten?

Rossini Stéphane (S, VS), pour la commission: J'aimerais ajouter encore un mot pour compléter la réponse aux questions posées par M. Schmied. Les statistiques citées à l'annexe 2 du rapport de la commission du 22 février 2002 montrent très clairement la situation pour chaque canton. Le nombre de structures d'accueil est calculé en termes absolus et pour 1000 enfants. Le projet qui nous est soumis donne la priorité à la création de nouvelles structures. Auparavant, l'accent portait sur l'élargissement et l'agrandissement des structures existantes. Donc, la priorité n'est pas de favoriser les grands cantons. On voit effectivement que Zurich ou, mieux encore, Genève ont une offre de places d'accueil extrêmement importante, le tableau à l'annexe 2 dénombre en effet de quasiment 0 jusqu'à 5,8 structures d'accueil pour 1000 enfants par canton. L'objectif est très clairement de permettre aussi le phénomène de rattrapage et de garantir une répartition équitable des places d'accueil. En ce qui concerne la deuxième question, un soutien financier aux familles monoparentales est une solution, mais cela ne résout absolument pas la question de la prise en charge des enfants.

Par rapport au débat d'entrée en matière, j'aimerais évoquer encore deux points. Nous reviendrons tout à l'heure sur la question des cantons avec le concept proposé par M. Eggly, qui nous permettra de vous présenter comment nous avons traité cette affaire.

S'agissant du fédéralisme, M. Gutzwiller a apporté un certain nombre de réponses. J'aimerais juste préciser que l'argument de la nouvelle péréquation financière ne peut pas être accepté sans autre parce que finalement, depuis 1996, on a l'impression que le projet de nouvelle péréquation financière nous empêche quasiment de réfléchir. Soyons sérieux: oui au désenchevêtrement des tâches, mais oui aussi aux tâches et à la manière de pouvoir les remplir! Il ne faut pas utiliser la nouvelle péréquation financière comme un alibi pour ne rien faire.

Ma dernière remarque, qui me paraît être la plus importante, se rapporte à la question de la qualité. Monsieur Fattebert, vous avez dit que les universitaires au service de la Confédération viendront contrôler la hauteur des escaliers. Bien évidemment, en tant qu'agriculteur, vous connaissez bien ce phénomène de contrôle par rapport au subventionnement, mais j'aimerais tout simplement rappeler que le sujet abordé est extrêmement sensible. On a affaire à la prise en charge d'enfants et pour celle-ci, nous devons impérativement garantir la qualité de l'accompagnement. Il ne s'agit pas essentiellement de mesurer des mètres carrés, mais de véritablement s'assurer de la qualité de la prise en charge. Pour ce

faire, l'ordonnance réglant le placement d'enfants a été édictée le 19 octobre 1977; c'est à ce jour l'unique base légale fédérale pertinente, et elle est fondée sur l'article 316 du Code civil. Cette base légale permet d'avoir des dispositions relatives aux parents nourriciers, concernant les différents types de placement, à la journée, dans les crèches, etc. Elle définit des normes relatives au personnel, à l'alimentation, à la surveillance médicale, à la protection contre les incendies, et également à la surveillance.

Je crois que ce dernier élément relatif à la qualité de la prise en charge est important. Ce n'est pas un critère discriminatoire ou exagéré sur le plan administratif. C'est un minimum sans lequel on ne pourrait pas développer un tel programme de manière cohérente et pour le bien des enfants pris en charge.

Voilà les quelques remarques complémentaires qu'il me paraissait important de formuler.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale. Vous avez lu l'avis du Conseil fédéral relatif au projet et aux propositions de votre commission. C'est d'abord, et très clairement, une appréciation positive de la nécessité d'agir dans ce domaine au vu des besoins de la population et, comme l'a dit l'auteur de l'initiative, d'agir maintenant.

Le souci du Conseil fédéral est d'une tout autre nature. Il obéit à deux principes sur le plan de la gestion durable: le premier, c'est celui de la pérennité des finances publiques et des équilibres financiers tels qu'ils ont été consolidés et renforcés, notamment par la décision sur le frein à l'endettement. Cela a eu pour conséquence que le Conseil fédéral a dû faire une estimation et qu'il n'a pas pu se fonder sur les études approfondies qu'a faites la commission. Celles-ci ont porté sur les besoins, les possibilités, ce qui est dans le «pipeline» concernant les infrastructures nécessaires. Le Conseil fédéral a estimé que l'on pouvait, avec à peu près le quart des besoins requis par la commission, donner un signal et une impulsion très importante non pas quantitativement, mais qualitativement.

Il a estimé ce chiffre en fonction de ce qui se fait dans d'autres domaines où, avec des montants relativement modestes – lutte contre le racisme, 5 millions de francs, et autres activités de ce genre –, on arrive effectivement à coordonner l'activité des professionnels sur le terrain. Pensez aussi à la prévention en matière de toxicomanie, par exemple, ou de tabagisme et d'autres choses où on arrive à améliorer de façon sensible la qualité du travail. On arrive à créer des réseaux importants en donnant des impulsions sur le terrain et en collaborant avec ceux qui travaillent sur place et à proximité des familles qui en éprouvent le besoin.

Le deuxième principe de gestion durable que j'aimerais évoquer ici, c'est l'importance d'agir dans ce domaine. Le Conseil fédéral confirme l'analyse de la commission. Il est aussi extrêmement important de voir ce projet comme une pierre dans la mosaïque d'une politique familiale portée à la fois par les communes, les cantons et la Confédération.

Il est important de voir aussi que les responsabilités de la Confédération sont importantes et qu'elles doivent être assumées dans tous les cas. Il y a des responsabilités principales et des responsabilités subsidiaires. Dans ce sens-là, le souci du Conseil fédéral – qui vous propose d'entrer en matière, mais de réduire le montant consacré à ce programme d'impulsion – est de vous rappeler que ce signal n'a de sens qu'en relation avec d'autres mesures pour lesquelles il sera extrêmement important d'accorder des montants aux partenaires sociaux ou de leur demander des sacrifices plus considérables et plus durables que dans le présent projet.

Je pense, bien sûr, à l'assurance-maternité – je n'ai pas besoin de le dire à Mme Fehr, qui est cosignataire et qui soutient l'initiative parlementaire Triponez –, je pense aux projets qui vous seront soumis également sur le plan des allocations familiales. En d'autres termes, gardez toujours présent à l'esprit qu'il doit s'agir d'une politique globale, qui associe les trois niveaux de notre organisation politique, mais dont chacun assume en premier lieu sa responsabilité.

propre, en soutenant les autres. Le signal que vous voulez donner dans ce domaine est tout simplement la confirmation que cette politique globale a besoin de crèches, que la Confédération en est consciente et qu'elle souhaite donner un coup de pouce dans ce domaine. Pour un coup de pouce, le montant que vous propose le Conseil fédéral est vraisemblablement suffisant. Mais encore une fois, nous en sommes au stade de l'entrée en matière.

J'aimerais confirmer que nous soutenons la majorité de la commission et prendre position par rapport aux arguments qui ont été avancés, en particulier par M. Bortoluzzi, et selon lesquels le besoin de notre société ne serait pas avéré et qu'il n'incomberait pas à l'Etat d'assurer la création d'institutions accessibles à tous, indépendamment de la capacité financière. Avoir des crèches qui seraient réservées aux riches, voilà la chose la plus stupide que l'on puisse imaginer.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente). La commission propose, par 14 voix contre 3 et avec 2 abstentions, d'approuver le projet de loi et, par 13 voix contre 3 et avec 2 abstentions, d'approuver le projet d'arrêté fédéral. Une minorité de la commission (Fattebert, Bortoluzzi, Dunant, Triponez) propose de ne pas entrer en matière sur les projets d'acte.

Abstimmung – Vote

Für Eintreten . . . 123 Stimmen

Dagegen . . . 44 Stimmen

1. Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

1. Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission: BBI

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

Art. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Ausgabe . . . 121 Stimmen

Dagegen . . . 48 Stimmen

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Kommission: BBI

Antrag Eggly

Abs. 1

Die Finanzhilfen werden an die Kantone ausgerichtet, welche dies verlangen und ihre Politik auf diesem Gebiet aufzeigen.

Abs. 2

Streichen

Art. 2

Proposition de la commission: FF

Proposition Eggly

Al. 1

Les aides financières sont accordées aux cantons, sur leur demande et sur présentation de leur politique en la matière.

Al. 2

Biffer

Eggy Jacques-Simon (L, GE): Le groupe libéral n'a rien contre les crèches et les structures d'accueil et, croyez-le, il n'a rien contre les enfants! Je dirai aussi que nous sommes parfaitement conscients que, dans le monde actuel, il y a un partage des tâches et une évidence, une réalité du travail à l'extérieur du domicile pour la femme, pour la jeune mère. Et, pour l'épanouissement personnel de cette jeune mère d'abord, pour ses besoins financiers ou ceux du couple et de la famille ensuite, et pour les besoins de l'économie enfin – c'est du reste la raison pour laquelle les associations patronales sont derrière ce projet, malgré par ailleurs toutes leurs objurgations en ce qui concerne le budget de la Confédération –, il y a une véritable nécessité de mettre en place une politique d'encouragement de l'accueil des enfants des femmes qui travaillent. Là-dessus, on est d'accord.

Une question se pose en relation avec le fédéralisme. Est-ce que ces structures et cette politique d'accueil, cette articulation entre les différentes structures d'accueil pour les enfants, sont de la compétence fédérale ou bien relèvent-elles de la compétence cantonale et, au sein des cantons, de la compétence communale? Alors, on vient nous dire, pour justifier ce programme d'impulsion – Mme Meier-Schatz, je crois, l'a évoqué –, qu'il y a des cantons où il n'y a pas de politique cantonale en la matière, où la structure du canton en régions fait qu'il n'y a pas de politique cantonale coordonnée, organisée, articulée, pour mettre en place ces structures d'accueil. C'est une mauvaise, une très mauvaise raison pour dire qu'il faut un programme d'impulsion fédérale qui, en quelque sorte, passerait par-dessus la compétence des cantons. Je trouve que c'est véritablement prendre acte de déficiences ou de manques. Quand j'entends dire que dans le canton de Zurich, par exemple, il n'y a pas de politique coordonnée, articulée, concernant les structures d'accueil et que cela justifie un programme d'impulsion pour que, dans les communes zurichoises, soit fait ce qui doit l'être en la matière, alors, je lève les bras au ciel! Avec un raisonnement de ce genre, je vous le demande, mais où va le fédéralisme?

Dire, comme alibi, que ce n'est qu'un programme d'impulsion, que l'aide fédérale sera en principe subsidiaire à l'aide cantonale et à l'aide communale, cela encore me paraît être un mauvais raisonnement. En réalité, s'il y a un besoin, c'est aux cantons, en raison des pressions qu'on attend au sein des cantons, de mettre sur pied des politiques coordonnées, organisées, articulées. Lorsqu'ils auront fait cela – ce sera alors à eux de faire une demande à l'office fédéral compétent. Car je trouve invraisemblable la procédure qui nous est proposée, à savoir que des requêtes viendraient des structures d'accueil à l'office fédéral, et puis celui-ci prendrait ensuite contact avec les autorités cantonales compétentes pour voir si les cantons font ce qu'ils ont à faire. Mais c'est vraiment traiter les cantons, les organismes et les autorités cantonales comme des espèces d'offices de rang inférieur, alors que les cantons sont souverains!

Si les cantons ont besoin d'une aide fédérale ou d'une impulsion fédérale, c'est à leurs autorités constituées, leurs autorités politiques, de venir demander à la Confédération une aide, fût-elle une impulsion pour quelques années, dans le cadre de leur politique. Et le fait que des cantons n'aient pas de politique suffisante dans ce domaine n'est pas une raison suffisante. Il y a, en ce qui concerne l'équilibre politique de nos institutions dans la durée, un effet pervers que nous condamnons.

C'est la raison pour laquelle, sans illusions, mais avec conviction, je propose à ce Conseil mon concept qui revient en somme à dire: le programme d'impulsion du Conseil fédéral doit s'adresser aux cantons sur leur demande et sur présentation par les cantons de leur politique en la matière. C'est comme ça que les choses doivent aller.

Je sais qu'il y a de plus en plus des compétences enchevêtrées entre la Confédération et les cantons. L'un des grands problèmes de ce siècle, des décennies à venir, est de savoir

comment nous allons équilibrer les compétences entre les cantons et la Confédération. Je sais que nous ne sommes plus au XIXe siècle et qu'il y a évidemment beaucoup de compétences et de domaines qui s'enchevêtrent. Ce n'est pas une raison pour ne pas essayer de mettre de la clarté et de mettre les cantons devant leurs responsabilités comme interlocuteurs, eux, de la Confédération, et pour donner à la Confédération des interlocuteurs qui ne sont pas légitimés démocratiquement et politiquement.

Fasel Hugo (G, FR): Herr Eggly, ich mochte Ihr federalistisches Plädoyer eigentlich nicht stören. Aber ich frage Sie, und diese Frage geht an die ganze liberale Fraktion: Werden die Liberalen dann, wenn es um das Geld für die Universität Genf, für die Universität Neuenburg, für die Universität Basel geht, dieses Geld wieder nach Bern zurückschicken?

Eggly Jacques-Simon (L, GE): Je tiens à vous répondre qu'en ce qui concerne les universités, nous sommes précisément dans un domaine où il y a, aux échelons des responsables, une foule de connexions qui font des cantons et de la Confédération des partenaires. Dans le projet que nous examinons, on ne considère pas les cantons comme partenaires: les offices cantonaux deviennent en quelque sorte des subalternes par rapport à l'office fédéral auquel se seront adressés les requérants. La procédure prévue ne respecte certainement pas l'équilibre des compétences entre nos institutions, comme le veut notre fédéralisme, qui les a en effet assez enchevêtrées comme ça.

Meyer Thérèse (C, FR): Malgré toute l'estime que je porte à M. Eggly, je ne suis pas d'accord avec lui. Si nous avons décidé de légiférer au plan fédéral sur cette question, c'est parce que la nécessité forte et l'urgence ont été reconnues vis-à-vis de la pénurie de places d'accueil extrascolaire et pour la petite enfance. M. Eggly, dont je respecte absolument la réflexion, veut mettre un palier supplémentaire – dont on est coutumier, j'en conviens – entre la Confédération et ceux qui seraient les bénéficiaires selon la loi que nous vous proposons. C'est lourd, trop lourd. Ce palier exigerait même que les cantons aient une politique en la matière, et beaucoup n'en ont pas encore; il leur demanderait éventuellement de prévoir même une couverture des besoins; tous instruments très lourds. Bien sûr, cela pourrait convenir aux cantons-villes, mais pour le pays tout entier, ce palier supplémentaire risquerait de couper non seulement les ailes, mais aussi la tête du projet.

La loi demande un préavis aux cantons, et le préavis donné par le canton montre sa responsabilité. Pour donner le feu vert aux propositions de subventionnements, le canton devra déjà vérifier que le projet est bon, qu'il est viable, que son financement est assuré et il devra aussi vérifier sa qualité. Nous ne pouvons suivre les arguments pertinents de M. Eggly, parce que nous voulons vraiment une loi souple. Il y a un besoin avéré de donner une incitation à la création de places de travail dans ce pays, et il ne faut pas décourager les personnes entrepreneurs dans ce domaine. J'ai un peu d'expérience, j'ai travaillé au plan communal et cantonal, et je vois dans la réalité comment s'élabore un projet. Une fois que le projet est élaboré, il faut pouvoir aller de l'avant, avoir l'aval du canton et que la Confédération puisse allouer des moyens pour que des places d'accueil pour les enfants soient créées.

Je crois que nous devons maintenant vraiment accepter ce projet de loi, tel qu'il a été présenté par la commission, pour pouvoir atteindre l'objectif que ce projet s'est fixé, sous peine, comme je l'ai dit, de lui couper la tête.

Fattebert Jean (V, VD): Au nom du groupe de l'Union démocratique du centre, j'aimerais soutenir la proposition Eggly. M. Eggly fait encore partie de ceux qui ont le sens du fédéralisme.

Vous le savez toutes et tous, vous qui avez siégé dans différents organes politiques, communaux ou cantonaux, l'argent n'est jamais si mal utilisé que lorsqu'il vient et qu'ensuite on doit se creuser la tête pour trouver des projets à réaliser. Il faut d'abord qu'il y ait le projet, et ensuite, sur la base d'un bon projet, qu'on soit obligé d'aller demander de l'argent.

C'est la raison pour laquelle je vous demande instamment de soutenir la proposition Eggly.

Fehr Jacqueline (S, ZH): Ich bin Herrn Eggly für diese Anfrage dankbar. Sie erlauben mir, das System, wie es ursprünglich im Vorstoss war und wie es von der Kommission erarbeitet worden ist, noch einmal darzustellen. Ziel des Programmes ist es, neue Betreuungsplätze zu schaffen. Deshalb sollen neu geschaffene Plätze zu einem Drittel mit Bundesgeldern finanziert werden, dies für maximal drei Jahre. Diese Unterstützung erhalten die Plätze nur, wenn die restlichen zwei Drittel der Finanzierung gesichert sind. Bevor also ein Gesuch zum Bund kommt, müssen Leute zusammensitzen und in meist ehrenamtlicher, unbezahlter Arbeit Konzepte und Budgets entwickeln, Raumlichkeiten suchen und zwei Drittel der Finanzen aufreiben. Wir können also davon ausgehen, dass hinter jedem Gesuch viel Engagement und Eigeninitiative stehen und dass das Geld, wenn der Bund es bewilligt, direkt und ohne Umwege in diese Einrichtungen fliesst. Das Geld steht also direkt für die neu geschaffenen Plätze zur Verfügung: keine Bürokratie, keine doppelte Verwaltung, keine Doppelspurigkeiten. Zudem wird nur dort Geld ausgegeben, wo auch ein Bedürfnis besteht und wo sich Vereine und Eltern engagieren.

Wenn wir das Geld an die Kantone verteilen, haben wir einen grossen Streuverlust. Wir werden nach gut eidgenössischer Manier nicht darum herumkommen, irgendeinen Schlüssel zur Verteilung der Gelder festzulegen. Damit eröffnen wir schlicht und einfach einen neuen Subventionskanal. Wir wollen aber nicht die Kantone subventionieren, sondern wir wollen Plätze schaffen. Aus diesem Grund haben wir in der Kommission ähnliche Anträge abgelehnt.

Auch die ursprüngliche Absicht, die Gelder gleichmässig auf die Regionen zu verteilen, haben wir verworfen. Wir wollen mit diesem Programm nämlich überhaupt nicht staatlich steuern, sondern wir wollen einfach der Nachfrage folgen. Oder wenn Sie es noch deutlicher haben wollen: Wir wollen keine Planwirtschaft, sondern wir wollen den Wettbewerb um diese Gelder spielen lassen. Es wurde mich doch sehr wundern, wenn Sie ausgerechnet in dieser Frage mit planerischem Eifer vorgehen würden. Insbesondere wundert mich das bei der SVP-Fraktion, die beim Eintreten vor genau solchen planerischen Elementen gewarnt hat. Wenn wir die Anträge Eggly unterstützen, fallen wir in ein planerisches Konzept zurück. Wir wollen aber ein nachfrageorientiertes Konzept, bei dem jeder Franken in Betreuungsplätze fliesst und nicht in kantonale Verwaltungen.

Die Anträge sind aber auch sachlich falsch, weil es nicht einfach die Kantone sind, die solche Einrichtungen mitfinanzieren. Die allermeisten dieser Einrichtungen haben überhaupt kein kantonales Geld, sondern möglicherweise Geld von den Gemeinden. Mit der gleichen Argumentation müssten wir dann also sagen, wir müssten das Geld den Gemeinden zuleiten. Aber das wollen wir auch nicht, weil es auch Einrichtungen gibt, die von Kirchgemeinden getragen werden oder von Stiftungen oder von Gewerbeverbänden. Wir wollen das Geld in die Betreuungsplätze leiten, nicht in die Verwaltung, nicht in die Verbände, sondern dorthin, wo es am direktesten wirkt und wo eine ausgewiesene Nachfrage besteht – es muss viel Engagement dahinter stehen, dass dies zur Geltung kommt – und wo ein Trägerverein ist, der dies stützt.

Ich bitte Sie sehr, die Anträge Eggly abzulehnen. Sie sind sachlich falsch, und sie schaffen ein ineffizientes System. Sie zerstören ein System, das Ihren Wünschen sehr entgegenkommt, das System nämlich, das die Kommission vorschlägt.

Rossini Stéphane (S, VS), pour la commission: Notre raisonnement, Monsieur Eggly, est peut-être mauvais, mais je peux vous garantir que la commission, et plus particulièrement la sous-commission, s'est préoccupée avec rigueur de la question de la relation entre la Confédération et les cantons, voire aussi entre les cantons et les communes, en ce qui concerne cette allocation de ressources. Finalement, le cadre était politiquement très clairement défini et, comme je l'ai dit dans le débat d'entrée en matière, nous avons pour mission de régler la mise en oeuvre de ce programme d'impulsion.

De là à faire dire à la commission qu'il y a une hiérarchisation, soit une supériorité de la Confédération par rapport aux cantons, je pense que c'est pousser le bouchon un peu trop loin. Nous avons essayé de comprendre objectivement ce qui se passait en invitant toute une série de responsables dans le cadre d'auditions, soit des responsables d'organes cantonaux, d'associations et d'associations faitières. Nous avons pu observer un certain nombre de choses relativement importantes et qui ont été déterminantes dans notre choix final. La première chose, et dans le plus grand respect du fédéralisme, c'est, effectivement, l'organisation différente qui existe entre les cantons en ce qui concerne cette problématique de la gestion des structures d'accueil. Dans certains cantons, ça relève du canton avec une forme centralisée; dans d'autres, ça ne relève quasiment pas du canton, mais des communes; dans d'autres encore, ça relève tout simplement d'initiatives privées. Par conséquent, quand on a affaire à une telle disparité sur le plan de la répartition de compétences, à l'exception de la surveillance telle qu'elle relève de l'ordonnance de 1977 réglant le placement d'enfants, il est difficile pour nous de pouvoir transmettre aux cantons par voie d'enveloppe budgétaire un montant pour les crèches. Cela nous a été proposé par un représentant d'un canton qui nous a dit: «Finalement, divisez l'enveloppe en fonction du nombre d'habitants et répartissez-la dans chaque canton, et le tour est joué.»

Non, pour nous, le sens du programme d'impulsion, c'est de soutenir des projets – et là M. Fattebert devrait être un peu cohérent, lui qui dit que seul les projets sont valables –, et c'est justement ce que nous faisons: nous ne soutenons que des projets.

Dans le rapport de la commission, vous avez toute une information concernant la structure financière. Cette structure financière des places d'accueil, des organismes montre bien qu'il s'agit d'être en mesure d'assumer le financement de l'accueil durant les deux premières années de vie de l'existence. C'est la raison pour laquelle il nous a paru important d'être en relation directe avec les projets, avec la base, qui peuvent venir – je l'ai dit – des communes uniquement, des entreprises, des associations privées, et pas forcément des cantons. Si l'on avait été confronté à une situation de centralisation au niveau de chaque canton, on aurait pu alors s'en référer aux cantons. Mais la réalité est totalement différente dans ce pays. Par conséquent – la commission a été très claire –, il ne s'agit pas de considérer les offices cantonaux comme des organes subalternes, mais comme des relais, et d'agir en complémentarité pour permettre à la base de s'exprimer et de pouvoir avoir la garantie que les critères de lien à la planification, de concertation de qualité puissent être remplis.

Enfin, la dernière remarque porte sur ce qui a motivé notre décision, et là je reviens aussi à une remarque qui a été formulée lors du débat d'entrée en matière par M. Bortoluzzi. Il s'agit aussi de maîtriser les effets de ce programme, de maîtriser l'allocation des ressources pour savoir exactement où vont les montants distribués par la Confédération. On veut que ces subventions servent véritablement à l'objectif tel qu'il est défini à l'article 1er de notre projet.

C'est la raison pour laquelle il nous paraît beaucoup plus cohérent de soutenir le projet tel que présenté par la commission.

Gutzwiller Felix (R, ZH), für die Kommission: Noch kurz auf Deutsch: Kollege Eggly, niemand in diesem Saal hat unterstellt, dass der Kanton Zürich Bundeshilfe brauche, um seine Familienpolitik formulieren zu können. Da müssen Sie wirklich etwas ganz falsch verstanden haben.

Wichtig ist mir aber, das Konzept noch einmal klar zu erklären. Es geht in dieser Vorlage nicht darum, die Kantone zu subventionieren – es soll nicht ein neuer Subventionstatbestand geschaffen werden –, sondern es geht darum, Plätze, die geschaffen werden, zu unterstützen. Wir wollen also nicht die Kantone subventionieren, sondern diese Plätze unterstützen.

Ich darf Ihnen aus dem Bericht – und dem Konzept – auf Seite 11 vorlesen. «Der Bund wird also weder selber Betreuungsplätze schaffen noch solche allein finanzieren. Eine finanzielle Beteiligung kommt nur in Frage, wenn» – das ist das entscheidende Kriterium – «Kantone, Gemeinden oder allenfalls Dritte ihrerseits einen Beitrag leisten.» Zwei Drittel der Gelder müssen von den Kantonen, von den Gemeinden oder von Dritten bereitgestellt werden, damit der Bund hier überhaupt zum Zuge kommt, und dies erst noch nur für maximal drei Jahre. Damit ist klar sichergestellt, dass die Kantone gemäss dem entsprechenden Nachfrageprinzip, das formuliert worden ist, eingebunden sind. In der Kommission hat man diese Kantonalisierungsfrage sehr lange und sehr sorgfältig diskutiert. Unser Anliegen ist, dass die Kantone involviert sind; das können Sie ganz sicher so zur Kenntnis nehmen. Die Kommission empfiehlt Ihnen deshalb, die Anfrage Eggly abzulehnen, weil das Konzept, wie klar gemacht, alle Ebenen entsprechend einbindet.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission ... 114 Stimmen

Für den Antrag Eggly ... 59 Stimmen

Art. 3

Antrag der Kommission. BBI

Antrag Eggly
Streichen

Art. 3

Proposition de la commission: FF

Proposition Eggly
Biffer

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 4, 5

Antrag der Kommission. BBI

Art. 4, 5

Proposition de la commission: FF

Adopté

Art. 6

Antrag der Kommission: BBI

Antrag Eggly
Abs. 2
Streichen
Abs. 3

Das Bundesamt entscheidet auf Verlangen der zuständigen Behörde des Kantons

Art. 6

Proposition de la commission: FF

Proposition Eggly
Al. 2
Biffer
Al. 3

L'office statue sur la demande de l'autorité compétente du canton

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 7

Antrag der Kommission: BBI

Art. 7

Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

Art. 8

Antrag der Kommission: BBI

Antrag Eggly

Abs 1

Der Bundesrat erlasst die Ausführungsbestimmungen.

Art. 8

Proposition de la commission: FF

Proposition Eggly

Al. 1

Le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 9

Antrag der Kommission: BBI

Antrag des Bundesrates: BBI

Art. 9

Proposition de la commission: FF

Proposition du Conseil fédéral: FF

Rossini Stéphane (S, VS), pour la commission: Concernant la durée de validité de la loi, la position de la commission est relativement simple à expliquer. Nous avons donné suite à Lugano à l'initiative parlementaire Fehr Jacqueline, qui prévoyait une durée de validité de 10 ans. Dans notre discussion, notamment relativement à l'objectif que nous nous sommes fixé par rapport au nombre de places d'accueil à créer, il nous a paru important d'en rester à la durée de 10 ans, à cause du mécanisme de financement des structures, mécanisme qui fonctionne de la manière suivante.

Une structure peut être soutenue durant trois ans au maximum. D'après les informations chiffrées à notre disposition nous avons pu observer qu'il fallait compter sur une moyenne d'à peu près deux ans. Si nous engageons des moyens la première année, ces moyens sont réalloués aux mêmes institutions, en tout cas partiellement pour la partie principale, une deuxième année. Cela veut dire que nous pouvons avoir cinq ou six vagues d'incitation pour les places d'accueil. Il nous paraissait important d'en rester à ce choix préliminaire de 10 ans, sans quoi il serait difficile d'atteindre l'objectif de 80 000 places d'accueil à créer globalement dans toute la Suisse. Voilà, l'argument est relativement simple.

La commission a discuté de l'avis du Conseil fédéral lors de sa dernière séance, la semaine passée. Comme pour les montants financiers, nous en sommes restés à notre position initiale, c'est-à-dire à une durée de 10 ans pour atteindre les objectifs du programme.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Ce n'est pas un point absolument décisif. Si le Conseil fédéral vous propose de réduire la durée de validité à 8 ans – mais 8 ans est aussi arbitraire que 10 ans –, c'est pour deux raisons. La première, c'est que l'on craint toujours un peu que même lorsqu'on postule a priori qu'un programme d'impulsion est limité dans le temps, il soit renouvelé automatiquement à la fin de la période, même une loi limitée dans le temps finit par s'installer dans les habitudes et on la prolonge tout simplement parce que, au bout de 10 ans, il est difficile de revenir en arrière. En vous proposant une période de 8 ans plutôt que de 10 ans, nous pensons à deux périodes de 4 ans, puisque le plan financier lui-même devrait également être défini sur

4 ans; cela donne ainsi la possibilité au Parlement, au moment donné, de fixer sa volonté. Mais le Conseil fédéral, lui, est d'avis que la durée de validité doit être limitée dans le temps et, en vous proposant ces 8 ans, il donne un signal.

La deuxième raison, comme je l'ai dit, c'est celle de ces deux plans financiers de 4 ans. C'est plutôt un signal de prudence que le Conseil fédéral vous donne qu'un chiffre, par définition, beaucoup plus convaincant que le vôtre. Mais, pour ceux qui aimeraient souligner le caractère temporaire, la volonté de limiter ce programme d'impulsion dans le temps et de ne pas envisager de prolongation, pour ceux qui considèrent qu'il est utile aussi d'accumuler des expériences, de prendre des décisions pour une nouvelle période et que ces périodes de 4 ans ont un sens, je crois qu'il serait intéressant de soutenir la proposition du Conseil fédéral.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission . . . 96 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates 73 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00 403/2281)

Für Annahme des Entwurfes .. 117 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

2. Bundesbeschluss über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

2. Arrêté fédéral concernant les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress

Antrag der Kommission: BBI

Titre et préambule

Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission BBI

Antrag des Bundesrates BBI

Art. 1

Proposition de la commission: FF

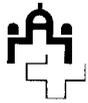
Proposition du Conseil fédéral: FF

Rossini Stéphane (S, VS), pour la commission. Je crois que presque tout a déjà été dit sur la question du financement dans les différentes interventions lors du débat d'entrée en matière.

Il est important d'insister sur le fait qu'à partir du moment où nous définissons un objectif politique, un objectif quantitatif, c'est-à-dire la création d'à peu près 80 000 places d'accueil, qu'à partir du moment où nous sommes majoritairement d'accord pour nous lancer véritablement dans un tel programme d'impulsion, nous devons pouvoir aller au bout du raisonnement et disposer des moyens nécessaires.

100 millions de francs ou 400 millions de francs sur 4 ans, c'est bien évidemment un rapport de force qui change de tout au tout la manière de mettre en œuvre ce programme. Nous avons vu qu'il y a des demandes, des listes d'attente, des projets qui comptent sur ce soutien pour pouvoir démarrer et être soutenus dans la phase sensible des deux premières années. Vous trouvez ces informations dans le rapport de la commission, des données chiffrées qui indiquent très clairement le coût approximatif moyen d'une place d'accueil.

Un crédit global de 400 millions de francs sur 4 ans, c'est un maximum, une enveloppe au-delà de laquelle nous ne pouvons pas aller. Cette enveloppe sera évaluée, ainsi que les effets du programme, puisqu'elle est liée à un arrêté fédéral

**Geschäft / Objet:**

Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze

Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial

Gegenstand / Objet du vote:

Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants Vote sur l'ensemble

Abstimmung vom / Vote du: 17.04.2002 10:02:33

Abate	+	R	TI	Favre	*	R	VD	Kunz	=	V	LU	Schluer	=	V	ZH
Aeppli Wartmann	+	S	ZH	Fehr Hans	=	V	ZH	Kurrus	=	R	BL	Schmid Odilo	+	C	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Lachat	+	C	JU	Schmid Walter	=	V	BE
Antile	+	R	VS	Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Lalivé d'Epinay	*	R	SZ	Schneider	=	R	BE
Baader Caspar	=	V	BL	Fehr Lisbeth	=	V	ZH	Laubacher	=	V	LU	Schwaab	+	S	VD
Bader Elvira	+	C	SO	Fehr Mario	+	S	ZH	Lauper	+	C	FR	Seiler Hanspeter	o	V	BE
Banga	+	S	SO	Fetz	+	S	BS	Leu	+	C	LU	Siegrist	+	V	AG
Bangerter	+	R	BE	Fischer-Seengen	=	R	AG	Leutenegger Hajo	=	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	*	C	TI
Baumann Alexander	=	V	TG	Fohn	*	V	SZ	Leutenegger Susanne	+	S	BL	Sommaruga	+	S	BE
Baumann Ruedi	+	G	BE	Freund	=	V	AR	Leuthard	+	C	AG	Speck	=	V	AG
Baumann Stephanie	+	S	BE	Frey Claude	=	R	NE	Loepfe	*	C	AI	Spielmann	+	-	GE
Beck	=	L	VD	Gadient	+	V	GR	Lustenberger	*	C	LU	Spühler	=	V	TG
Berberat	+	S	NE	Galli	+	C	BE	Maillard	+	S	VD	Stahl	=	V	ZH
Bernasconi	+	R	GE	Garbani	+	S	NE	Maitre	+	C	GE	Stamm Luzi	*	V	AG
Bezzola	+	R	GR	Genner	+	G	ZH	Marietan	+	C	VS	Steinegger	*	R	UR
Bigger	=	V	SG	Giezendanner	=	V	AG	Martu Werner	+	S	GL	Steiner	=	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glasson	+	R	FR	Marty Kalin	+	S	ZH	Strahm	+	S	BE
Binder	=	V	ZH	Glur	=	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Studer Heiner	+	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Mathys	=	V	AG	Stump	+	S	AG
Borer	*	V	SO	Graf	+	G	BL	Maurer	=	V	ZH	Suter	*	R	BE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Grobet	+	S	GE	Maury Pasquier	#	S	GE	Teuscher	+	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Andreas	+	S	ZH	Meier-Schatz	+	C	SG	Thanei	+	S	ZH
Bruderer	+	S	AG	Gross Jost	+	S	TG	Menetrey Savary	+	G	VD	Theiler	=	R	LU
Brunner Toni	=	V	SG	Guisan	+	R	VD	Messmer	=	R	TG	Tillmanns	*	S	VD
Bugnon	*	V	VD	Gunter	+	S	BE	Meyer Therese	+	C	FR	Triponoz	=	R	BE
Buhlmann	+	G	LU	Gutzwiller	+	R	ZH	Morgeli	=	V	ZH	Tschappat	*	S	BE
Buhrer	*	R	SH	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Mugny	+	G	GE	Tschuppert	=	R	LU
Cavalli	+	S	TI	Gysin Remo	+	S	BS	Müller Erich	=	R	ZH	Vallender	+	R	AR
Chappuis	+	S	FR	Haering Binder	+	S	ZH	Müller-Hemmi	+	S	ZH	Vaudroz Jean-Claude	*	C	GE
Chevner	+	C	VS	Haller	+	V	BE	Nabholz	+	R	ZH	Vaudroz Rene	+	R	VD
Chiffelle	+	S	VD	Hammerle	+	S	GR	Neiryneck	*	C	VD	Vermot	+	S	BE
Christen	+	R	VD	Hassler	o	V	GR	Oehrl	=	V	BE	Vollmer	+	S	BE
Cina	+	C	VS	Heberlein	+	R	ZH	Pedrina	+	S	TI	Waber Christian	=	E	BE
Cuche	+	G	NE	Hegetschweiler	=	R	ZH	Pelli	+	R	TI	Walker Felix	+	C	SG
de Dardel	+	S	GE	Heim	+	C	SO	Pfister Theophil	=	V	SG	Walter Hansjörg	=	V	TG
Decurtins	+	C	GR	Hess Berhard	=	-	BE	Polla	*	L	GE	Wandfluh	=	V	BE
Donze	+	E	BE	Hess Peter	+	C	ZG	Raggenbass	+	C	TG	Wasserfallen	=	R	BE
Dormann Rosemarie	*	C	LU	Hess Walter	+	C	SG	Randegger	+	R	BS	Weigelt	=	R	SG
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hofmann Urs	+	S	AG	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weyeneth	=	V	BE
Dunant	=	V	BS	Hollenstein	+	G	SG	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Widmer	+	S	LU
Dupraz	+	R	GE	Hubmann	+	S	ZH	Renwald	+	S	JU	Widrig	+	C	SG
Eberhard	+	C	SZ	Imfeld	+	C	OW	Riklin	+	C	ZH	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	+	R	AG	Imhof	+	C	BL	Robbiani	+	C	TI	Wirz-von Planta	+	L	BS
Eggly	+	L	GE	Janiak	+	S	BL	Rossini	+	S	VS	Wittenwiler	+	R	SG
Ehrler	*	C	AG	Joder	*	V	BE	Ruey	=	L	VD	Wyss Ursula	+	S	BE
Engelberger	=	R	NW	Jossen	+	S	VS	Sandoz Marcel	+	R	VD	Zach	+	C	AG
Estermann	*	C	LU	Jutzel	+	S	FR	Schenk	=	V	BE	Zanetti	+	S	SO
Fasel	+	G	FR	Kaufmann	=	V	ZH	Scherer Marcel	=	V	ZG	Zapfl	*	C	ZH
Fassler	+	S	SG	Keller Robert	=	V	ZH	Scheurer Remy	=	L	NE	Zisyadis	+	-	VD
Fattebert	=	V	VD	Kofmel	+	R	SO	Schibli	=	V	ZH	Zuppiger	=	V	ZH

+ ja / oui / si

* entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente

= nein / non / no

hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato

o enth. / abst. / ast

Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo		C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	117	ja / oui / si		26	10	2	21	49	3	4	2
nein / non / no	53	nein / non / no		0	0	3	15	0	1	33	1
enth. / abst. / ast.	2	enth. / abst. / ast.		0	0	0	0	0	0	2	0
entschuldigt / excusé / scusato	27	entschuldigt / excusé / scusato		9	0	1	6	2	1	6	2

Bedeutung Ja / Signification de oui

Bedeutung Nein / Signification de non

d'une durée déterminée. Comme l'a relevé tout à l'heure Mme Dreifuss, conseillère fédérale, c'est un élément important, car des correctifs peuvent donc ou pourraient intervenir dans le cadre d'une deuxième discussion sur les effets et la pertinence de ce programme d'impulsion.

Très concrètement, la proposition du Conseil fédéral prévoit tout simplement une réduction trop forte, parce que, dans les faits, elle tue le programme. Elle tue le programme parce que, en fonction des coûts qui nous ont été présentés par les institutions, en fonction de la moyenne des besoins, avec 25 millions de francs par année, nous serions en mesure de créer environ 2500 ou 2700 places d'accueil par an, ce qui signifie une moyenne d'à peu près 100 places par canton et par année – je l'ai dit dans le débat d'entrée en matière. C'est manifestement réduire le choix politique qui était le nôtre à néant; ça n'est pas satisfaisant.

Je crois qu'il est important aujourd'hui de pouvoir lancer le programme en prenant des décisions très claires, mais en débloquent bien évidemment des moyens pour le réaliser. Nous savons, j'ai exposé tout à l'heure l'argumentation en faveur de la période de 10 ans, que l'aide est extrêmement importante durant les deux premières années. Il y a beaucoup de structures qui pourront fonctionner sans l'aide financière, par exemple des cantons, et qui auront besoin d'un montant minimum pour couvrir les charges d'exploitation et d'investissement qui seront à leur charge.

Par conséquent, il nous paraît important, même essentiel, que, pour cette première période de 4 ans, nous puissions compter sur la somme annuelle de 100 millions de francs, cela pour résoudre à la fois le problème des besoins, atteindre les objectifs, mais également régler la question technique, c'est-à-dire l'aide financière répartie sur plusieurs années. Avec une somme annuelle de 25 millions de francs, nous créerions la première année à peu près 2500 places d'accueil, et nous les aiderions dans une deuxième année, soit pour l'intégralité, soit pour une grande partie. Il serait alors possible, pour la deuxième année, de ne créer que quelques centaines de nouvelles places d'accueil, ce qui est manifestement très éloigné, pour ne pas dire contraire à l'objectif fondamental de notre projet.

C'est la raison pour laquelle la commission, pour cette première période de 4 ans en tout cas et avant l'évaluation qui interviendra, vous recommande de soutenir son projet.

Gutzwiller Felix (R, ZH), für die Kommission: Ihre Kommission beantragt Ihnen, bei 100 Millionen Franken zu bleiben, das heisst bei diesem Verpflichtungskredit, wie er beantragt ist. Sie tut dies mit den folgenden Argumenten, ich darf sie noch einmal kurz zusammenfassen: Es geht um einen klar sichtbaren Impuls für das ganze Land, der nachhaltige Wirkung hat. Es geht darum, dass wir – nach den Überlegungen der Kommission – rund 80 000 bis 100 000 Betreuungsplätze schaffen wollen, die finanziert werden müssen. Das Bedürfnis für diese Plätze ist mehr als nachgewiesen, das haben Sie heute Morgen verschiedentlich gehört. Das Programm wird aufstarten, man wird diese Projekte während drei Jahren finanzieren müssen. Wenn man mit 25 Millionen Franken beginnt, wird man im zweiten und im dritten Jahr mit dieser kumulativen Finanzierung in Probleme kommen. Ich weise ferner darauf hin, dass es hier um eine maximale Limite geht. Selbstverständlich werden allenfalls nicht gebrauchte Gelder in der Bundeskasse verbleiben. Weiter ist daran zu erinnern, dass eine Evaluation vorgesehen ist, nicht einfach nur eine, die die Voraussetzung zur Weiterführung legitimieren soll, sondern eine echte kritische Evaluation im vierten Jahr, die über das Weiterentscheiden wird.

Schliesslich darf ich den Skeptikerinnen und Skeptikern in der Saal noch einmal sagen: Es geht hier in dieser Frage um eine Investition. Wir haben Ihnen dargelegt – und ich denke, ohne zu übertreiben –, dass diese Investition Früchte trägt, gesamtwirtschaftliche Früchte, dies neben den Argumenten, die familienpolitisch angeführt werden können. Dieses Geld kommt über verschiedene Schienen zurück.

Wir sind deshalb davon überzeugt, dass Sie dem Antrag der Kommission folgen und die Lösung des Bundesrates mit einer starken Kurzung dieser Unterstützung ablehnen sollten. Das möchten wir Ihnen herzlich empfehlen.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente) Le groupe libéral, dans un grand élan gouvernemental, soutient le Conseil fédéral.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale. 100 millions de francs par année, 400 millions de francs sur 4 ans, c'est beaucoup d'argent à un moment où nous sommes en train de passer en revue le budget et le plan financier de la Confédération. La première motivation qui incite le Conseil fédéral à vous demander d'être plus prudents et d'espérer qu'une solution moins coûteuse pourra se dégager éventuellement dans la deuxième Chambre, si ce n'est pas le cas ici, c'est le frein à l'endettement. L'argent que nous engageons ici, nous devons l'enlever ailleurs. Je ne sais pas où!

Nous devons avoir une vision globale des besoins de la société. Bien sûr, partir de l'idée que l'on doit ne pas faire assez dans tous les domaines, c'est aussi une mauvaise politique. Mais dans ce cas, le Conseil fédéral, au moment où il donne l'ordre aux départements d'économiser dans des tâches déjà ancrées dans ses responsabilités, doit vous appeler à la prudence. Je l'ai dit tout à l'heure, ces 25 millions de francs ne sont pas le résultat d'une analyse approfondie des besoins, mais une tentative de montrer ce qui peut être possible sans mettre en question autre chose tout en développant quand même des effets positifs. Ceux-ci seront perçus comme un signal, comme un coup de pouce de la Confédération, comme un soutien dans des régions où l'appui politique n'est pas encore suffisant pour que les besoins de la population soient suffisamment pris en compte.

Je vous demande de suivre la proposition du Conseil fédéral. Sinon je crois qu'il est clair que dans la deuxième Chambre, le débat sur un montant, je dirai plus «raisonnable» que celui de la commission, se poursuivra.

Pourquoi les guillemets à «raisonnable»? Tout simplement parce que nous sommes dans un champ de contraintes et qu'il nous faut dégager les moyens d'une politique dans des domaines très différents. Il s'agit ici de ne pas mettre immédiatement à disposition une enveloppe dont même la commission pense qu'elle ne sera pas utilisée intégralement.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00 403/2282)

Für den Antrag der Kommission ... 108 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 70 Stimmen

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00 403/2283)

Für Annahme der Ausgabe ... 116 Stimmen

Dagegen ... 61 Stimmen

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Kommission: BBl

Art. 2

Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

GesamtAbstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00 403/2284)

Für Annahme des Entwurfes ... 119 Stimmen

Dagegen ... 56 Stimmen

**Geschäft / Objet:**

Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze

Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 1 al. 1 (arrêté fédéral)

Abstimmung vom / Vote du: 17.04.2002 10:14:40

Abate	+	R	TI	Favre	*	R	VD	Kunz	=	V	LU	Schlier	=	V	ZH
Aeppli Wartmann	+	S	ZH	Fehr Hans	=	V	ZH	Kurrus	=	R	BL	Schmid Odilo	+	C	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Lachat	+	C	JU	Schmid Walter	=	V	BE
Antile	=	R	VS	Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Lalive d'Epinay	*	R	SZ	Schneider	=	R	BE
Baader Caspar	=	V	BL	Fehr Lisbeth	=	V	ZH	Laubacher	=	V	LU	Schwaab	+	S	VD
Bader Elvira	+	C	SO	Fehr Mario	+	S	ZH	Lauper	+	C	FR	Seiler Hanspeter	=	V	BE
Banga	+	S	SO	Fetz	+	S	BS	Leu	+	C	LU	Siegrist	+	V	AG
Bangerter	+	R	BE	Fischer-Seengen	=	R	AG	Leutenegger Hajo	=	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	*	C	TI
Baumann Alexander	=	V	TG	Fohn	*	V	SZ	Leutenegger Susanne	+	S	BL	Sommeruga	+	S	BE
Baumann Ruedi	+	G	BE	Freund	=	V	AR	Leuthard	+	C	AG	Speck	=	V	AG
Baumann Stephanie	+	S	BE	Frey Claude	=	R	NE	Loepfe	=	C	AI	Spielmann	+	-	GE
Beck	=	L	VD	Gadient	=	V	GR	Lustenberger	+	C	LU	Spuhler	=	V	TG
Berberat	+	S	NE	Galli	+	C	BE	Maillard	+	S	VD	Stahl	=	V	ZH
Bernasconi	+	R	GE	Garbani	+	S	NE	Maitre	+	C	GE	Stamm Luzi	*	V	AG
Bezzola	+	R	GR	Genner	+	G	ZH	Maritan	+	C	VS	Steinegger	*	R	UR
Bigger	=	V	SG	Giezendanner	=	V	AG	Marti Werner	+	S	GL	Steiner	=	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glasson	+	R	FR	Marty Kalin	+	S	ZH	Strahm	+	S	BE
Binder	=	V	ZH	Glur	=	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Studer Heiner	+	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Mathys	=	V	AG	Stump	+	S	AG
Borer	*	V	SO	Graf	+	G	BL	Maurer	=	V	ZH	Suter	*	R	BE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Grobet	+	S	GE	Maury Pasquier	#	S	GE	Teuscher	+	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Andreas	+	S	ZH	Meier-Schatz	+	C	SG	Thaler	+	S	ZH
Bruderer	+	S	AG	Gross Jost	+	S	TG	Menetrey Savary	+	G	VD	Theiler	=	R	LU
Brunner Toni	=	V	SG	Guisan	+	R	VD	Messmer	=	R	TG	Tillmanns	+	S	VD
Bugnon	*	V	VD	Gunter	+	S	BE	Meyer Therese	+	C	FR	Triponez	=	R	BE
Buhlmann	+	G	LU	Gutzwiller	+	R	ZH	Morgelt	=	V	ZH	Tschappat	+	S	BE
Buhrer	*	R	SH	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Mugny	+	G	GE	Tschuppert	=	R	LU
Cavalli	+	S	TI	Gysin Remo	+	S	BS	Muller Erich	=	R	ZH	Vallender	+	R	AR
Chappuis	+	S	FR	Haering Binder	+	S	ZH	Muller-Hemmi	+	S	ZH	Vaudroz Jean-Claude	*	C	GE
Chevrier	+	C	VS	Haller	+	V	BE	Nabholz	+	R	ZH	Vaudroz Rene	=	R	VD
Chiffelle	+	S	VD	Hammerle	+	S	GR	Neiryneck	*	C	VD	Vermot	+	S	BE
Christen	=	R	VD	Hassler	=	V	GR	Oehrl	=	V	BE	Vollmer	+	S	BE
Cina	+	C	VS	Heberlein	+	R	ZH	Pedrina	+	S	TI	Waber Christian	=	E	BE
Cuche	+	G	NE	Hegetschweiler	=	R	ZH	Pelli	=	R	TI	Walker Felix	=	C	SG
de Dardel	+	S	GE	Heim	+	C	SO	Pfister Theophil	=	V	SG	Walter Hansjörg	=	V	TG
Decurtins	+	C	GR	Hess Berhard	=	-	BE	Polla	*	L	GE	Wandfluh	=	V	BE
Donze	+	E	BE	Hess Peter	+	C	ZG	Ragganbass	+	C	TG	Wasserfallen	=	R	BE
Dormann Rosemarie	*	C	LU	Hess Walter	+	C	SG	Randegger	=	R	BS	Wergelt	=	R	SG
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hofmann Urs	+	S	AG	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weyeneth	=	V	BE
Dunant	=	V	BS	Hollenstein	+	G	SG	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Widmer	+	S	LU
Dupraz	+	R	GE	Hubmann	+	S	ZH	Rennwald	+	S	JU	Widrig	+	C	SG
Eberhard	+	C	SZ	Imfeld	=	C	OW	Riklin	+	C	ZH	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	+	R	AG	Imhof	+	C	BL	Robbiani	+	C	TI	Wirz-von Planta	=	L	BS
Eggy	=	L	GE	Janiak	+	S	BL	Rossini	+	S	VS	Wittenwiler	=	R	SG
Ehrler	*	C	AG	Joder	=	V	BE	Ruey	=	L	VD	Wyss Ursula	+	S	BE
Engelberger	=	R	NW	Jossen	+	S	VS	Sandoz Marcel	=	R	VD	Zach	+	C	AG
Estermann	+	C	LU	Jutzet	+	S	FR	Schenk	=	V	BE	Zanetti	+	S	SO
Fasel	+	G	FR	Kaufmann	=	V	ZH	Scherer Marcel	=	V	ZG	Zapfl	*	C	ZH
Fassler	+	S	SG	Keller Robert	=	V	ZH	Scheurer Remy	=	L	NE	Zisyadis	+	-	VD
Fattebert	=	V	VD	Kofmel	+	R	SO	Schibli	=	V	ZH	Zuppiger	=	V	ZH

+ ja / oui / si

* entschuldigt / excuse / scusato, abwesend / absent / assente

= nein / non / no

hat nicht teilgenommen / n'ont pas vote / non ha votato

o enth. / abst. / ast.

Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo		C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	108	ja / oui / si	26	10	0	14	51	3	2	2	
nein / non / no	70	nein / non / no	3	0	5	22	0	1	38	1	
enth. / abst. / ast	0	enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0	
entschuldigt / excusé / scusato	21	entschuldigt / excusé / scusato	6	0	1	6	0	1	5	2	

Bedeutung Ja / Signification de oui: Proposition de la commission (400 mio)

Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition du Conseil fédéral (100 mio.)

**Geschäft / Objet:**

Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze

Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 1 arrêté fédéral (frein aux dépenses)

Abstimmung vom / Vote du: 17.04.2002 10:15:34

Abate	+	R	TI	Favre	*	R	VD	Kunz	=	V	LU	Schluer	=	V	ZH
Aeppli Wartmann	+	S	ZH	Fehr Hans	=	V	ZH	Kurrus	=	R	BL	Schmid Odilo	+	C	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Lachat	+	C	JU	Schmid Walter	=	V	BE
Antille	+	R	VS	Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Lalve d'Epinay	*	R	SZ	Schneider	=	R	BE
Baader Caspar	=	V	BL	Fehr Lisbeth	+	V	ZH	Laubacher	=	V	LU	Schwaab	+	S	VD
Bader Elvira	+	C	SO	Fehr Mario	+	S	ZH	Lauper	+	C	FR	Seiler Hanspeter	=	V	BE
Banga	+	S	SO	Fetz	+	S	BS	Leu	+	C	LU	Siegrist	+	V	AG
Bangerter	+	R	BE	Fischer-Seengen	=	R	AG	Leutenegger Hajo	=	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	*	C	TI
Baumann Alexander	=	V	TG	Fohn	*	V	SZ	Leutenegger Susanne	+	S	BL	Sommaruga	+	S	BE
Baumann Ruedi	+	G	BE	Freund	=	V	AR	Leuthard	+	C	AG	Speck	=	V	AG
Baumann Stephanie	+	S	BE	Frey Claude	=	R	NE	Loepfe	*	C	AI	Spielmann	+	-	GE
Beck	=	L	VD	Gadient	+	V	GR	Lustenberger	+	C	LU	Spuhler	=	V	TG
Berberat	+	S	NE	Galli	+	C	BE	Maillard	+	S	VD	Stahl	=	V	ZH
Bernasconi	+	R	GE	Garbani	+	S	NE	Maitre	+	C	GE	Stamm Luzi	*	V	AG
Bezzola	+	R	GR	Genner	+	G	ZH	Marietan	+	C	VS	Steinegger	*	R	UR
Bigger	=	V	SG	Giezendanner	=	V	AG	Marti Werner	+	S	GL	Steiner	=	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glasson	+	R	FR	Marty Kalin	+	S	ZH	Strahm	+	S	BE
Binder	=	V	ZH	Glur	=	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Studer Heiner	+	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Mathys	=	V	AG	Stump	+	S	AG
Borer	*	V	SO	Graf	+	G	BL	Maurer	=	V	ZH	Suter	*	R	BE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Grobet	+	S	GE	Maury Pasquier	+	S	GE	Teuscher	+	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Andreas	+	S	ZH	Meier-Schatz	+	C	SG	Thanei	+	S	ZH
Bruderer	+	S	AG	Gross Jost	+	S	TG	Menetrey Savary	+	G	VD	Theiler	=	R	LU
Brunner Toni	=	V	SG	Guisan	+	R	VD	Messmer	=	R	TG	Tillmanns	+	S	VD
Bugnon	*	V	VD	Gunter	+	S	BE	Meyer Therese	+	C	FR	Triponoz	=	R	BE
Buhlmann	+	G	LU	Gutzwiller	+	R	ZH	Morgeli	=	V	ZH	Tschappat	+	S	BE
Buhrer	*	R	SH	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Mugny	+	G	GE	Tschuppert	=	R	LU
Cavalli	+	S	TI	Gysin Remo	+	S	BS	Muller Erich	=	R	ZH	Vallender	+	R	AR
Chappuis	+	S	FR	Haering Binder	+	S	ZH	Muller-Hemmi	+	S	ZH	Vaudroz Jean-Claude	*	C	GE
Chevrier	+	C	VS	Haller	+	V	BE	Nabholz	*	R	ZH	Vaudroz Rene	+	R	VD
Chiffelle	+	S	VD	Hammerle	+	S	GR	Neiryneck	*	C	VD	Vermot	+	S	BE
Christen	=	R	VD	Hassler	=	V	GR	Oehrl	=	V	BE	Vollmer	+	S	BE
Cina	+	C	VS	Heberlein	+	R	ZH	Pedrina	+	S	TI	Waber Christian	=	E	BE
Cuche	+	G	NE	Hegetschweiler	=	R	ZH	Pelli	+	R	TI	Walker Felix	=	C	SG
de Dardel	+	S	GE	Heim	+	C	SO	Pfister Theophil	=	V	SG	Walter Hansjörg	=	V	TG
Decurtins	+	C	GR	Hess Berhard	=	-	BE	Polla	*	L	GE	Wandfluh	=	V	BE
Donze	+	E	BE	Hess Peter	+	C	ZG	Raggenbass	+	C	TG	Wasserfallen	=	R	BE
Dormann Rosemarie	*	C	LU	Hess Walter	+	C	SG	Randegger	=	R	BS	Weigelt	=	R	SG
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hofmann Urs	+	S	AG	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weyeneth	=	V	BE
Dunant	=	V	BS	Hollenstein	+	G	SG	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Widmer	+	S	LU
Dupraz	+	R	GE	Hubmann	+	S	ZH	Rennwald	+	S	JU	Widrig	+	C	SG
Eberhard	+	C	SZ	Imfeld	+	C	OW	Riklin	+	C	ZH	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	+	R	AG	Imhof	+	C	BL	Robbiani	+	C	TI	Wirz-von Planta	=	L	BS
Eggly	=	L	GE	Janiak	+	S	BL	Rossini	+	S	VS	Wittenwiler	=	R	SG
Ehrler	*	C	AG	Joder	=	V	BE	Ruey	=	L	VD	Wyss Ursula	+	S	BE
Engelberger	+	R	NW	Jossen	+	S	VS	Sandoz Marcel	+	R	VD	Zach	+	C	AG
Estermann	+	C	LU	Jutzet	+	S	FR	Schenk	=	V	BE	Zanetti	+	S	SO
Fasel	+	G	FR	Kaufmann	=	V	ZH	Scherer Marcel	=	V	ZG	Zapfl	*	C	ZH
Fassler	+	S	SG	Keller Robert	=	V	ZH	Scheurer Remy	=	L	NE	Zisyadis	+	-	VD
Fattebert	=	V	VD	Kofmel	+	R	SO	Schibli	=	V	ZH	Zuppiger	=	V	ZH

+ ja / oui / si

* entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente

= nein / non / no

hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato

o enth. / abst. / ast

Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	116	ja / oui / si	27	10	0	18	52	3	4	2
nein / non / no	61	nein / non / no	1	0	5	17	0	1	36	1
enth. / abst. / ast	0	enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	23	entschuldigt / excusé / scusato	7	0	1	7	0	1	5	2

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Bedeutung Nein / Signification de non:

**Geschäft / Objet:**

Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze

Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial

Gegenstand / Objet du vote:

Arrêté fédéral concernant les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants Vote sur l'ensemble

Abstimmung vom / Vote du: 17.04.2002 10:16:28

Abate	+	R	TI	Favre	*	R	VD	Kunz	=	V	LU	Schluer	=	V	ZH
Aeppli Wartmann	+	S	ZH	Fehr Hans	=	V	ZH	Kurrus	=	R	BL	Schmid Odilo	+	C	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Lachat	+	C	JU	Schmid Walter	=	V	BE
Antille	+	R	VS	Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Lalivé d'Epinay	*	R	SZ	Schneider	=	R	BE
Baader Caspar	=	V	BL	Fehr Lisbeth	+	V	ZH	Laubacher	=	V	LU	Schwaab	+	S	VD
Bader Elvira	+	C	SO	Fehr Mario	+	S	ZH	Lauper	+	C	FR	Seiler Hanspeter	=	V	BE
Banga	+	S	SO	Fetz	+	S	BS	Leu	+	C	LU	Siegrist	+	V	AG
Bangerter	+	R	BE	Fischer-Seengen	=	R	AG	Leutenegger Hajo	=	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	*	C	TI
Baumann Alexander	=	V	TG	Fohn	*	V	SZ	Leutenegger Susanne	+	S	BL	Sommaruga	+	S	BE
Baumann Ruedi	+	G	BE	Freund	=	V	AR	Leuthard	+	C	AG	Speck	=	V	AG
Baumann Stephanie	+	S	BE	Frey Claude	=	R	NE	Loepfe	*	C	AI	Spielmann	+	-	GE
Beck	=	L	VD	Gadient	+	V	GR	Lustenberger	+	C	LU	Spühler	=	V	TG
Berberat	+	S	NE	Galli	+	C	BE	Maillard	+	S	VD	Stahl	=	V	ZH
Bernasconi	+	R	GE	Garbani	+	S	NE	Maitre	+	C	GE	Stamm Luzi	=	V	AG
Bezzola	+	R	GR	Genner	+	G	ZH	Marietan	+	C	VS	Steinegger	*	R	UR
Bigger	=	V	SG	Giezendanner	=	V	AG	Marti Werner	+	S	GL	Steiner	=	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glasson	+	R	FR	Marty Kalin	+	S	ZH	Strahm	+	S	BE
Binder	=	V	ZH	Glur	*	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Studer Heiner	+	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Mathys	=	V	AG	Stump	+	S	AG
Borer	=	V	SO	Graf	+	G	BL	Maurer	=	V	ZH	Suter	*	R	BE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Grobet	+	S	GE	Maury Pasquier	#	S	GE	Teuscher	+	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Andreas	+	S	ZH	Meier-Schatz	+	C	SG	Thanei	+	S	ZH
Bruderer	+	S	AG	Gross Jost	+	S	TG	Menetrey Savary	+	G	VD	Theiler	=	R	LU
Brunner Toni	=	V	SG	Guisan	+	R	VD	Messmer	=	R	TG	Tillmanns	+	S	VD
Bugnon	*	V	VD	Gunter	+	S	BE	Meyer Therese	+	C	FR	Trponez	=	R	BE
Buhlmann	+	G	LU	Gutzwiller	+	R	ZH	Morgeli	=	V	ZH	Tschappat	+	S	BE
Buhrer	*	R	SH	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Mugny	+	G	GE	Tschuppert	=	R	LU
Cavalli	+	S	TI	Gysin Remo	+	S	BS	Müller Erich	=	R	ZH	Vallender	+	R	AR
Chappuis	+	S	FR	Haering Binder	+	S	ZH	Müller-Hemmi	+	S	ZH	Vaudroz Jean-Claude	*	C	GE
Chevner	+	C	VS	Haller	+	V	BE	Nabholz	*	R	ZH	Vaudroz Rene	+	R	VD
Chiffelle	+	S	VD	Hammerle	+	S	GR	Neirynek	*	C	VD	Vermot	+	S	BE
Christen	+	R	VD	Hassler	o	V	GR	Oehrl	=	V	BE	Vollmer	+	S	BE
Cina	+	C	VS	Heberlein	+	R	ZH	Pedrina	+	S	TI	Waber Christian	=	E	BE
Cuche	+	G	NE	Hegetschweiler	=	R	ZH	Pelli	+	R	TI	Walker Felix	+	C	SG
de Dardel	+	S	GE	Heim	+	C	SO	Pfister Theophil	=	V	SG	Walter Hansjörg	*	V	TG
Decurtins	+	C	GR	Hess Berhard	=	-	BE	Polla	*	L	GE	Wandfluh	=	V	BE
Donze	+	E	BE	Hess Peter	+	C	ZG	Raggenbass	+	C	TG	Wasserfallen	=	R	BE
Dormann Rosemarie	*	C	LU	Hess Walter	+	C	SG	Randegger	=	R	BS	Weigelt	=	R	SG
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hofmann Urs	+	S	AG	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weyeneth	=	V	BE
Dunant	=	V	BS	Hollenstein	+	G	SG	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Widmer	+	S	LU
Dupraz	+	R	GE	Hubmann	+	S	ZH	Rennwald	+	S	JU	Widrig	+	C	SG
Eberhard	+	C	SZ	Imfeld	+	C	OW	Riklin	+	C	ZH	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	+	R	AG	Imhof	+	C	BL	Robbiani	+	C	TI	Wirz-von Planta	+	L	BS
Eggly	=	L	GE	Janiak	+	S	BL	Rossini	+	S	VS	Wittenwiler	=	R	SG
Ehrler	*	C	AG	Joder	+	V	BE	Ruey	=	L	VD	Wyss Ursula	+	S	BE
Engelberger	+	R	NW	Jossen	+	S	VS	Sandoz Marcel	+	R	VD	Zach	+	C	AG
Estermann	+	C	LU	Jutzet	+	S	FR	Schenk	=	V	BE	Zanetti	+	S	SO
Fasel	+	G	FR	Kaufmann	=	V	ZH	Scherer Marcel	=	V	ZG	Zapfl	*	C	ZH
Fassler	+	S	SG	Keller Robert	=	V	ZH	Scheurer Remy	=	L	NE	Zisyadis	+	-	VD
Fattebert	=	V	VD	Kofmel	+	R	SO	Schibli	=	V	ZH	Zuppiger	=	V	ZH

+ ja / oui / si

* entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente

o nein / non / no

hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato

enth. / abst. / ast.

Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	119	ja / oui / si	28	10	1	19	51	3	5	2
nein / non / no	56	nein / non / no	0	0	4	16	0	1	34	1
enth. / abst. / ast.	1	enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	1	0
entschuldigt / excusé / scusato	23	entschuldigt / excusé / scusato	7	0	1	7	0	1	5	2

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Bedeutung Nein / Signification de non:

Weg einer Gesetzesänderung eine Korrektur erbringen kann. Diese Gesetzesänderung kann in einem einfachen Verfahren geschehen, indem nämlich die Sachkommissionen dieses Geschäft nicht mehr zu beraten haben, wenn die beiden Präsiden dieser Sachkommissionen dem zustimmen. Dies ist im vorliegenden Fall geschehen.

Die vorliegende Vorlage korrigiert diese Fehler, die eindeutig auf einem Versehen beruhen. Der Bundesrat hat zum Vorschlag der Redaktionskommission noch einige Präzisierungen angebracht, denen sie sich vollumfänglich anschliessen kann.

Ich beantrage Ihnen deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesgesetz über eine Berichtigung des Bundesbeschlusses über die Kontrolle von Transplantaten (Art. 20 und 33)

Loi fédérale portant modification de l'arrêté fédéral sur le contrôle des transplants (art. 20 et 33)

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes ... 33 Stimmen
(Einstimmigkeit)

00.403

Parlamentarische Initiative Fehr Jacqueline. Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze

Initiative parlementaire Fehr Jacqueline.

Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial

Zweitrat – Deuxième Conseil

Einreichungsdatum 22.03.00

Date de dépôt 22.03.00

Bericht SGK-NR 22.02.01

Rapport CSSS-CN 22.02.01

Nationalrat/Conseil national 21.03.01 (Erste Phase – Première étape)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBI 2002 4219)

Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF 2002 3925)

Stellungnahme des Bundesrates 27.03.02 (BBI 2002 4262)

Avis du Conseil fédéral 27.03.02 (FF 2002 3970)

Nationalrat/Conseil national 17.04.02 (Zweite Phase – Deuxième étape)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Antrag Hess Hans

Rückweisung an die Kommission
mit dem Auftrag, zu klären.

– ob nur neu geschaffene Betreuungsplätze subventioniert werden sollen;

– ob das Geschäft mit Blick auf die Schuldenbremse budgetverträglich ist.

Proposition Hess Hans

Renvoi à la commission

avec mandat d'étudier:

– s'il y a lieu de subventionner uniquement les places d'accueil pour enfants nouvellement créées,
– si l'objet est compatible avec le budget, compte tenu du frein à l'endettement.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Soll der Bund eine Anstossfinanzierung für familienexterne Betreuungsplätze leisten? Die Kommission ist aus Notwendigkeit der Vorlage des Nationalrates im Grundsatz gefolgt.

Wir sind uns bewusst, dass wir uns in einem politischen Spannungsfeld befinden. Einerseits sind wir überzeugt von der Notwendigkeit, familienexterne Betreuungsplätze zu schaffen. Notwendig sind sie aufgrund der gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Heute sind Mutter, aber auch Väter vor das Problem gestellt, die Kinder zu Hause zu betreuen und damit auf die wirtschaftliche Tätigkeit zu verzichten. In der Tat aber sind praktisch alle, die arbeiten, auf die Erwerbstätigkeit aus finanziellen Gründen angewiesen, Frauen aber auch, um die Fähigkeiten zu erhalten und auch später wirtschaftlich tätig sein zu können, um ihre Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Eignung zu erhalten. Wo aber insbesondere die Mutter die wirtschaftliche Tätigkeit ausüben oder ausüben müssen, da leiden in sehr vielen Fällen die Kinder, und es stellt sich die ganz einfache Frage: Kinder auf die Gasse oder Kinderbetreuung ausserhalb der Familie? Das ist die Notwendigkeit, die uns dazu geführt hat, familienexterne Betreuungsplätze zu schaffen. Es fehlen heute einfach die notwendigen Plätze.

Andererseits wissen wir, dass familienexterne Betreuungsplätze in erster Linie, aber nicht ausschliesslich, Sache der Kantone sind. Aber auch die Kantone haben bis heute zu wenig Plätze geschaffen.

Hinzu kommen als drittes Element im Spannungsfeld die Bundesfinanzen und die beschlossene Schuldenbremse. Sie verlangen einen höchst sorgsam Umgang mit dem Geld der Eidgenossenschaft, und sie verlangen von uns grösste Zurückhaltung bei neuen Aufgaben.

In diesem Spannungsfeld haben wir die Antwort so gefunden, dass wir uns dem Vorschlag des Nationalrates im Grundsatz – eben aus Einsicht in die Notwendigkeit – anschliessen. Wir haben in der Kommission, obwohl dort erhebliche Bedenken geäussert wurden, ohne Gegenantrag – einhellig – Eintreten auf das Geschäft beschlossen. In der Ausgestaltung legt unsere Kommission Wert auf fünf Punkte.

1. Der Bund soll nur eine Anstossfinanzierung leisten, und diese soll als solche definiert sein. In den ersten Jahren soll die Unterstützung in einem erheblichen Umfang erfolgen, in den späteren Jahren abgebaut werden und nach acht Jahren endgültig enden.

2. Wir begrenzen die Unterstützung für einen Betreuungsplatz auf einen Drittel der Kosten, aber auch ausdrücklich auf 5000 Franken pro Betreuungsplatz; das ist immerhin noch ein erheblicher Betrag. Damit kann ein Betreuungsplatz 15 000 Franken kosten, und das sind ja in den meisten Kantonen fast die Kosten für einen Mittelschüler.

3. Wir wollen gesamthaft 50 Millionen Franken pro Jahr oder 200 Millionen Franken für die kommenden vier Jahre sprechen. Dieser Betrag ist erheblich, erlaubt er doch, jährlich mindestens 10 000 Betreuungsplätze – gerechnet eben an der Maximalunterstützung von 5000 Franken pro Platz – zu schaffen.

4. Wir legen Wert darauf, dass die Betreuungsplätze nicht nur in den Zentren und Agglomerationen, sondern in allen Teilen der Schweiz geschaffen werden, egal – die Bedürfnisse sind gleich –, ob die Familie in Gent oder im Engadin lebt.

5. Wir wünschen, dass die Unterstützung für die Schaffung dieser Betreuungsplätze nicht nur Aufgabe des Bundes, der

Kantone und der Gemeinden ist, sondern dass sich die Arbeitgeber und Dritte, welche ein Interesse daran haben können, ebenfalls beteiligen. Die Beteiligung aber, und das sei unterstrichen, ist immer eine freiwillige Aufgrund unseres Gesetzes wird keine Verpflichtung für Kantone oder für Private geschaffen, solche Betreuungsplätze zu errichten. Dort aber, wo sie freiwillig errichtet werden, kann der Bund sie unterstützen.

Noch ein Wort zur Höhe der Beträge: Der Nationalrat hat 100 Millionen Franken pro Jahr, gesamthaft 400 Millionen Franken für vier Jahre, gesprochen. Der Bundesrat hat einen Viertel davon beantragt, 25 Millionen Franken pro Jahr. Wir haben uns in der Kommission mit knapper Mehrheit für 50 Millionen Franken pro Jahr oder total 200 Millionen Franken ausgesprochen. An den Nationalrat ergeht daher das Signal, dass diese 200 Millionen Franken eher die obere Grenze sind, welche unser Rat sprechen kann, und dass eine Erhöhung der Beträge schwierig sein dürfte.

Nun ein letztes Wort zu einem Schönheitsfehler, den auch gute Vorlagen haben können: Der Schönheitsfehler ist im Verfahren zu suchen, denn der Nationalrat hat es als Erstrat schlicht unterlassen, die Kantone einzubeziehen. Er hat sie nicht zur Vernehmlassung eingeladen. Ich muss gestehen, dass dies auch in unserer Kommission – wie wir auf Deutsch sagen – «durch die Latten» gegangen ist; wir haben das auch erst nachträglich festgestellt.

Nun stellt sich die Frage, ob wir nachträglich noch die Kantone zur Vernehmlassung einladen sollten. Persönlich meine ich, dass dies nicht nötig ist. Dies aus zwei Gründen. Zum Ersten erwacht den Kantonen aus dieser Vorlage keine Verpflichtung. Sie werden in ihren Rechten und Möglichkeiten in keiner Weise eingeschränkt, sie erhalten lediglich einen zusätzlichen Anreiz, etwas mehr zu tun, als sie heute schon tun können. Nachdem wir mit der Vorlage nicht in die Kompetenz der Kantone eingreifen, sondern ihnen lediglich einen zusätzlichen Anreiz geben, besteht kein Zwang, keine unabdingbare Notwendigkeit, das zu tun.

Zum Zweiten haben wir im Rahmen der Gespräche auch festgestellt, dass sich wohl eine grosse Mehrheit der Kantone für die Vorlage aussprechen würde. Es ist also im Sinne einer antizipierten Würdigung der nicht stattgefundenen Vernehmlassung ausnahmsweise gestattet, darauf zu verzichten.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, der Vorlage gemäss den Anträgen der Kommission zuzustimmen, und bitte Sie, dass Sie, wie es die Kommission getan hat, ebenfalls einhellig auf dieses notwendige Geschäft eintreten.

Hess Hans (R, OW). Ich begründe meinen Rückweisungsantrag wie folgt: Zu Punkt 1 meines Antrages: In Artikel 2 Absatz 2 des Entwurfes zum Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung wird festgehalten, dass die Finanzhilfen in erster Linie für neue Institutionen gewährt werden. Für bestehende Institutionen könne die Finanzhilfe nur gewährt werden, wenn diese ihr Angebot wesentlich erhöhen. Im Bericht der Kommission wird unter der Ziffer 2.5.4 festgehalten, dass prinzipiell neu geschaffene Betreuungsplätze subventioniert werden sollen. Im Kommentar zu Artikel 2 Absatz 2 wird dann ausgeführt, dass als wesentliche Erhöhung eine Aufstockung um einen Drittel, mindestens aber um 10 Plätze gelte.

Bei dieser Ausgangslage kann vorausgesagt werden, dass bestehende Betreuungsstätten, die bis anhin das volle Risiko getragen haben, kaum in den Genuss dieser Gelder kommen werden. Bestehende Betreuungsstätten mit beispielsweise 12 Plätzen hatten bei einer Aufstockung um 10 Plätze neu 22 Plätze – mit dieser Grosse lassen sich die Betreuungsstätten in der Praxis aber nicht mehr führen. Was passiert bei dieser Ausgangslage? Wir zwingen bestehende Betreuungsstätten, eine neue Rechtsform anzunehmen oder den bisherigen Betrieb einzustellen, um einen neuen aufzunehmen und um so in den Genuss der Bundesgelder zu kommen. Das kann ja nicht der Sinn dieses Bundesgesetzes sein! Hier müsste der Gesetzgeber meiner Meinung nach

eine Lösung finden, mit der auch bestehende Betreuungsstätten, ohne dass diese zur Rechtsumgehung geradezu gezwungen werden, in den Genuss der Unterstützung kommen. Andernfalls kommen sich bestehende Betreuungsstätten, die in Eigenverantwortung gehandelt haben, schlecht behandelt vor.

Zu Punkt 2 meines Antrages: Wir erinnern uns, dass das Schweizervolk am 2. Dezember 2001 mit einem Stimmenanteil von sage und schreibe 84,7 Prozent und unter Zustimmung aller Stände die Schuldenbremse angenommen hat. Bei der Schuldenbremse handelt es sich bekanntlich um einen institutionellen Mechanismus zur Haushaltsteuerung und zur Begrenzung der Verschuldung. Sie soll den Bundeshaushalt vor strukturellen Ungleichgewichten bewahren und damit verhindern, dass die Schulden des Bundes wie in der Vergangenheit ansteigen. So weit, glaube ich, sind sich in diesem Rat alle einig. In der Praxis heisst das aber, dass wir, bevor wir den Haushalt steuern können, die Begehrlichkeiten und vor allem auch die Mittel kennen müssen, die einen ausgeglichenen Haushalt ermöglichen. Im Zusammenhang mit der Prüfungstätigkeit der GPK mussten wir zu unserem grossen Erstaunen von Frau Bundesrätin Metzler zur Kenntnis nehmen, dass das Projekt des Kampfes gegen die Internetkriminalität nicht programmgemäss abgewickelt werden konnte, weil die Schuldenbremse eine wesentliche Rolle spiele.

Frau Bundesrätin Metzler führte dann aus, dass es eine interdepartementale Arbeitsgruppe «Schuldenbremse» gebe, wo entschieden werden müsse, welche Projekte unter welchen Prioritäten realisiert werden könnten. Weiter führte Frau Bundesrätin Metzler vor der GPK aus, dass die Schuldenbremse nicht nur bei neuen Projekten, sondern auch für die Ziele des Parlamentes und die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben eine starke Belastung bedeute. Im Wissen um solche Tatsachen ist es meiner Meinung nach unsere Pflicht, das Ergebnis dieser Abklärung abzuwarten und in Kenntnis dieser Abklärung zu entscheiden, welche Prioritäten zu setzen sind und in welchem Masse insbesondere neue Projekte finanziert werden können. Alles andere widerspricht meines Erachtens einer seriösen Finanzpolitik.

Ich ersuche Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen. Dieser Antrag deckt sich in der Stossrichtung im Übrigen auch mit dem Postulat Beerli Christine 02.3172, wo unter dem Gesichtspunkt der Schuldenbremse eine Gesamtschau im Sozialversicherungswesen verlangt wird. Herr Kollega Frick hat ausgeführt, es sei bei den Kantonen keine Vernehmlassung durchgeführt worden, das sei aber auch nicht nötig, weil die Kantone nicht betroffen seien. Sicher sind die Kantone betroffen, wenn dann tatsächlich nach Ablauf von drei Jahren die Anstossfinanzierung beendet ist und die Kantone in die Pflicht genommen werden. Ich konnte die Liste meiner Begründungen für die Rückweisung noch erweitern: Es ist auch nicht geprüft worden, ob die ganze Finanzierung unter dem Gesichtspunkt des neuen Finanzausgleiches einigermaßen verträglich ist.

Ich glaube, es gibt also Gründe genug, das Geschäft noch einmal an die Kommission zuruckzuweisen.

Langenberger Christiane (R, VD): Je crois qu'il est nécessaire d'aborder le projet sous trois aspects: l'importance sociale de la prise en charge extrafamiliale de la petite enfance, l'importance de cet accueil pour les familles, le rôle de la Confédération en la matière.

De nombreuses études ont été consacrées ces dernières années à l'importance de la prise en charge des enfants d'âge préscolaire, afin de faciliter le développement social et individuel d'enfants, surtout d'enfants nés dans des familles peu nombreuses. Le «modèle tessinois» est entré dans le vocabulaire comme un exemple incontournable, et ceci d'autant plus qu'il émane d'un canton où la famille joue pourtant encore un rôle primordial. Un canton qui, de plus, doit faire face à une situation financière délicate depuis de nombreuses années. Or, au Tessin, les parents n'ont pas d'état d'âme pour envoyer leurs enfants dès l'âge de 3 ans au jar-

din d'enfants, et les pouvoirs publics sont légalement obligés d'offrir les structures d'accueil nécessaires. Tout cela repose sur le fait qu'à partir de 3 ans, l'enfant expérimente un tournant dans son développement qu'il vaut la peine d'encourager et de valoriser. Les contacts sociaux et la cohabitation avec des pairs sont primordiaux pour le bien-être et le développement de ces enfants. J'imagine que cette règle est également valable de ce côté du Gothard.

L'activité professionnelle des femmes, dont il a déjà été question, a fortement augmenté dans les années nonante, que ce soit par nécessité ou par intérêt. Or les enquêtes, notamment celle de 1998 sur les revenus et la consommation ERC, démontrent que d'importantes lacunes subsistent au niveau national quant au nombre total d'institutions qui offrent des possibilités de prise en charge. De nombreux parents dépendent pourtant de ces structures d'accueil extérieures afin de pouvoir concilier activité professionnelle et éducation des enfants.

Ce sont plutôt les ménages ayant un revenu élevé qui confient leurs enfants à l'extérieur. Ils sont 44 pour cent à le faire, contre 32 pour cent de ménages à revenu moyen et 19 pour cent à faible revenu.

Nous savons d'autre part qu'un nombre important de ménages renonce à avoir des enfants parce que les possibilités de concilier vie familiale et vie professionnelle ne sont pas satisfaisantes. Rappelez-vous la votation sur l'interruption de grossesse; c'est un sujet dont nous avons souvent parlé.

Permettez-moi d'aborder ce sujet par deux exemples personnels, mais qui ont leur importance. Nous sommes une poignée de femmes à avoir mis sur pied en 1986 le mouvement «Taten statt Worte» – «Des paroles aux actes». 80 grandes entreprises de notre pays en ont fait partie: les grandes banques, les assurances, la Poste, les CFF, Swissair, Jelmolli enfin et j'en passe. Les directions ont accepté de tout mettre en oeuvre afin, d'une part, de promouvoir les femmes et, d'autre part, de leur permettre de concilier vie professionnelle et vie familiale. Ceci non pas forcément par souci d'ordre éthique, mais tout simplement parce que ces entreprises avaient besoin de main-d'oeuvre qualifiée. Elles ont ainsi mis sur pied, par étapes, toute une série de projets plus ou moins ambitieux: cours de management pour les femmes, promotion dans les différents services, fixation de quotas de femmes cadres, cours de cuisine pour les hommes – pour leur permettre de se débrouiller tout seuls –, mais aussi horaire flexible, temps partiel, égalité de salaire, soutien à des crèches de quartier ou création de crèches-garderies, etc. Puis vinrent les années de récession et, sans que l'objectif principal, soit l'égalité des chances entre femmes et hommes, fût totalement oublié, nous avons dû constater que celui-ci n'était plus prioritaire, les entreprises devant avant tout se battre pour leur survie. C'est ainsi, et c'est là que je veux en venir, que l'UBS par exemple a fermé sa crèche-garderie à Genève, alors qu'il y avait une liste d'attente.

Deuxième exemple. J'ai été municipale dans mon village durant treize ans, entre autres responsable des affaires sociales et scolaires. Nous avons eu des mamans de jour; nous avons organisé pour le district l'accueil de jour et la surveillance des devoirs. Et, alors que nous étions en train de nous organiser pour créer de nouvelles crèches-garderies, la récession a momentanément bloqué tous nos travaux. En effet, certains municipaux ont commencé à faire des remarques comme quoi les femmes feraient mieux de rester chez elles, permettant ainsi aux jeunes de s'insérer dans le marché du travail.

Mais les années passent, et l'histoire se répète. C'est ainsi que je n'ai pas été trop étonnée d'entendre M. Peter Hasler, l'été passé, affirmer qu'il y avait des mesures à prendre afin de permettre aux femmes de concilier vie professionnelle et vie familiale, et M. Triponez soutenir l'assurance-maternité.

L'économie a besoin de main-d'oeuvre qualifiée et comprend, comme dans les années quatre-vingt, qu'il est économiquement peu rentable de former et de promouvoir des femmes, de les former dans les universités, de les former en tant que femmes cadres – cela coûte des sommes considé-

rables à toutes les entreprises –, et de laisser ces placements en friche tout simplement par manque d'infrastructures extrascolaires.

Un autre phénomène va toucher notre pays de plein fouet, celui du vieillissement de notre population. Nous devons bel et bien trouver de nouvelles forces de travail: des jeunes, capables d'innover, de porter notre économie. Les femmes seront alors, encore plus qu'aujourd'hui, appelées à jouer un rôle déterminant dans notre société.

Aujourd'hui, nous demandons à la Confédération de venir à la rescousse et de participer à l'effort visant à créer toute une politique relative aux places d'accueil pour la petite enfance. Il ne s'agit pas en effet uniquement de créer des crèches-garderies, car cela ne servirait à rien puisque la solution du problème serait reportée à plus tard. Bien entendu, je suis inquiète comme vous toutes et tous au sujet de la situation des finances fédérales; je suis favorable au désenchevêtrement des tâches, fondement de la nouvelle péréquation financière. Je fais également partie de celles et ceux qui demandent plus d'argent pour la formation, pour la recherche et pour l'innovation. Je devrais donc soutenir la variante du Conseil fédéral, je n'en ferai rien.

Il y a des domaines qui nécessitent une impulsion au niveau national, des domaines où l'on rencontre trop d'obstacles, j'ai essayé de vous le démontrer. La semaine passée encore, les Grands Conseils des cantons de Fribourg et de Vaud ont reporté aux calendes grecques le lancement d'une politique de prise en charge de la petite enfance.

Sans une impulsion importante de la part de la Confédération, trop de projets ne verront jamais le jour, trop de femmes qualifiées devront interrompre, voire fortement diminuer, leur activité professionnelle. Ce sont des femmes qui doivent travailler, des femmes qui souhaitent poursuivre leur activité et pour lesquelles une interruption de quelques années anéantit des années d'efforts. Il ne s'agit pas de nouvelles subventions ad aeternum, il ne s'agit même pas d'interventions subsidiaires, mais d'un programme d'impulsion, d'incitation, afin de débloquer une situation qui stagne au détriment de notre économie.

Nous savons – et je m'adresse à M. Hess Hans, qui n'est plus là – que c'est au départ d'un nouveau projet que les requérants doivent faire face à une relative méfiance de la part des collectivités publiques notamment. La volonté du Conseil fédéral de soutenir la création de nouvelles places d'accueil pour les enfants comme un élément de sa politique familiale, serait une caution de poids. Nous avons eu bien d'autres exemples d'une mobilisation de la part de la Confédération. Songeons simplement aux arrêtés I et II sur les places d'apprentissage ou aux 100 millions de francs accordés pour PPP «Schulen ans Netz».

Alors, bien entendu que le financement peut paraître quelque peu flou. Mais je rappelle tout de même que la majorité de la commission propose de limiter la participation de la Confédération pour un tiers des frais à 5000 francs par place d'accueil, que cet argent sera débloqué sur la base d'un rapport des cantons permettant d'évaluer les besoins dans une région – développement de la population, des emplois, existence précisément d'autres structures –, qu'une viabilité de plusieurs années doit être garantie et que la procédure d'attribution doit être standardisée. La loi prévoit également une évaluation au cours de la quatrième année, et une seconde tranche de crédits ne sera débloquée que si les aspects positifs prédominent clairement.

On a également accusé le projet de pénaliser ceux qui avaient réussi sans l'aide de la Confédération. C'est un argument qui revient périodiquement, on nous l'a rappelé à satiété en ce qui concerne l'assurance-maternité.

Je vous demande donc d'appuyer ce projet et, dans un premier temps, d'entrer en matière. Je m'exprimerai tout à l'heure sur la proposition de la majorité de couper la poire en deux avec un crédit de 200 millions de francs.

Forster-Vannini Erika (R, SG). Ich kann für mich in Anspruch nehmen, dass ich mich seit zwanzig Jahren mit die-

sem Thema befasste Bereits vor zwanzig Jahren habe ich mich im St. Galler Stadtparlament, damals noch als junge Politikerin, für den Versuch einer Tagesschule in der Stadt St. Gallen eingesetzt. Ich wurde für mein Engagement in dieser Sache – das können Sie mir glauben – von meiner eigenen Partei nicht gerade gelobt. Seither habe ich überall mitgewirkt, wenn es darum ging, der Sache «familienergänzende Betreuungsplätze» zum Durchbruch zu verhelfen. Das Thema ist für mich also keineswegs neu, und ich weiss um die Notwendigkeit von Betreuungsplätzen. Noch immer hinkt landesweit, mit Ausnahme des Kantons Tessin, das Angebot der Nachfrage hinterher. Die Zahlen sind bekannt: 45 Prozent der Schulkinder verbringen ihre Zeit ausserhalb der Schule unbetreut. Für Mutter mit Kleinkindern ausserhalb der grossen Agglomerationen ist die Ausübung eines Berufes praktisch unmöglich. Dank privater und kommunaler Initiative und dank hartnäckigem Lobbying und der Aufklärungsarbeit der Frauenorganisationen sind in den letzten fünf Jahren zahlreiche neue Betreuungsplätze entstanden. Sie stellen indessen nur den berühmten Tropfen auf den heissen Stein dar.

Meine uneingeschränkte Zustimmung zu dieser Vorlage wäre daher eigentlich nahe liegend. Wenn dem nicht so ist, so deshalb, weil die Vorlage bei näherem Hinsehen noch zu viele Fragen offen lässt. Die Frage, die sich vor allem stellt, ist die, ob und wie der Bund hier eingreifen soll und kann. Bildungspolitik auf der Volksschulstufe ist Sache der Kantone; daran wollen wir nicht rütteln. Das Impulsprogramm bezweckt denn auch, wie es in der Botschaft zu lesen ist, keine Zentralisierung einer in den Zuständigkeitsbereich der Kantone und Gemeinden fallenden Aufgabe. Die unteren Ebenen sollen die Initiative ergreifen. Der Bund soll seine Unterstützung nur gewähren, wenn die Kantone und die Gemeinden oder Dritte ihren Beitrag leisten. Einer zeitlich und finanziell limitierten Anstossfinanzierung durch den Bund in der Höhe, wie sie der Nationalrat verlangt, konnte ich wohl eher zustimmen, wenn Gewähr bestünde, dass das Geld an die Kantone geht mit dem klar definierten Auftrag, ein auf die kantonalen Verhältnisse zugeschnittenes Impulsprogramm zu formulieren und die vom Bund zugewiesenen Mittel entsprechend einzusetzen.

Nur damit kann sichergestellt werden, dass in Bern nicht ein grosser administrativer Apparat aufgezogen wird, welcher unerwünschte Doppelspurigkeiten zu den kantonalen Bewilligungsverfahren für die Einrichtung von Krippen und Tagesstrukturen schafft.

Die Erfahrung zeigt, dass oftmals privat mit viel Enthusiasmus initiierte Mittagstische scheitern, weil die nachhaltige Weiterführung die Kräfte eines Vereins übersteigt und weil vielerorts wegen mangelnder Unterstützung durch die Gemeinde die Initiative nach wenigen Jahren in sich zusammenbricht.

Im Übrigen liegt namentlich in städtischen Gebieten, in welchen die mentalen Hürden bei den Behörden, Politikern und Stimmberechtigten allmählich gefallen sind, das Problem nicht in erster Linie bei dem Willen und den finanziellen Mitteln, sondern bei den geeigneten Räumlichkeiten und insbesondere bei ausreichend geschultem Personal. Im Bericht der SGK-NR (Ziff. 2.7) können Sie dazu Aufschlussreiches lesen: «Bei der Kinderbetreuung – wie auch in anderen sozialen und medizinischen Bereichen – mangelt es in der Schweiz unbestrittenemassen an qualifiziertem Personal. Trotz der relativ geringen Zunahme an Betreuungsplätzen genügt die Entwicklung doch, um den Arbeitsmarkt in diesem Sektor auszutrocknen. Dieser Personalmangel konnte sich für das Impulsprogramm als Hindernis erweisen. Er konnte zum Teil der Entstehung von neuen und der Vergrößerung von bestehenden Strukturen entgegenstehen. ... Trotz des neuen Berufsbildungsgesetzes dürfte die Lage jedoch kritisch bleiben. Daher wird man auch bei der Realisierung des Impulsprogramms zu einer Verbesserung beitragen müssen, indem bei der Gewährung von Finanzhilfen die Kosten für die Lehrlingsausbildung gesondert berücksichtigt werden.» Wenn Bundesgeld via ein kantonales Impulsprogramm in die Ausbildung für Wiedereinsteigerinnen fliessen

würde, geschähe möglicherweise etwas ausserordentlich Sinnvolles. Auch die eidgenössische Anerkennung des Berufs der Kleinkindererzieherin und der Krippenleiterin wäre durchaus wünschenswert.

Sie sehen, es sind noch viele Fragen offen. Ich bin deshalb überzeugt, dass ein limitiertes finanzielles Engagement des Bundes, im Sinne des Bundesrates und der Minderheit I, für den Anstoss von familienergänzenden Betreuungsplätzen zielführender ist.

Ich bitte Sie deshalb, einzutreten und dem Antrag der Minderheit I zuzustimmen.

Stähelin Philipp (C, TG): Die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder ist in der heutigen Zeit schlicht eine familienpolitische Notwendigkeit. Es fehlt heute vielerorts an solchen Kinderbetreuungsplätzen. Obwohl die Situation erkannt ist, trotz der ringsum anerkannten Notwendigkeit, wird ohne einen kräftigen Anstoss des Staates kaum Abhilfe geschaffen werden können. Ich kann aus eigener Erfahrung und Anschauung festhalten, dass es neue Einrichtungen schwer haben, in Schuss zu kommen. Ebenso stelle ich fest, dass aber einmal etablierte Betreuungsmöglichkeiten dann tatsächlich bleiben und blühen, weil sie eben eine Lucke füllen. Natürlich wäre es schon, wenn die Familie allein für die Geborgenheit und das Hineinwachsen ihrer Kinder in die Gesellschaft sorgen könnte. Aber wir alle wissen, dass die realen Verhältnisse, insbesondere die Arbeitswelt, aber auch schulische Bedingungen, das nicht mehr möglich machen. Darunter dürfen aber nicht die Kinder leiden, und dies darf auch nicht zum Verzicht auf Kinder führen. Die Kinder müssen anderen Kindern und auch Erwachsenen begegnen können. Sie müssen soziale Kontakte und Gemeinschaftssinn entwickeln können, und dies nicht einfach auf der Gasse und nicht einfach vor der Fernsehöhre. Es braucht ein System von Krippen, Horten, Tagesschulen, Mittagstischen und anderen Betreuungsformen. Dies scheint mir heute auch weit herum unbestritten zu sein. Wenn wir über die eigenen Landesgrenzen hinausschauen, können wir auch feststellen, dass solche Einrichtungen durchaus zur Stärkung der Familie als gesellschaftlicher Grundstruktur führen können. Dies ist ja hier unser Ziel.

So weit, so gut. Wenn aber auch diese Vorlage einen Pferdefuss aufweist, dann liegt er insbesondere bei der Verteilung der Zuständigkeiten in unserem Staatssystem und bei der Frage, auf welcher Ebene nach den Prinzipien der Subsidiarität die Aufgabe, für familienergänzende Betreuungsstrukturen zu sorgen, anzusiedeln ist. Ist sie bei Privaten und der Wirtschaft allein, bei Gemeinden, Kantonen oder eben auch beim Bund anzusiedeln?

In der längerfristigen Optik sehe ich die familienergänzende Kinderbetreuung völlig klar nicht als Bundesaufgabe. Ich meine sogar, dass hier auch die Kantone in der Subsidiaritätsleiter tendenziell zu hoch sind. Insbesondere muss es nicht ihre Rolle sein, die Trägerschaft von Einrichtungen zu übernehmen und diese gar selbst zu führen. Hingegen sehe ich die Aufsicht bei ihnen, und diese üben sie ja aufgrund der Pflegekinderverordnung auch bereits über weite Strecken aus. Kinderbetreuung bleibt aber eine lokale Aufgabe. Sie bleibt damit primär auf der Gemeindeebene angesiedelt, wobei zu berücksichtigen ist, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsort ausserhalb des Wohnorts haben, ja selbst ausserhalb des Wohnkantons, in dem sie ihre Steuern zahlen. Es geht mir aber in der Stufung der Zuständigkeiten insbesondere auch darum, die Privaten – und dabei vor allem die Arbeitgeber, aber auch die Eltern selbst – nicht aus der Verantwortung zu entlassen.

Gerade aus diesem Grund gehen die Lasten im Übrigen auch nach Auslaufen des vorgesehenen Bundesprogrammes nicht einfach auf die Kantone über. Die Kantone treten nachher nicht automatisch an die Stelle des Bundes. Ich glaube, auch das müssen wir berücksichtigen.

Unsere Vorlage darf nach dem Gesagten nicht dazu führen, dass die familienergänzende Kinderbetreuung zur neuen bleibenden Bundesaufgabe wird. Die Idee einer Anstossfi-

nanzierung ist ein richtiger Weg, weil nur der Bund innert nützlicher Frist flachendeckend wirken und dem Grundgedanken zum Durchbruch verhelfen kann. Ich bin deshalb für Eintreten. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag Hess abzulehnen.

Die erste Frage haben wir in der Kommission – wenn ich mich richtig erinnere, aufgrund eines Votums von Kollege Jenny – durchaus geklärt. Wir haben in Artikel 2 eine etwas flexiblere Formulierung, und ich glaube, das sei auch notwendig. Wir können uns nicht nur auf neue Plätze beschränken. Wenn wir nur neu geschaffene Betreuungsplätze subventionieren wollen, dann wird diese Bestimmung mit Sicherheit umgangen werden können. Im Übrigen geht es auch darum, dass wir qualitative Steigerungen von einer unteren auf eine höhere Angebotsebene mittragen können. Das gehört nach unserer Diskussion in der Kommission auch dazu.

Ich meine auch, dass sich die zweite Frage grundsätzlich bei jeder neuen Aufgabe und jeder neuen Ausgabe stellt, die wir beschliessen. Wir haben das immer gespürt, die Schuldenbremse schwebte – quasi als Damoklesschwert – die ganze Zeit über den Beratungen der Kommission. Die Schuldenbremse allein kann nicht dazu führen, dass nun jegliche Rechtsetzung zu neuen Aufgaben hintangestellt wird. Wir müssen bei der Budgetierung in aller Selbstverständlichkeit jeweils auch die Prioritäten wieder neu setzen.

Kollege Hess hat auch noch einmal die fehlende Vernehmlassungsrunde bei den Kantonen angesprochen. Das ist auf der einen Seite bedauerlich. Auf der anderen Seite liegt ein Papier der Konferenz der Kantonsregierungen vom 21. Juni vor. Es enthält zwei wesentliche Punkte:

1. Das Anliegen sei inhaltlich weitgehend unbestritten; dies geht insbesondere auch aus der oben aufgeführten Stellungnahme der Sozialdirektorenkonferenz hervor.

2. Es würde deshalb von weiten Kreisen kaum verstanden, wenn die Kantone aus formellen Gründen die Behandlung verzögern würden.

Obschon dann natürlich auch klar gesagt sei, dass das fehlende Vernehmlassungsverfahren einen gravierenden Mangel darstellt, ist teile diese Auffassung. Ich meine aber, dass sich in einem sich nun abzeichnenden Differenzbereinigungsverfahren mit dem Nationalrat genügend Gelegenheit ergeben wird, hier noch einmal die klare, ausdrückliche Stellungnahme der Kantone einzuholen. Ich würde ein solches Vorgehen vorziehen.

Beim Ganzen darf es mit unserer Vorlage klarerweise nicht zum Aufbau administrativer Bundesstrukturen mit ihrem Hang zu immer währendem Bestand kommen. Die Bundesebene muss sich der positiven Einflussnahme auf die Familienpolitik des Landes nach dem erfolgreichen Anstoss wieder entledigen können, um keine Daueraufgabe entstehen zu lassen. Wir geben den Impuls, wir dürfen aber nicht ein Antiprogramm zur Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgaben (NFA) entstehen lassen – damit greife ich noch einmal das Wort des Kollegen Hess Hans auf. Wir haben auch darüber gesprochen – und ich habe das in der Kommission sogar in diesem Sinne angeregt –, formell in Artikel 9 des Gesetzes festzuhalten, dass dieses nur bis zum vollständigen Inkrafttreten der NFA gelten solle. Ich habe meinen Antrag dann zurückgezogen, weil diese Dauer für den erfolgreichen Anstoss unseres Anliegens, wenn wir das NFA-Projekt reibungslos und gemäss den bisherigen zeitlichen Vorstellungen durchziehen können, dann allzu kurz bemessen wäre. Ich möchte aber hier und heute klar festhalten, dass dieses Bundesgesetz befristet angelegt ist und befristet bleiben muss. Nur so ist das gegenüber der NFA kein Stillebruch – darin bin ich gleicher Auffassung.

Unter dieser Voraussetzung stimme ich ihm auch klar zu und tue dies dann auch mit Überzeugung. Ich bitte Sie, das auch zu tun.

Präsident (Plattner Gian-Reto, erster Vizepräsident): Ich benutze die Gelegenheit, um als Basler den Herren im Saal «Hitzeferien» zu geben. Sie wissen, dass wir das in unserem Kanton schon seit rund fünfzig Jahren haben. Sie dür-

fen also Ihren Kittel ausziehen, denn die Temperatur liegt schon morgens um halb zehn auf über 23 Grad.

Studer Jean (S, NE): Les préopinants ont dit des choses intelligentes sur ce sujet. Je me rappelle toujours ce que disait l'ancien conseiller aux Etats Jean-François Aubert: «Heureux celui qui n'a rien à dire et qui néanmoins se tait!» Par conséquent, quand on intervient après que des choses intelligentes ont été dites, on est tenté de se taire. Mais ce n'est pas ce que je vais faire puisque j'ai demandé à prendre la parole. Je veux éviter de répéter ce qui a été dit, mais je voudrais insister sur un point qui me paraît très important. La crédibilité des partis politiques.

J'ai relu les programmes des partis politiques pour la législature 1999–2003. tous les partis politiques ont mis comme point fort de leur programme la politique familiale et en particulier l'aide qui doit être accordée pour la prise en charge des enfants. On l'a d'ailleurs répété il n'y a pas si longtemps, à savoir dans la campagne précédant la votation sur le régime du délai. J'ai cru entendre dans le Jura qu'en Suisse centrale, ce week-end, on avait déjà annoncé que ce serait, en tout cas pour un grand parti politique, également son point fort pour la législature 2003–2007. Non seulement les partis politiques estiment tous qu'il faut faire quelque chose dans ce domaine, mais aussi les partenaires sociaux. Mme Langenberger a fait référence à la mobilisation de l'Union patronale suisse l'année passée, qui est intervenue aux côtés de Pro Familia et de Pro Juventute pour appeler publiquement à la création de nouvelles places d'accueil pour les enfants.

On mentionne les partis politiques et les partenaires sociaux, mais on fait aussi référence aux organisations internationales lorsqu'il s'agit de dynamiser notre économie. Dans un rapport assez récent, l'OCDE relève que si les coûts que nous consacrons dans notre pays à la formation supérieure sont bien élevés par rapport aux standards de l'OCDE, ils sont extrêmement bas en ce qui concerne la prise en charge des enfants en âge préscolaire; en fait, nous venons juste après l'Irlande et la Turquie.

Aussi, je suis d'avis que, dès lors que l'ensemble des partis politiques estiment qu'il faut faire quelque chose dans ce domaine et que l'occasion est offerte de faire quelque chose, on ne peut pas continuellement renvoyer notre décision sur ces questions, sauf à n'être plus crédibles pour notre électeurat. Sous cet angle-là, je vous invite également à entrer en matière.

S'agissant des deux points que relevait M. Hess Hans: ce que nous souhaitons, c'est une impulsion, ce n'est pas un subventionnement. Et c'est parce que nous voulons une impulsion que l'argent que la Confédération doit mettre à disposition doit aller à des places nouvellement créées, que ce soient celles de nouvelles institutions ou celles d'institutions existantes qui feraient un effort supplémentaire. Permettre à cet argent d'aller directement au financement de places existantes, ce serait courir le grand risque que notre effort ne soit pas ponctuel mais durable, et celui de transformer en l'état cette aide en subventionnement.

S'agissant du frein à l'endettement: j'ai toujours été d'avis que le frein à l'endettement était la négation de la décision politique. C'est d'ailleurs pour cela que je l'ai combattu. Mais je ne crois pas qu'on puisse aujourd'hui mettre en parallèle la nécessité, reconnue largement, d'intervenir dans le secteur de la prise en charge extrafamiliale des enfants avec les questions liées au frein à l'endettement – sur lesquelles, je pense, nous aurons l'occasion de débattre longuement lorsque nous aborderons le budget 2003 –, sauf à admettre alors que plus aucune dépense n'est possible, dans quelque secteur que ce soit, avant de connaître l'effet du mécanisme du frein à l'endettement sur le budget 2003.

Je vous invite dès lors à entrer en matière et à rejeter la proposition de renvoi Hess Hans à la commission.

Jenny This (V, GL): Eintreten ist für mich unbestritten. Ich möchte Sie allerdings bitten, in der Detailberatung dem An-

trag der Minderheit I zur Vorlage 2 (Art. 1 Abs. 1) zuzustimmen. Dieser sieht bekanntlich vor, dem Bundesrat zu folgen und nur viermal 25 Millionen Franken zu sprechen, im Gegensatz zur Kommissionsmehrheit, die viermal 50 Millionen Franken bereitstellen will. Auch wenn die Anliegen und Argumente der Mehrheit noch so berechtigt sein mögen: Es fehlen uns auf Bundesebene schlicht die finanziellen Mittel, um diesen an und für sich legitimen Wünschen zu entsprechen. Die finanziellen Perspektiven haben sich erneut drastisch verschlechtert, das wissen wir alle. Angesichts neuer Defizite, die sich bereits heute deutlich abzeichnen, und angesichts einer Schuldenlast von weit über 100 Milliarden Franken wäre es verantwortungslos, dem Staat neue Aufgaben zu übertragen, die eindeutig nicht in seinen Verantwortungsbereich gehören. Die massiven Defizite der Neunzigerjahre sind primär darauf zurückzuführen, dass der öffentlichen Hand zu viele Aufgaben übertragen wurden, die sich später nicht mehr finanzieren liessen. Den gleichen Fehler sollte man ohne Not nicht zweimal machen. Grundsätzlich gehören Massnahmen wie familienergänzende Betreuungsplätze zu den Kernkompetenzen der Gemeinden und Kantone. Diese Aufgaben sind in der Vergangenheit in der Regel auch gut gelöst worden, sodass kein Anlass besteht, hier über Gebühr einzugreifen. Jedenfalls ist nach wie vor ein Projekt hangig, welches den Finanzausgleich auf neue Grundlagen stellen und eine Entflechtung der Aufgaben von Bund und Kantonen herbeiführen will. Darum ist es nicht sehr sinnvoll, wenn dem Bund kurz vor Beginn der Beratungen zum neuen Finanzausgleich neue Aufgaben zugewiesen werden und sich diese Zuweisung dann als nicht stufengerecht erweisen konnte. Ihnen allen sind die unzähligen Gemeindeversammlungen sattem bekannt, wo insbesondere mit dem Argument gefochten wird, dass man dieser oder jener Vorlage unter allen Umständen zustimmen soll, weil der Bund ja sowieso 40 bis 50 Prozent mitfinanzieren werde. Dass das nicht der richtige Weg ist, ist uns allen klar und muss nicht mehr erörtert werden. Diesem Unsinn kann aber nur begegnet werden, wenn dort, wo entschieden wird, letztlich auch bezahlt werden muss.

Diesen Pfad und Grundsatz wollen wir mit dieser Vorlage leider bereits wieder verlassen. Um richtig verstanden zu werden: Ich bin nicht gegen familienergänzende Betreuungsplätze, überhaupt nicht. Im Gegenteil, ich habe mich wie Kollegin Forster im Gemeinderat immer stark für Kinderkrippen engagiert. Wir haben solche in Glarus auch jahrzehntelang betrieben. Bei dieser Vorlage sind aber offenbar gerade bestehende Institutionen ausgeschlossen, also all jene, die mit sehr grossem persönlichem Engagement dafür gesorgt haben, dass solche Kinderkrippen betrieben worden sind. Genau diese sind jetzt ausgeschlossen.

Obwohl das, was hier vorliegt, aus meiner Sicht eindeutig der falsche Weg ist, bin ich bereit, dem Bundesrat zu folgen und viermal 25 Millionen Franken zu sprechen, denn Familien mit kleinen Einkommen und speziell Alleinerziehende sind in der Schweiz tatsächlich nicht zu beneiden und auf familienergänzende Betreuungsplätze angewiesen. Das weiss ich aus ureigener Erfahrung bestens. Ein solcher Platz kostet gegen 2000 Franken pro Monat, und das ist sozial Benachteiligten schlichtweg nicht zuzumuten. Gerade deshalb ist es aber wichtig, dass all jene, die nicht zu dieser Kategorie gehören, die Vollkosten zu übernehmen haben, denn sie sind in Tat und Wahrheit auf die staatliche Unterstützung nicht angewiesen. Diese Differenzierung kann aber nur von den Gemeinden und nicht vom Bund vorgenommen werden. Nun wird von den Befürwortern natürlich sofort damit argumentiert, dass ja viel mehr Geld in die Volkswirtschaft zurückfliessen werde, als wir je hineinzustecken gedenken – dies, da durch die erhöhte Erwerbstätigkeit der Frauen mehr Steuereinnahmen und Sozialabgaben zurückfliessen wurden. Das mag teilweise sogar stimmen, aber es wäre in anderen Bereichen ebenfalls der Fall. Deshalb kame es uns auch nicht in den Sinn, allen Staatsbediensteten ab morgen flächendeckend 20 Prozent mehr Lohn auszubezahlen, obwohl volkswirtschaftlich nachweislich auch wieder etwas zurückfliessen würde. Ich hore auch immer wieder den Ein-

wand, dass wir aufgrund der demographischen Entwicklung zwingend auf grossere Familien angewiesen seien und der Bund für entsprechende Impulse zu sorgen habe. Diese Argumentation wurde ich allerdings nicht allzu stark gewichten. Nur sehr wenige Familien ziehen Kinderkrippen in ihre Familienplanung mit ein. Ebenfalls wird es in unserer Gesellschaft noch andere Motive geben, eine Familie zu gründen, als Kinderkrippen.

Trotz meiner grundsätzlichen Bedenken mochte ich Sie im Sinne der allenfalls tatsächlich profitierenden Kinder bitten, auf die Vorlage einzutreten und bei der Vorlage 2 der Minderheit I – «gemäss Bundesrat» – zu folgen. Ich hoffe aber sehr, dass nicht ein Grossteil der bereitgestellten Mittel wieder in die Ballungszentren fliessen wird und dass sich die Bergregionen nicht mit Brosamen zu begnügen haben.

Berger Michèle (R, NE): Tout d'abord, je tiens à vous annoncer mes intérêts en vous disant que je suis présidente de Pro Familia Suisse et que l'objet dont nous avons à débattre aujourd'hui me tient particulièrement à coeur.

Je tiens également à vous rappeler qu'en 2001, en compagnie de Pro Familia et Pro Juventute, l'Union patronale suisse a présenté un rapport de politique familiale intitulé «Concilier vie de famille et activité professionnelle». J'aimerais préciser que ce rapport affirme qu'une politique familiale libérale et moderne doit permettre aux femmes comme aux hommes de mieux concilier la vie familiale et l'activité professionnelle. L'Union patronale suisse reconnaît que, pour cela, des adaptations s'imposent dans toutes sortes de domaines: horaires de travail modernes, prise en charge des enfants et des adolescents, modification des structures scolaires, correction fiscale, etc. Elles impliquent un engagement de toutes les parties à tous les niveaux. Les parents, les employeurs, les organismes privés, les écoles et les communes doivent mettre en place ensemble des solutions pragmatiques dans le cadre étroit de la commune, de la région et du canton pour améliorer la situation des parents exerçant une activité lucrative ou des personnes professionnellement actives qui élèvent aussi, seules, des enfants. Les projets de politique familiale devront avoir pour caractéristique principale d'être compatibles avec le bien des enfants. Tel est donc le credo de l'Union patronale suisse, et ceci sans vouloir intervenir dans la vie privée des familles, mais en étant leur partenaire dans le monde du travail.

Il faut encore préciser qu'en 1992 déjà, la Commission fédérale pour les questions féminines avait présenté un rapport sur les structures d'accueil pour les enfants, ainsi que des recommandations. Cela fait donc dix ans déjà.

Ce constat étant fait, je ne reviendrai pas sur les grandes lignes du projet dont nous avons à débattre aujourd'hui. Je me contenterai de développer quelques éléments clés de réflexion pour tenter de vous convaincre d'adopter le projet tel que l'a décidé le Conseil national, sous réserve des deux propositions de minorité Studer Jean, que je vous invite à soutenir.

1. Nous l'avons déjà tous constaté, la pénurie des places d'accueil extrafamiliales pour les enfants est devenue une évidence. 65 pour cent des femmes ayant un ou des enfants en dessous de 15 ans travaillent, par obligation ou par choix. L'image traditionnelle de la famille dépendant d'un seul salaire correspond de moins en moins à la réalité. Un deuxième salaire est très souvent nécessaire pour qu'un ménage puisse joindre les deux bouts. D'autres femmes, grâce à leurs possibilités de formation et d'emploi, décident de dresser des plans de carrière.

2. D'autres l'ont dit avant moi, l'application de l'ordonnance réglant le placement d'enfants n'est pas égale dans tous les cantons. Il en résulte que des initiatives communales sont insuffisantes en regard des besoins, et des possibilités accrues aident les familles à organiser leur vie quotidienne. Des parents s'occupant seuls de l'éducation de leurs enfants dépendent justement de ces structures d'accueil extérieures afin de pouvoir concilier activité professionnelle, éducation des enfants et travail domestique.

3. Je m'adresse plus spécialement à M. Hess qui, même absent, m'entendra peut-être. Selon une étude zurchoise, l'utilité socioéconomique des places d'accueil pour enfants rapporte à la ville des recettes fiscales supplémentaires et diminue les coûts de l'aide sociale. J'estime donc qu'il convient aussi de considérer la dépense de 100 millions de francs par an comme un investissement pour le futur et non comme une dépense qui grève le budget de l'Etat. Les projections qui sont faites à Zurich permettent de croire pour la Suisse à un retour sur investissement d'environ 150 millions de francs pour les recettes fiscales et que des économies au niveau des services sociaux seront réalisées pour environ la même somme, ce qui n'est pas négligeable.

4. J'aimerais dire que le grand mérite de ce projet est celui d'une aide ciblée. L'aide se fait au démarrage des structures d'accueil avec la garantie que les places créées doivent être durables et à même de perdurer une fois l'aide fédérale terminée. Nous le constatons aussi dans la création de PME: la phase la plus difficile est celle du lancement de l'entreprise, car les frais d'investissement ont eu lieu, mais la rentabilité interviendra plus tard, et, pendant ce temps difficile, il faut tenir le coup financièrement. Je rappelle encore que cette aide est complémentaire aux autres sources de financement, qu'elles soient privées ou publiques, et qu'elle s'élèvera au maximum à un tiers des coûts totaux.

5. Je me plais à relever le respect du fédéralisme. Nous savons – et nous sommes tous d'accord sur ce point – qu'il appartient aux communes, voire aux cantons, de décider de l'augmentation des places d'accueil. Mme Langenberger l'a rappelé aussi, c'est par subsidiarité que le projet stimule et soutient les initiatives.

J'aimerais encore ajouter quelques éléments positifs concernant le milliard de francs prévu pour l'ensemble du programme d'impulsion. La commission reconnaît que l'évaluation des besoins est difficile, c'est pourquoi elle prévoit qu'il faudra, à chaque exercice budgétaire, déterminer un montant proche des besoins. De plus, il y aura une évaluation intermédiaire des résultats du programme au niveau des places créées et des besoins financiers. Ainsi la somme envisagée ne sera dégagée qu'en cas de besoin. Elle pourra être remise en question puisqu'il y aura des évaluations intermédiaires.

Je me permets quand même de faire une remarque encore sur l'argumentation développée par la minorité de la commission du Conseil national (00.403, rapport de la CSSS-CN du 22 février 2002, ch. 2.8). Elle met en doute la subsidiarité, l'autonomie communale, les finances fédérales et l'efficacité du programme d'impulsion en 28 lignes! C'est peu crédible pour tirer à boulets rouges sur un besoin qui doit permettre aux femmes et aux hommes de, et je cite ici le credo radical, «choisir librement leur forme de vie et organiser en conséquence leur famille, leur rôle de parent et leur activité professionnelle».

Il convient encore de préciser que, par rapport à d'autres pays européens, la Suisse a ici un grand besoin de rattrapage. Etant donné le grand déficit de l'offre de places dans les crèches, il est nécessaire de soutenir des impulsions de départ limitées dans le temps, comme cela a déjà été fait dans d'autres domaines où des programmes de promotion ont été lancés – par exemple, le tourisme et l'énergie.

J'aimerais insister sur la position des femmes dans la société. Elle s'est profondément transformée. La formation et le perfectionnement professionnels deviennent une nécessité quasi incontournable. Ainsi, toute sortie prolongée de la vie professionnelle a des répercussions sur les possibilités de réinsertion ultérieure. Le taux de participation des femmes au monde du travail a beaucoup augmenté dans notre pays et la tendance ne fait que croître. En termes d'emploi à temps partiel, la Suisse occupe une position dans le peloton de tête des pays du monde occidental.

Fondamentalement, nous reconnaissons que la vie des familles doit continuer de s'organiser de façon autonome et responsable. Il ne s'agit donc pas de déléguer des tâches familiales aux pouvoirs publics, mais au contraire de renforcer l'autonomie des familles.

Le renforcement de l'autonomie familiale passe par des investissements qui apparaissent aujourd'hui indispensables. Aujourd'hui, ce n'est donc plus la politique familiale qui détermine l'activité professionnelle des deux parents, mais bien l'intégration des parents dans le monde du travail qui influence la politique familiale.

Notre Constitution fédérale, à l'article 41, dit: «La Confédération et les cantons s'engagent, en complément de la responsabilité individuelle et de l'initiative privée, à ce que ... c. les familles en tant que communautés d'adultes et d'enfants soient protégées et encouragées.» Il en découle que les parents sont prioritairement responsables de leurs enfants et que l'Etat apporte son concours à titre subsidiaire. La Confédération et les cantons veillent uniquement à maintenir ou à créer des structures d'accueil favorables aux familles. Ainsi, afin de mieux tenir compte des mutations sociologiques, il faut améliorer l'intégration au monde du travail tout en favorisant l'exercice des responsabilités familiales. C'est bien ce que propose le projet issu de l'initiative parlementaire Fehr Jacqueline.

Je vous demande de soutenir le projet dans son intégralité ainsi que la proposition de minorité Studer Jean à l'article 5 du projet 1.

J'aimerais encore dire que je suis effarée par la proposition de renvoi Hess Hans à la commission. On remarque que la politique familiale est toujours le parent pauvre de la politique. C'est toujours trop cher, ce n'est jamais le bon moment. Le paquet fiscal, dont nous aurons à débattre prochainement, est remis au calendrier grecques. Cela fait dix ans, comme je l'ai dit, que la Commission fédérale pour les questions féminines propose d'améliorer les structures d'accueil pour les enfants. Cela fait dix ans, et toujours rien!

J'aimerais dire aussi que nous sommes des parents d'enfants qui ont eux-mêmes des enfants. Si les deux parents travaillent, nous constatons combien c'est la croix et la bannière pour obtenir une place dans une crèche ou pour trouver une maman de jour. Les parents sont sur des listes d'attente, mais le travail, lui, n'attend pas!

Je vous demande donc de rejeter la proposition de renvoi Hess Hans à la commission.

Schmid Carlo (C, AI): Wenn ich meiner Überzeugung folgen könnte, musste ich an sich einen Nichteintretensantrag stellen. Ich will das allerdings aus Gründen, die ich jetzt nicht weiter auszuführen habe, diesmal unterlassen. Ich kann dann aber dieser Vorlage in der Gesamtabstimmung nicht zustimmen. Warum?

Zunächst einmal – ich kann nicht aus meiner Haut – bin ich der Auffassung, dass Artikel 116 Absatz 1 der Bundesverfassung keine hinreichende verfassungsmässige Grundlage für das ist, was Sie jetzt vorschlagen. Der erste Satz von Artikel 116 Absatz 1 der Bundesverfassung kommt nicht infrage: «Der Bund berücksichtigt bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Bedürfnisse der Familie.» Die Anstossfinanzierung für Tagesstrukturen ist keine genaue Aufgabe des Bundes; hier kann er sich also nicht eine Kompetenz «erwirtschaften», die er nicht vorher schon hat. Der zweite Satz – da kommt eine gesellschaftspolitische Ansicht zum Tragen, die man hat oder die man nicht hat. Der Bund «kann Massnahmen zum Schutz der Familie unterstützen.» Ist die Einrichtung von Tagesstrukturen eine Massnahme zum Schutz der Familie? Da habe ich meine Zweifel. Der Schutz der Familie ist in meiner Lesart dann am besten gewährleistet, wenn ein Elternteil bei den Kindern ist. Das kann von mir aus die Mutter oder der Vater sein, da will ich gar keine geschlechterspezifische Rollenaufteilung propagieren. Was Sie hier aber vorschlagen, ist zum grosseren Teil ein Schutz der Doppelverdiener, aber nicht der Familie per se. Dabei bin ich gerne bereit einzuräumen, dass das Problem der Alleinerziehenden hier dann nicht gelöst ist. Soweit es aber noch um die vollständige Familie geht, ist hier die Frage, ob die Verfassung eine hinreichende Grundlage darstellt – ja oder nein? – aus meiner Sicht zu verneinen.

Lassen wir das Verfassungsproblem einmal auf der Seite, so bin ich gerne bereit zuzugeben, dass es sich hier um ein An-

liegen handelt, das ich in meinem Kanton ebenfalls unterstützen. Wir haben an der letzten Landsgemeinde eine entsprechende Vorlage durchgebracht, mit der wir uns in die Reihe der Kantone einfügen, welche diesen neuen Bedürfnissen Rechnung tragen wollen. Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt: Wer soll das tun? Ich bin der Auffassung, dass die Einrichtung von Tagesstrukturen – das ist an sich auch Meinung dieser Vorlage – Aufgabe von Kantonen und Gemeinden ist. Ich verweise Sie aber darauf, dass Artikel 1 Absatz 2 der Vorlage 1 diesen Aufgabenteilungsgrundsatz natürlich aushöhlt.

Wenn Artikel 1 Absatz 2 sagt, die Finanzhilfen wurden nur ausgerichtet, wenn sich die Kantone finanziell ebenfalls angemessen daran beteiligten, heisst das mit anderen Worten, dass es wie seinerzeit in der Landwirtschaft einen Druck auf die Subventionsabholerei gibt. Wenn der Bund schon Geld gibt, dann soll man das Geld «in Bern» abholen. Dann ist es kein autonomer Entscheid der Kantone mehr, sondern es ist ein Entscheid, den wir hier treffen, und das widerspricht der Aufgabenteilung. Ich halte dafür, dass die Anstossfinanzierung in Bezug auf die Aufgabenteilung nicht gerecht ist.

Ich komme zum dritten Punkt: Wenn man das schon unterstützen will, wie soll man es unterstützen? Hier widerspricht die Philosophie dieser Vorlage allen Grundsätzen, die ich in 23 Jahren praktischer Tätigkeit in der kantonalen Politik erworben habe. Diese Vorlage ist einmal mehr eine Objektfinanzierungsvorlage. Wir gehen hin und finanzieren Institutionen. Meine Philosophie ist die Subjektfinanzierung. Ich sehe nicht ein, warum ich mit meinem Einkommen subventioniert werden soll, wenn ich bestimmte Leistungen einer Tagesstruktur in Anspruch nehme, ich bin aber der Auffassung, dass ein Arbeitnehmer mit 50 000 Franken Einkommen im Jahr praktisch gratis fahren soll. Das zielgerichtete Aufwenden von Geld ist über die Subjektfinanzierung gewährleistet, aber nicht über die Objektfinanzierung. Diesem Grundsatz widerspricht diese Vorlage komplett.

Das sind die Gründe, welche ich Ihnen noch mitteilen wollte und derentwegen ich mich mit dieser Vorlage wirklich nicht anfreunden kann. Es geht nicht darum, dass ich dieses Anliegen nicht teilen würde, aber ich halte es unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenteilung für falsch, wenn der Bund das macht, und unter dem Gesichtspunkt der sinnvollen Mittelallokation halte ich es für falsch, wenn wir das über Objektfinanzierungen machen.

Lauri Hans (V, BE): Einige Voten haben mich heute Morgen provoziert, deshalb mochte ich nur ganz kurz und nur sehr grundsätzlich auch noch etwas beitragen.

Ich stelle fest, dass das Wort «Anstossfinanzierung», wie es über dieser Vorlage steht, für Politikerohren immer ausgezeichnet tont. Aber es ist ein Wort, das die Schwierigkeiten, die sich daraus in der Praxis ergeben, missachtet. Das gilt insbesondere dann, wenn etwas «angestossen» werden soll, das zu einem wesentlichen Teil im Zuständigkeitsbereich der Kantone liegt. Anstossfinanzierung, das weckt den Anschein, es brauche bloss einen Impuls, anschliessend laufe die Sache ja dann von selbst und erst noch in der richtigen Priorität im Verhältnis mit anderen Staatsaufgaben; der Bund könne sich wieder in Ehren zurückziehen.

Die Wirklichkeit sieht sehr oft anders aus. Die Kantone erhalten einen falschen Anreiz, vielleicht nicht hinsichtlich des Kerns einer Sache, aber sicher hinsichtlich des Umfangs einer erbrachten Leistung. Ich halte es hier gleich, wie es Kollege Schmid soeben ausgeführt hat. Ich kann mich auf Kantonsebene für diese Sache einsetzen, aber es ist grundsätzlich falsch, dass der Bund zu Beginn dieses Prozesses einen Anreiz in dieser Art setzt. Die Diskussion über dieses Thema ist in den Kantonen und mit den dort vorhandenen Gesellschaften und Kräften zu führen, insbesondere ist dort auch die Wirtschaft mit in die Verantwortung einzubeziehen. Es gibt verschiedene Beispiele von falschen so genannten Anstossfinanzierungen. Das für mich prägnanteste Beispiel war die Opferhilfe; dort hat der Bund in sehr grosszügiger Art und Weise ein Gesetz erlassen und die Kantone an-

miert, Ausgaben zu tätigen. Nach fünf Jahren zog sich der Bund zurück, die Kantone waren alleine, und sie mussten Dinge tun, die sie nach ihrer Prioritätenordnung ganz sicher nicht getan hätten. Das ist bedauerlich.

Ich möchte mich auch gegen die Auffassung aussprechen, die heute Morgen geäussert worden ist, nämlich: dieses Geschäft verstosse an sich gegen einen richtig verstandenen Federalismus, es sei aber jetzt noch einmal durchzulassen, mit Beginn des NFA müsse das aber ändern. Wenn das die Meinung ist, dann ist jetzt schon absehbar, dass der NFA eine falsche Übung werden wird, denn dann werden wir die Kraft nicht haben, seine Grundsätze, die richtig sind, auch wirklich durchzusetzen. Auch das wäre ausserordentlich bedauerlich.

Ich bin deshalb auch der Auffassung, dass es mehr als ein Schönheitsfehler ist, dass die Kantone hier nicht einbezogen wurden. Die Bundesverfassung hätte uns diese Pflicht klar auferlegt. Ich bin der festen Überzeugung, dass gute Rückmeldungen über die Ausgestaltung eines solchen Geschäftes gekommen wären. Jetzt ist es aber dafür zu spät – da habe ich allenfalls eine andere Auffassung als Kollege Hess. Ich bin der Kommissionsmehrheit dankbar, dass sie mit einer Reduktion der Beträge und mit anderen Korrekturen das Geschäft wenigstens in der Tendenz in die richtige Richtung gewiesen hat. Ich werde deshalb dem Eintreten zustimmen und bin auch bereit, die Vorlage zu behandeln. Ich werde mich dann zu gegebener Zeit der Minderheit im Sinne meiner Erwägungen anschliessen.

Noch ein Wort zu Kollege Hess Hans, der das Thema der Schuldenbremse angezogen hat. Ich bin der Auffassung – wie das im Gesetzestext steht –, dass wir über einen Verpflichtungskredit entscheiden. Ein solcher führt nicht automatisch auch zu einem Zahlungskredit, der von Anfang an fest bestimmt wäre. Mit anderen Worten: Auch wenn wir den Verpflichtungskredit auf einem tiefen Niveau festsetzen, werden wir noch eine bestimmte Handlungsfreiheit für die Ausgestaltung des Zahlungskredites im Rahmen der jährlichen Budgetierung und auch im Rahmen der Finanzplanung haben.

Saudan Françoise (R, GE): Je suivrai l'excellent conseil de M. Studer parce qu'à un titre ou un autre, j'ai retrouvé beaucoup de mes préoccupations dans toutes les interventions précédentes.

Première préoccupation: le paradoxe, alors que nous sommes engagés dans une tâche énorme, extrêmement difficile de désenchevêtrer les tâches, d'en confier une nouvelle à la Confédération.

Deuxième préoccupation. le frein à l'endettement. Qu'on l'ait soutenu ou qu'on y ait été opposé, cette décision du peuple est sans appel. Et une votation avec 85 pour cent d'approbation de la part du peuple, c'est tellement rare dans notre pays qu'on ne peut pas faire comme si elle n'avait pas eu lieu.

Autres préoccupations: difficulté à trouver du personnel d'encadrement, en raison des différences qui existent d'un canton à l'autre, risque important, qui ne peut être nié, de voir un programme d'impulsion se transformer en des dépenses structurelles. Quand on regarde un peu l'histoire de la Confédération, on constate que ce risque est non négligeable, et cela me préoccupe beaucoup. Néanmoins je ne soutiendrai pas la proposition de renvoi Hess Hans à la commission, parce que je ne crois pas que l'on pourrait faire mieux en commission que ce que nous avons fait.

Cela étant, j'ai deux inquiétudes sur lesquelles j'aimerais vraiment insister.

La première, c'est une question de fond qui nous touche directement. Je suis beaucoup moins indulgente et j'ai beaucoup moins de compréhension lorsque l'on dit qu'on ne met pas le fédéralisme en danger. Je suis frappée de voir que lorsque les cantons ne remplissent pas leurs obligations, on transfère ces mêmes obligations à la Confédération. Et nous qui sommes chargés de défendre cette structure fédérale, nous nous laissons tenter parce que les besoins sont légi-

times Et je ne les conteste pas, car ils sont également nécessaires. Mais ils ne relèvent pas de la constitution Ce n'est pas, à mon avis, le bon niveau Je vous rappelle que l'article 11 de la constitution met simplement l'accent sur la protection et le développement des enfants et des jeunes. C'est ma première inquiétude.

La deuxième, elle tient bien évidemment aux tâches nouvelles qu'on confie au Département fédéral de l'intérieur Personne n'est revenu sur la déclaration que vous avez faite en commission, Madame la Conseillère fédérale. Lorsque vous avez parlé de l'ampleur des tâches que doit remplir votre département, de la nécessité de mettre en place une structure, et en particulier une structure qui devra juger si les projets sont bons ou non, j'ai cru comprendre que vous trouviez que, dans le fond, le personnel que vous avez à disposition était insuffisant et que le temps qui va vous être imparti était un peu court pour réaliser un programme d'une telle ampleur. J'ai eu la curiosité de voir que votre département avait prévu des subventions pour les crèches qui, en 2000, n'ont pas été utilisées, et l'année dernière, vous avez confié un mandat à des tiers – je reprends exactement ce qui figure dans le compte d'Etat: «Places de crèches: mandat confié à des tiers pour l'élaboration d'un projet de concepts pour mettre à disposition une telle structure à l'OFSP».

On aurait peut-être dû, dans le cadre de la révision de la constitution, mettre l'accent, comme le souhaite Mme Berger, de manière beaucoup plus importante sur la politique familiale, mais tel n'est pas le cas

Alors, je rejeterai la proposition de renvoi Hess Hans de ce projet à la commission, parce que je ne vois pas ce que celle-ci pourrait y apporter, et je soutiendrai, à l'article 1er du projet 2, la proposition de minorité I (Jenny) allant dans votre sens, Madame la Conseillère fédérale, pour que l'on réalise ce projet pas à pas et que l'on réfléchisse réellement sur l'avenir du fédéralisme dans ce pays et sur la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons Et que nous ayons, nous, le courage d'attirer l'attention de nos cantons sur les tâches qu'ils devraient remplir et qu'ils ne remplissent pas. Je dois dire que, pour une fois, mon canton est à la pointe du progrès parce que, le 5 juin dernier, il a décidé de se saisir de la problématique des crèches et a préparé un projet de loi allant dans ce sens.

Schiesser Fritz (R, GL): Kollege Studer hat Jean-François Aubert zitiert, wonach glücklich sei, wer schweige, auch wenn er nichts zu sagen habe. Ich mochte reden und im Moment nicht glücklich sein Es geht um einen Punkt, den ich herausstreichen möchte; Herr Lauri hat schon in diese Kerbe gehauen.

Zuerst einige Vorbemerkungen Ich bestreite nicht – und wahrscheinlich sind es viele in diesem Rat, die das nicht bestreiten –, dass zusätzliche Betreuungsplätze notwendig sind. Aufgrund gesellschaftspolitischer Entwicklungen besteht ein Bedürfnis, und diesem Bedürfnis müssen wir Rechnung tragen. Kollege Studer hat in diesem Zusammenhang ausgeführt, es sei auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, wie man entsprechende Bekenntnisse in Parteiprogrammen umsetze. Er hat damit natürlich die Umsetzung auf Bundesebene gemeint Es gibt aber auch andere staatliche Ebenen in diesem Staat die Kantone und die Gemeinden

Damit waren wir bei der Frage, wer diese Betreuungsplätze zu schaffen hat. Diese Frage wurde hier verschiedentlich angesprochen. Ich bin der Auffassung, dass es unter keinen Umständen der Bund sein kann, der solche Plätze zu schaffen hat. Dennoch trete ich für eine Anstossfinanzierung ein, weil man mit diesem Engagement, mit einem solchen Impulsprogramm, vonseiten des Bundes ein Signal setzen kann, dass die Politik den gesellschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen Rechnung tragen will und Rechnung tragen soll Ich bin mir bewusst, dass hier ein krasser Verstoß gegen die Grundsätze des neuen Finanzausgleiches vorliegt, und ich glaube auch nicht an diese «Schalmeien», die sagen Ja, einmal müssen wir das jetzt noch machen, aber wenn wir den neuen Finanzausgleich haben, werden wir uns

dann entsprechend verhalten Ich habe darauf verzichtet, einen Antrag zu stellen, dass dieser Beschluss ausser Kraft tritt bzw. neue Verpflichtungen nicht mehr eingegangen werden können, wenn der neue Finanzausgleich einmal in Kraft getreten sein sollte Denn ich bin davon überzeugt, dass es dannzumal Stimmen und Anträge gäbe, die genau diese Bestimmung wieder ausser Kraft setzen mochten Ich glaube aber, dass es richtig ist, wenn der Bund in dieser Beziehung – mit diesem «Impulsprogramm», diesem Anstoss, wie Herr Lauri gesagt hat – etwas macht Es ist richtig, dass es flächendeckend über die ganze Schweiz gemacht wird, aber im Sinne eines Impulses, nicht als Massnahme, die durch den Bund weitergeführt werden müsste Man kann natürlich auch Anstoss an einer solchen Anstossfinanzierung nehmen, und es gibt verschiedene, die das tun

Nun aber zu einem Punkt, der mir am Herzen liegt. Offenbar – wenn ich die Diskussion von heute Morgen anschau, musste ich zu einem anderen Schluss kommen – haben wir es hier nicht mit einer wichtigen Vorlage zu tun. Wenn dem nicht so wäre, so läge ein Verstoß gegen Artikel 147 der Bundesverfassung vor, der bestimmt «Die Kantone, die politischen Parteien und die interessierten Kreise werden bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse .. zur Stellungnahme eingeladen » Das ist nicht geschehen Wir haben es hier offenbar nicht mit einem wichtigen Erlass zu tun – Sie merken, ich meine das ironisch Wir haben es hier mit einem sehr wichtigen Erlass zu tun!

Dieser Verweis auf die Vernehmlassung ist nicht bloss ein formeller Verweis. Gerade bei diesem Erlass wäre eine Vernehmlassung von ganz grundlegender Bedeutung, Herr Lauri hat es angesprochen.

Es geht darum – das wurde heute Morgen verschiedentlich ausgeführt –, dass wir mit einer Anstossfinanzierung ein Netz aufbauen, das nach Wegfall der Bundesbeiträge tragfähig sein sollte, um diese Institutionen weiterzuführen Dabei kommt von mir aus gesehen die Hauptaufgabe den Kantonen zu, nicht unbedingt in finanzieller Hinsicht, aber jemand muss später für die Weiterführung dieser Institutionen verantwortlich sein. Diese Verantwortung liegt nach heutiger Aufteilung der Kompetenzen bei den Kantonen und Gemeinden.

Just die Kantone sind hier nicht einbezogen worden Ich benutze mich nicht mit der Erklärung der Konferenz der Kantonsregierungen Ich hatte gerne ein klares Bekenntnis der Kantone zu diesem Impulsprogramm des Bundes und damit auch dazu, dass die Kantone bereit sind, für die geschaffenen Institutionen nachher die Verantwortung zu übernehmen Herr Kollege Stahelin, das soll nicht allein finanziell geschehen, sondern in dem Sinne, dass auf kantonaler Ebene dafür gesorgt wird, dass ein entsprechendes tragfähiges Netz eingerichtet wird.

Wir haben in Artikel 3 des Gesetzentwurfes (Vorlage 1) eine Bestimmung, dass die langfristige Finanzierung gewährleistet sein muss. Diese langfristige Finanzierung kann nur gewährleistet sein, wenn ein entsprechendes Netz aus öffentlicher Hand, aus Arbeitgebern und aus Privaten entsteht. Das vermisste ich bei dieser Vorlage. Die Kommission hatte viel mehr in diese Richtung arbeiten müssen. Stattdessen bringt sie mit ihrem Antrag zu Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b noch eine Abschwächung der ursprünglichen Formulierung, die ausdrücklich verlangt hat, dass die langfristige Finanzierung «gewährleistet» ist – jetzt muss sie nur noch «gesichert erscheinen».

Dass hier das Problem liegt, das geht aus einem sehr sympathischen Schreiben des Schweizerischen Krippenverbandes hervor, das Sie wahrscheinlich auch erhalten haben Ich zitiere drei Stellen aus dem Brief vom 10 Juni 2002 Da heisst es einmal «Durch diese Impuls- und Starthilfe des Bundes konnte der berechnete Ruf nach Schaffung und Ausbau von Betreuungsplätzen in den Gemeinden nicht mehr ignoriert werden.» Daraus geht klar hervor – wahrscheinlich haben Sie ähnliche Erfahrungen aus Ihrem Umfeld –: Es ist diese Staatsebene, die eigentlich dafür verantwortlich wäre, aber offenbar nicht gewillt ist, dieses Bedürfnis zu befriedigen. Da nutzt es natürlich nichts, wenn wir

100, 200 oder 400 Millionen Franken zur Verfügung stellen, wenn nicht «unten» der Wille vorhanden ist, auch entsprechend zu wirken. Weiter heisst es in diesem Schreiben: «Jedenfalls würde Ihre Zustimmung die Arbeit derjenigen Verbände erleichtern, die sich schon seit vielen Jahrzehnten in diesem Bereich engagieren.» Natürlich wäre es so, aber diese Verbände sind nur ein Teil dieses Netzes, die übrigen Beteiligten sind offenbar nicht gewillt, entsprechend zu handeln.

Deshalb wäre es aus meiner Sicht ganz besonders wichtig gewesen, die Kantone zu fragen: Wie habt ihr es mit den Betreuungsplätzen? Diese Gretchenfrage müssten die Kantone in einem formellen Vernehmlassungsverfahren für sich und die Gemeinden beantworten; sie könnten dann auch darauf behaftet werden, wenn es darum geht, dass die Bundeshilfe ausläuft und andere Träger zur Verfügung stehen müssen.

Es gibt noch einen letzten Satz in diesem Schreiben, den ich zitieren möchte, um zu zeigen, dass auch ich der Auffassung bin, dass wir eine solche Anschubfinanzierung machen sollten. Es heisst: «Dieser Finanzbedarf darf jedoch nicht nur als Schuldenberatung behandelt, sondern soll als Investition in die Zukunft und den Nachwuchs unserer Gesellschaft betrachtet werden.» Auch ich glaube, dass es eine Investition ist, aber sie kann nur Früchte tragen, wenn sie langfristig ist und nicht einfach kurzfristig zu einer Entwicklung führt, für deren Fortsetzung keine weitere Garantie besteht.

Ich werde für Eintreten stimmen und dem Rückweisungsantrag Hess Hans zustimmen, weil ich gerne ein formelles Vernehmlassungsverfahren mit einer bindenden Antwort vonseiten der Kantone hätte. Dann wird sich zeigen, ob sie bereit sind, zu dem zu stehen, was eigentlich ihre Aufgabe wäre. Ob es letztlich die Kantone oder die Gemeinden sind, ist eine Frage des innerkantonalen Rechtes, es ist nicht Sache des Bundes, dies zu entscheiden.

Wenn Sie heute auf die Behandlung des Erlasses eintreten, werde ich bei Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Vorlage 1 beantragen, dem Entwurf der SGK-NR und dem Beschluss des Nationalrates zu folgen, weil diese Formulierung klarer und verpflichtender ist als der Antrag unserer Kommission.

Brändli Christoffel (V, GR): Ich glaube, wir haben es hier mit einer an und für sich unbestrittenen Aufgabe zu tun; diese Aufgabe muss in diesem Staat gelöst werden. Wir stehen aber auch in Diskussionen über den neuen Finanzausgleich, über die Zuständigkeiten in diesem Staat. Wir haben eine Bundesverfassung, die es zu beachten gilt; Herr Schmid hat darauf hingewiesen. Es ist meines Erachtens unbestritten, dass es sich hier primär um eine Aufgabe der Kantone und der Gemeinden handelt. Wenn heute hier vom Respekt gegenüber dem Föderalismus gesprochen wird – dieses Wort wird ja immer wieder in den Mund genommen –, dann muss man diesen Respekt auch wahren, wenn man belastet wird. Man darf nicht nur dann Respekt vor dem Föderalismus haben, wenn man etwas bekommt.

Der Bundesrat ist nun einen anderen Weg gegangen; er befürwortet dieses Impulsprogramm. Man kann darüber diskutieren, man kann dies auch auf bescheidenem Niveau tun, mit viermal 25 Millionen Franken, wie es jetzt vorgesehen ist. Aber was geschieht nun, nachdem der Bundesrat diesen Antrag gestellt hat? Es passiert das übliche Spiel des Geldverteilens: Der Nationalrat beschliesst 400 Millionen, die Mehrheit unserer Kommission beantragt 200 Millionen Franken; wir werden uns dann irgendwo dazwischen, wahrscheinlich bei 300 Millionen Franken, einigen. Dann werden einfach wieder 200 Millionen Franken mehr ausgegeben, als der Bundesrat beantragt und als richtig erachtet hat.

Wenn wir nun doch auf das Thema Schuldenbremse zurückkommen: Herr Stähelin hat gesagt, wir könnten beim Budget die Prioritäten setzen, und wir mussten die Prioritäten setzen. Das hat sehr schon getönt – aber was heisst das jetzt konkret? Gehen Sie einmal davon aus, dass wir 300 Millionen Franken für eine kantonale Aufgabe investieren oder ausgeben. Wir werden beim Budget mit einem Defizit von

vielleicht 1 bis 2 Milliarden Franken konfrontiert sein, das wir kompensieren müssen. Ich gehe davon aus, dass der Bundesrat irgendwelche Vorschläge macht, aber diese werden hier nicht akzeptiert. Vielleicht müssen wir dann linear kurzen, oder wir müssen sagen, woher wir das Geld nehmen. Wenn wir dannzumal die Prioritäten setzen, dann stehen wir vor der Frage: Kurzen wir bei den kantonalen Aufgaben oder bei den Bundesaufgaben? Ich meine, der Bund sei verpflichtet, seine Aufgaben primär, prioritar, zu erfüllen. Dann stehen wir im Dezember vor der Situation, dass wir konsequenterweise sagen müssen. Wegen der Schuldenbremse müssen wir das wieder streichen. Wir sind jetzt in der glücklichen Situation, dass wir mit einem Beschluss von 200 oder 300 Millionen Franken grosszügig sein können, aber nachher haben wir auch noch die finanzielle Pflicht zu erfüllen, indem wir die Prioritäten setzen.

Ich meine, wir dürfen hier die Sachzwänge im Hinblick auf die Schuldenbremse und das Budget nicht erhöhen. Ich möchte auch sagen, dass jene, die das hier tun, nachher auch bei allfälligen linearen Kürzungen in wichtigen Bundesaufgaben die Verantwortung für derart grosszügiges Handeln übernehmen müssen.

Ich meine, man kann dem Antrag des Bundesrates zustimmen, aber man geht damit bereits sehr weit. Sofern Sie eintreten, bitte ich Sie, nicht über den Antrag des Bundesrates hinauszugehen. Ich teile aber die Meinung von Herrn Schiesser; er hat das Ganze auf den Punkt gebracht. Es wäre wahrscheinlich schon sinnvoll, wenn wir hier noch eine Zwischenrunde einbauen und diese Frage mit den Kantonen noch einmal eingehend prüfen würden, vor allem auch wegen der längerfristigen Sicherung.

Berger Michèle (R, NE): J'aimerais m'étonner un peu des états d'âme de certains. J'aimerais dire qu'au fond, on remet en question ce projet parce qu'il n'y a pas eu de consultation des cantons. Est-ce que vraiment c'est nécessaire? M. Frick l'a rappelé tout à l'heure, ça n'est pas nécessaire puisque ce subventionnement doit être subsidiaire et ne peut être versé que si les places d'accueil sont financées, si elles ont une durabilité et si il y a un financement mixte, c'est-à-dire pas seulement des communes ou de l'Etat, mais également des privés.

J'aimerais dire qu'en tant que conseillère aux Etats neuchâtelaise, j'ai, avec M. Studer Jean, l'habitude de rencontrer le Conseil d'Etat avant la session parlementaire. Nous avons discuté de ce projet avec notre Conseil d'Etat. Celui-ci nous a soutenus et demandé d'adopter le projet. J'espère que mes collègues du Conseil des Etats se préoccupent aussi des finances dans leur canton lorsque nous avons à voter des projets d'envergure lors de notre session parlementaire. Je constate que certains collègues ont moins d'états d'âme lorsque nous devons faire des reports financiers sur les cantons. J'aimerais vous dire qu'on en a fait beaucoup, avec la formation et avec la santé. J'aimerais aussi vous dire que je m'étonne qu'on ne trouve pas d'argent pour des projets de politique familiale, alors que dans l'urgence, nous avons voté 2 milliards de francs pour Swiss. On trouve aussi de l'argent lorsqu'il faut changer, modifier ou augmenter le matériel militaire. On trouve aussi de l'argent pour tout ce qui relève de la formation professionnelle.

Alors, j'estime que cette dépense pour la politique familiale est prioritaire, qu'elle concerne le futur et que nous avons aussi une responsabilité de pouvoir permettre aux jeunes parents de concilier ce dont nous avons débattu tout à l'heure, la vie familiale et la vie professionnelle.

Stähelin Philipp (C, TG): Das Votum meiner Vorrednerin bringt mich doch dazu, auch nochmals ganz kurz zu sprechen.

Ihr Votum geht dahin, dass es gar nicht nötig gewesen wäre, hier die Kantone zur Vernehmlassung einzuladen. Ich teile diese Auffassung ganz klar nicht, denn wir haben hier etwas unterlassen, das wir hatten tun sollen. Aber, in aller Kürze. Ich meine, es handle sich um eine lässliche Sunde, wir mus-

sen die Geschichte deshalb nicht an die Kommission zurückweisen. Ich bin der Auffassung, dass wir den Fehler tatsächlich im Laufe des Differenzbereinigungsverfahrens korrigieren können. Mit dem Nationalrat werden wir das Geschäft so oder so im September 2002 wieder auf dem Tisch haben, wir haben also Zeit. Der Nationalrat als Erstrat kann das tun, und wir können das notfalls selber auch noch einmal tun.

Ich bitte Sie in diesem Sinne weiterhin, einzutreten und nicht Rückweisung an die Kommission zu beschliessen.

Cornu Jean-Claude (R, FR). Je n'avais pas prévu d'intervenir dans ce débat, bien que ce fût sans grand enthousiasme que j'étais disposé à entrer en matière sur ce projet.

Ce projet, cela a déjà été dit dans le long débat de ce matin, me semble d'abord pécher par le fait qu'il est en parfaite contradiction avec la nouvelle péréquation financière que l'on est en train de mettre en place au niveau fédéral, qui vise à désenchevêtrer les participations multiples de la Confédération et des cantons, surtout dans des domaines où la compétence primaire est relativement claire. Et là, je crois que la compétence primaire en matière de structures pour la petite enfance est clairement l'affaire des cantons, voire des communes.

Cela dit, je ne voyais pas trop non plus l'intérêt de la proposition Hess Hans de renvoi à la commission, jusqu'à ce qu'on nous fasse remarquer qu'effectivement – et on aurait pu s'en rendre compte plus tôt – il n'y avait pas eu de consultation formelle des cantons, voire des communes, au sujet d'un projet qui aura, après les deux ou trois premières années, des conséquences énormes pour les cantons, les collectivités locales et, précisément, les communes.

Indépendamment de ce problème formel de répartition des tâches, l'autre difficulté qui était la mienne par rapport à ce projet, était qu'en fait, ce programme incitatif me semblait dangereux parce qu'il revenait pratiquement à transmettre la part de la Confédération comme une patate chaude aux cantons, aux collectivités locales et communales. Je décline mes intérêts ici, qui devraient pourtant me faire plaider dans un sens contraire. Je suis président du Réseau Santé de la Glâne qui, entre autres, a une garderie depuis des années, laquelle a d'abord été une garderie d'institution, puis est devenue une garderie publique pour notre région. Je me suis aussi battu dans notre région pour que les communes, sur la base de la loi fribourgeoise sur l'accueil de la petite enfance, assument leurs responsabilités, prennent en charge leur part du financement des crèches-garderies, des haltes-garderies dites «mamans de jour». Je dois dire que si un petit canton modeste, sous l'angle financier, comme celui de Fribourg et en plus, dans le canton de Fribourg, une modeste région rurale comme celle de la Glâne, a réussi au cours de ces dernières années, selon un modèle qui mérite encore d'être perfectionné, à prendre ses responsabilités en la matière, je ne voyais pas ce que la Confédération pouvait faire. Plus précisément, je craignais que ces incitations financières aillent finalement non pas à ceux qui ont déjà pris leurs responsabilités – ce n'était pas le but de la loi –, mais surtout à des cantons qui ont bien plus de moyens financiers et qui pourraient spontanément, motu proprio, assumer leurs tâches en la matière.

Toutefois, dans la mesure où, comme cela a déjà été dit et répété, les conséquences effectives de ce programme d'incitation seront à la charge des cantons et des collectivités à l'avenir, je trouve la proposition qui est faite maintenant de renvoi à la commission pour qu'elle procède à une consultation tout à fait judicieuse. Ce n'est pas une attaque contre le projet sur le fond, ce n'est pas non plus une mesure d'attermoiement. La Commission de l'économie et des redevances est arrivée, par exemple par rapport au paquet fiscal en faveur de la famille, avec un minimum de bonne volonté, à organiser une consultation auprès des cantons dans des délais extrêmement brefs, ç'a été l'affaire de trois à six mois. Je crois que, dans le cas présent, on ne retarderait pas trop la procédure en allant dans ce sens-là.

Je vous invite à adopter la proposition de renvoi Hess Hans après avoir décidé d'entrer en matière.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Ich möchte mich vorab zum Rückweisungsantrag Hess Hans äussern, zu dem ich für die Kommission noch nicht gesprochen habe. Herr Hess begründet seinen Rückweisungsantrag damit, dass er uns zwei Aufträge geben will.

1. Er bittet uns zu prüfen, ob man nicht auch alle bereits bestehenden Krippenplätze subventionieren sollte. Er will also nicht, dass nur die neuen finanziert werden, also für kurze Zeit eine besondere Unterstützung erhalten. Er möchte die Giesskanne auch über die bisherigen Plätze halten. Es kann nicht der Sinn des Gesetzes sein, dass wir funktionierende Krippenplätze nochmals für drei Jahre – und drei Jahre ist ja die Höchstgrenze – subventionieren. Das ist nicht der Sinn des Gesetzes! Wir wollen dort, wo die Krippenplätze bisher nicht angelaufen sind, einen Anstoss geben, dass sie in eine erfolgreiche Zukunft starten können.

Herr Hess hat dieses Ansinnen mit allfälligen Umgehungsmöglichkeiten begründet. Selbstverständlich bestehen diese immer: Jemand kann versuchen, eine bestehende Krippe zu schliessen und dieselbe Krippe mit neuer Trägerschaft zu eröffnen. Das aber wäre ganz klar ein Missbrauch. Es wird nötig sein, dass das Eidgenössische Departement des Innern dort, wo es Anzeichen für solche Missbräuche gibt, eine Prüfung vornimmt und allenfalls die Unterstützung verweigert. Wir haben noch nie eine begründete Aufgabe nicht an die Hand genommen, nur weil die Gefahr bestand, dass die Institution missbraucht werden könnte. Nein, es ist Führungsaufgabe des Departementes, diesen Missbräuchen, sollten sie auftreten, entschieden entgegenzutreten.

2. Herr Hess führt an, wir müssten überprüfen, ob das Geschäft angesichts der Schuldenbremse budgetvertraglich sei. Wir müssen aufgrund der Schuldenbremse im Rahmen des Budgets alle neuen Aufgaben überprüfen. Das ist unsere Aufgabe. Die Schuldenbremse bedeutet aber nicht, dass wir keine neuen Aufgaben an die Hand nehmen dürfen, sondern sie bedeutet, dass wir in unseren Mitteln limitiert sind. Wenn wir eine neue Aufgabe erfüllen wollen, müssen wir uns anderswo einschränken. Im Rahmen des Gesamtbudgets ist die Lösung zu finden, und die 50 bzw. 25 Millionen Franken pro Jahr entsprechen im Gesamtbudget einem oder einem halben Promille. Es ist also kein Problem, die Aufgabe im Rahmen des Gesamtbudgets zu erfüllen, auch wenn wir der Schuldenbremse Rechnung tragen.

Ich sehe auch einen Widerspruch in den beiden Begründungen: Einerseits verlangt man Streusubventionierung für alle bestehenden Krippenplätze, andererseits reklamiert man, dass das Budget zu sehr strapaziert werde.

Ein dritter Grund, der in der Diskussion aufgetaucht ist, die fehlende Vernehmlassung, ist in der Tat ein ernsthafter Grund, den wir anschauen müssen. Der Nationalrat hat die Vernehmlassung vergessen, und wir haben dies zu spät gemerkt. Wir bedauern das und entschuldigen uns dafür.

Nun wissen wir aber, dass die inoffiziellen Äusserungen aus der Konferenz der Kantonsregierungen und der zuständigen Regierungsräte positiv lauten. Wir wissen auch, dass die Vernehmlassungsantwort überwiegend eine zustimmende sein wird. Das Argument allerdings, das Herr Schiesser anführt, ist ernst zu nehmen: Die Kantone sollen sich durch eine positive Vernehmlassungsantwort politisch positiv verpflichten. Dieses Argument ist zutreffend.

Nun schauen wir aber die Zeitverhältnisse an: Wir entscheiden jetzt, Mitte Juni. Der Nationalrat hat bis zur Beratung der Differenzbereinigung drei Monate Zeit. In diesen drei Monaten kann die Vernehmlassung formell korrekt nachgeholt werden, diese Zeit genügt durchaus. Ich möchte Sie bitten, nicht aus formellen Gründen eine Vorlage, die wir inhaltlich unterstützen, zu verzögern. Diese Verzögerung ist nicht nötig, wir können den Mangel auch anderweitig «heilen». Ich habe ohnehin hin und wieder den Eindruck erhalten, dass eine Rückweisung an die Kommission der Anfang einer Ablehnung sein könnte. Treten wir dem entgegen. Die Rück-

weisung aus diesem formellen Grund der fehlenden Vernehmlassung ist nicht nötig; diesem Mangel kann abgeholfen werden

Den beiden Punkten, mit denen Herr Hess seinen Antrag auf Rückweisung an die Kommission begründet, kann ich – ich habe es dargelegt – sachlich nicht zustimmen

Gestatten Sie mir noch ein Wort zur ganzen Problematik der Anstossfinanzierung. Wir sind uns alle einig, wie wir heute erklärt haben, dass die Schaffung von Krippenplätzen unterstützt werden muss. Es braucht mehr Krippenplätze. Das ist kein Schutz der Doppelverdiener. Ich meine, dass bei den meisten Doppelverdienern aus wirtschaftlicher Notwendigkeit beide Elternteile einer Arbeit nachgehen und nicht aus blosser Lust, das Haus zu verlassen. Wenn wir nicht für mehr Krippenplätze sorgen, treffen wir die sozial Schwachen, die Familien mit kleinen Einkommen. In Familien mit kleinen Einkommen in der Schweiz darf es nicht sein, dass Kinderhaben ein finanzielles Risiko, ja sogar ein Existenzrisiko wird und so zum Risiko für die Kinder, weil sie nicht betreut werden und auf der Gasse stehen, weil die Eltern arbeiten müssen.

Eine Anstossfinanzierung beinhaltet immer auch ein Risiko. Hätten wir bereits die Sicherheit, dass das System funktioniert, müssten wir keine Anstossfinanzierung leisten. Aber wir leisten sie auf drei Jahre im Bewusstsein, dass eine grosse Chance besteht, dass die Sache nachher selber weiterläuft. Aber ein kleines Risiko ist auch immanent, dass in einzelnen Krippen die Sache nachher stehen bleibt. Doch der Versuch ist nötig.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, der Vorlage gemäss der Kommission zuzustimmen und von einer Rückweisung abzusehen. Die Rückweisung bringt nur eine Verzögerung aus einem formellen Grund, der anderweitig behoben werden kann.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Vous comprendrez que face au projet issu d'une initiative parlementaire, j'observe une certaine réserve dans la discussion.

L'initiative est venue du Parlement dans un domaine qui n'est pas naturellement et spontanément de la responsabilité sur le plan fédéral. Il s'agit de la volonté d'encourager dans le pays un mouvement favorable aux familles, jugé largement nécessaire par les milieux les plus divers. Je ne peux que me réjouir de voir des revendications, formulées par certains milieux pour l'ensemble de la société depuis 20, 30, 40 ou 50 ans, recueillir aujourd'hui des majorités larges. Il est clair que des revendications pour davantage de structures d'accueil pour la petite enfance étaient minoritaires il y a encore quelques générations. On donnait même à ces revendications une coloration qui finalement ne relevait pas de la politique familiale au sens noble du terme. On y voyait plutôt une béquille pour des familles en situation extrême. Je me réjouis de voir que cela n'est plus le cas.

De temps en temps, les vieilles pensées resurgissent, mais fondamentalement j'ai entendu ce matin qu'il appartient à l'Etat, au sens le plus large du terme, de veiller à ce que les ressources soient mises à disposition pour que des structures d'accueil existent. Et cela me paraît un progrès remarquable qui cependant continue à se heurter, dans les communes, dans les cantons, dans les entreprises mêmes, quels que soient les discours, à des difficultés pratiques. Notamment, comme cela a souvent été dit, ces besoins arrivent rarement en tête des priorités au niveau du budget, même si on les reconnaît comme prioritaires sur le plan politique.

Le Parlement a voulu faire deux choses avec ce projet. D'abord, prendre clairement position en faveur de la responsabilité de la collectivité envers les familles de créer des places d'accueil. Je dirai que cela revêt presque le caractère déclamatoire, mais dans le bon sens du terme, d'une déclaration politique. Le temps où l'on croyait que l'on pouvait faire l'impasse sur ce besoin des familles est passé. Nous voulons manifester par là clairement que cette responsabilité existe, qu'on ne peut pas laisser les familles seules. Il y a

une tâche qu'elles ne peuvent remplir qu'avec l'aide que la collectivité.

Le Conseil fédéral s'associe absolument au Conseil national. Oui, il faut dire qu'il est normal dans une société moderne que l'on offre des structures d'accueil pour l'enfance et la petite enfance. Il est normal dans une société moderne que l'on considère que l'horaire des enfants en âge scolaire soit compatible, dans une certaine mesure, avec l'horaire de personnes qui suivent une activité professionnelle. Il est normal dans une société moderne que cette activité professionnelle ne repose pas seulement sur le besoin, mais également sur le libre choix de vie d'une famille. Sur ce plan-là, le Conseil fédéral a tenu à s'associer à cet effort en publiant l'avis positif du 27 mars 2002 que vous avez reçu.

Ensuite, il y a l'autre aspect. Certes, les déclarations, c'est très bien, c'est formidable. Mais c'est fou ce qu'on est crédible si on se contente de déclarer des choses! Il faut quand même aussi, sinon payer de sa personne, du moins inscrire un crédit au budget et montrer que la chose est suffisamment sérieuse pour que l'on fasse quelque chose dans ce domaine. Et c'est en fait là que se pose la question soulevée par M. Hess Hans, la question des moyens, mais que l'on peut trancher ici sans avoir à retourner en commission. C'est-à-dire: de combien de moyens voulons-nous disposer pour cette tâche? Ce n'est pas une tâche prioritaire de la Confédération mais c'est, encore une fois, une tâche collective que la Confédération ne peut pas considérer avec indifférence en disant: «Ce n'est pas de notre responsabilité, donc nous nous en fichons de savoir ce qui se passe dans les cantons, les communes, les quartiers, etc.» Mais cette question est difficile parce qu'il faut descendre du niveau où l'on parle de la vision de la société, du rôle et de la responsabilité de la collectivité envers les familles, pour commencer à faire les comptes. C'est ce que M. Hess souhaite que nous fassions.

J'ai regardé M. Hess avec un froncement de sourcils quand il citait Mme Metzler, conseillère fédérale, uniquement parce que ma collègue a dit – et les lapsus sont toujours permis, j'en fais moi-même beaucoup – que le groupe de travail interdépartemental prendrait les «décisions». Il est évident que ce n'est pas un groupe de travail interdépartemental qui prend les décisions. Il n'a que la lourde tâche de nous les proposer et le Conseil fédéral décide ensuite. Mais il est vrai que nous rabaçons certains de nos budgets. Il est vrai que nous veillons pour chaque rubrique budgétaire nouvelle à examiner si elle fait partie d'une priorité 2a ou 2b et de combien elle peut être dotée.

C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral a dit que le signal ne peut pas être uniquement verbal, mais doit être aussi financier. Avec notre solution, qui est, malheureusement, de diviser par quatre le crédit d'engagement prévu par le projet de la commission, nous pouvons trouver une place dans le budget de la Confédération, compte tenu du frein à l'endettement.

Mais nous sommes aussi tout à fait conscients que ce n'est qu'un premier pas, même s'il est clair, à nos yeux, que le programme doit être limité dans le temps. Il s'agit d'accumuler pour la première période de quatre ans une expérience qui nous permettra peut-être, dans une deuxième période, de faire davantage. Il est clair qu'il y a une différence entre l'ambition du projet de la commission, qui est de provoquer la création de 85 000 places d'accueil supplémentaires, et la version du Conseil fédéral, qui est bien sûr beaucoup plus modeste puisqu'elle ne prévoit la création que de 20 000 places d'accueil supplémentaires.

Mais les 20 000 places d'accueil supplémentaires, nous devrons – et là je reprends ce que disait Mme Saudan – les apprécier depuis un bureau de Berne. Cela n'est pas très facile, car nous sommes éloignés du terrain. Nous devons donc le faire en collaboration avec le canton, avec la commune, avec les promoteurs de tout type, c'est une tâche que nous aurons à cœur de faire avec toute la qualité nécessaire. Or, pour commencer, nous avons le sentiment que 25 millions de francs devraient suffire. Je tiens pourtant à le dire clairement, ces 25 millions de francs ne suffiraient pas

par rapport aux besoins réels, mais ils devraient permettre à la Confédération de développer une pratique qui soit utile, ensuite, pour une deuxième phase de quatre ans

La question de la consultation des cantons n'est pas de notre responsabilité puisque le projet a été mis au point par le Parlement, mais nous aurions peut-être dû attirer votre attention là-dessus. La procédure n'est pas très correcte envers les cantons, étant donné les obligations qui leur incombent ensuite dans la réalisation de ce programme d'impulsion. Il n'est pas très juste de dire que si le montant est moins important, la décision est moins grave, parce qu'il faut calculer chaque fois ce que ça signifie matériellement comme obligation ultérieure. Sur ce plan-là, je crois que je dois renoncer à prendre position dans cette discussion. La proposition du Conseil fédéral à l'article 1er du projet 2 permet de mettre en place sans problème avec les cantons une pratique qui puisse les satisfaire et puisse tenir compte, le cas échéant, de leurs réticences. Nous pourrions ainsi réaliser sans la moindre difficulté le mandat que nous donnerait le Parlement.

Une dernière remarque, Monsieur Hess. Un programme d'incitation ou d'impulsion nécessite, à mon avis, toujours que la décision soit prise rapidement. Parler longtemps d'un programme d'impulsion comporte le risque que, pendant ce temps, les choses se figent même sur le plan cantonal, au motif qu'on attend de voir ce qui se passe au niveau fédéral. On préfère alors attendre de voir quelles conditions seront proposées. C'est certainement quelque chose de très malsain. C'est une raison supplémentaire que je vois pour dire qu'un renvoi contribue à provoquer une insécurité, une attente. Dans ce sens-là, face aussi aux inquiétudes qui ont été exprimées dans cette salle, il vaudrait à mon avis beaucoup mieux dire clairement: «Voilà le tarif auquel nous arrivons pour aider les cantons à travailler dans ce domaine, nous prenons la décision maintenant. Voilà la direction dans laquelle nous voulons aller.» Et puis y aller, plutôt que de surseoir encore une fois à une décision dans ce Conseil.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Le président (Cottier Anton, président): Wir stimmen über den Rückweisungsantrag Hess Hans ab.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Hess Hans 12 Stimmen
Dagegen ... 29 Stimmen

1. Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

1. Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extrafamilial pour enfants

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 2

. Gebietskörperschaften, Arbeitgeber oder andere Dritte sich ebenfalls .

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 2

. de droit public, d'employeurs ou d'autres tiers fournissent

Angenommen – Adopté

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Ausgabe 33 Stimmen
Dagegen 2 Stimmen

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise*

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 3

Antrag der Kommission

Abs. 1

...

b. deren Finanzierung langfristig, mindestens aber für sechs Jahre, gesichert erscheint; und
c. welche den kantonalen Qualitätsanforderungen genügen.

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 3

Proposition de la commission

Al. 1

b. dont le financement paraît assuré à long terme, et pour une durée de six ans au moins; et
c. qui répondent aux exigences cantonales de qualité

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission. Ich möchte mich zu den Buchstaben b und c von Artikel 3 Absatz 1 äussern. In Absatz 1 ändern wir die Fassung des Nationalrates, der schreibt, die langfristige Finanzierung der Kindertagesstätten müsse gewährleistet sein, in zwei Punkten. Wir definieren die Langfristigkeit mit mindestens «sechs Jahren» und ersetzen den Ausdruck «gewährleistet ist» durch «gesichert erscheint».

Zu Buchstabe b. Inhaltlich ist die Dauer eine Präzisierung. Wir finanzieren die Krippenplätze im Sinne eines Anstosses während maximal drei Jahren, wollen aber deren Überleben für mindestens sechs Jahre gesichert wissen. Den Ausdruck «gewährleistet ist» ersetzen wir durch den Passus «gesichert erscheint» – Herr Schiesser ist in seinem Votum im Rahmen der Eintretensdebatte darauf eingegangen.

Inhaltlich wollen wir die Fassung des Nationalrates nicht ändern. In seiner Begründung zu Artikel 3 Absatz 1 hält der Bericht der SGK des Nationalrates dazu fest: «Damit soll vermieden werden, dass die Einrichtung nach Ablauf der Finanzhilfe, die ja höchstens für drei Jahre gesprochen werden kann, wieder geschlossen werden muss. Um die langfristige Finanzierung zu belegen, wird die gesuchstellende Institution z. B. einen Businessplan, eine Bedarfsabklärung usw. vorlegen müssen. Es wird aber keine Garantie im Rechtssinn verlangt, sondern es genügt, dass im Gesuch

glaubhaft dargelegt wird, wie die Finanzierung auch langfristig erfolgen kann.» Wenn das Überleben der Institution nur anhand eines Businessplanes glaubhaft gemacht werden muss, dann ist das Wort «gewährleisten» einfach falsch. Wir haben es daher ersetzt und wählten einen Begriff, wonach das Überleben «gesichert erscheinen» muss. Inhaltlich bleiben wir bei der Fassung des Nationalrates, aber wir geben diesem Inhalt eine adäquate sprachliche Form.

Zu Buchstabe c: Der Nationalrat verlangt, dass die Krippeninstitutionen Qualitätsanforderungen genügen. Er sagt aber nicht, welchen. Prioritär ist es Aufgabe der Kantone, Krippenplätze einzurichten. Es ist daher auch primär Aufgabe der Kantone, die Qualitätsanforderungen zu definieren. In der Kommission wurde uns von der Verwaltung dargelegt, dass es durchaus möglich sei, dass die Kantone und der Bund bei ihrer Hilfe Qualitätskriterien festlegen würden, die sogar unterschiedlich sein könnten. Die Kommission lehnt das ab. Es soll eine einzige Art von Qualitätsanforderungen geben, und diese sind von den Kantonen als den primär zuständigen Instanzen festzulegen – darum unser Änderungsantrag zu Buchstabe c.

Wir bitten Sie um Zustimmung.

Schiesser Fritz (R, GL). Ich habe in meinem Eintretensvotum gesagt, dass ich den Antrag stellen werde, bei der Fassung des Nationalrates zu bleiben. Nach den Erklärungen des Präsidenten verzichte ich darauf. Es geht mir aber darum, dass in den Materialien und insbesondere im Amtlichen Bulletin festgehalten ist, dass die Anforderungen an die Finanzierung, die nach dem Antrag der Kommission für mindestens sechs Jahre gesichert sein muss, in der Praxis hoch angesetzt werden sollen, weil es darum geht, dass von den knappen Mitteln nicht noch ein Teil in Projekte investiert wird, deren Langfristigkeit nicht gesichert ist. Das hiesse dann, das Geld zum Fenster hinauszuerwerfen. Mein Anliegen ist es, dass hier in der Praxis ein strenger Massstab angelegt wird. Dann, so glaube ich, kann die Zahl der Fälle, in denen neu eingerichtete Institutionen nicht weiterexistieren können, gering gehalten werden.

Angenommen – Adopté

Art. 4

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3

... dabei wird eine ausgewogene regionale Verteilung angestrebt.

Art. 4

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3

... ordre de priorité en cherchant autant que possible à répartir ces derniers de manière équilibrée entre les régions.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: In Absatz 3 bringen wir mit der neuen Formulierung zum Ausdruck, was aufgrund der Materialien bereits der Wille des Nationalrates war: In der Schweiz sollen in allen Regionen Krippenplätze erstellt werden und nicht bloss beispielsweise in den Agglomerationen. Unsere Formulierung bringt das deutlicher zum Ausdruck.

Angenommen – Adopté

Art. 5

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

... Betriebskosten und dürfen pro Platz und Jahr 5000 Franken nicht übersteigen.

Minderheit

(Studer Jean, Brunner Christiane)

... Betriebskosten und dürfen pro Platz und Jahr 8000 Franken nicht übersteigen

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 5

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

... et d'exploitation, mais ne peuvent excéder 5000 francs par place et par an

Minorité

(Studer Jean, Brunner Christiane)

... et d'exploitation, mais ne peuvent excéder 8000 francs par place et par an

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 1 – Al. 1

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Die Mehrheit ist der Ansicht, dass 5000 Franken als ein Drittel der möglichen Kosten genügen müssen. Das ergibt 15 000 Franken pro Betreuungsplatz und Jahr, d. h. 1250 Franken pro Monat. Das muss genügen, wenn Kinder in Sechser- bis Achtergruppen zusammengefasst werden. Es genügt sowohl für die Betriebs- als auch für die Personalkosten.

Studer Jean (S, NE). C'est un peu une question de cohérence. La commission du Conseil national a demandé une étude pour connaître le coût des différentes formes d'accueil, que ce soit au moment de l'investissement ou dans le cadre du fonctionnement. Cette étude mentionne qu'on peut, s'agissant des crèches, retenir un coût annuel de l'ordre de 24 000 francs. C'est la raison pour laquelle on a estimé qu'en bonne arithmétique, 24 000 francs divisés par trois faisaient 8000 francs.

Alors, je trouve un peu incohérent de dire au début de la phrase de l'alinéa 1er que les aides financières couvrent un tiers, alors qu'on sait dans cette Chambre que ce tiers ne représente pas 5000 francs, mais 8000 francs.

Je crois que, M. Schiesser nous l'a dit, des exigences très claires et très fermes ont été posées pour définir les bénéficiaires de l'aide de la Confédération, en particulier pour prendre en considération le fait qu'il est nécessaire d'assurer le maintien des nouvelles places d'accueil pendant une durée de six ans. Une fois cette exigence réalisée, si on veut vraiment en rester au tiers et si on veut vraiment admettre que les études que le Parlement commande ont un sens, on n'a pas d'autre choix que d'admettre que 24 000 francs divisés par trois égalent 8000 francs.

C'est pour cette raison que je vous invite à soutenir la proposition de la minorité de la commission, pour qu'on ait quand même un minimum de relation entre le tiers du début de la phrase et la somme qui est à la fin de la phrase en question.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale. M. Studer a raison lorsqu'il cite l'étude qui a été demandée. L'administration a aussi collaboré, sur mandat, à la formulation elle-même et elle est arrivée à des chiffres annuels supérieurs à ceux qui viennent d'être mentionnés par le rapporteur, selon le type de place d'accueil. On part de l'idée qu'une place peut coûter 8000 francs pour un accueil collectif de jour, mais seulement 2500 francs pour prendre le repas de midi dans une cantine, pour l'aide aux devoirs, etc., et 5000 francs pour l'accueil pour des écoles à horaire continu. En voyant la différence entre ces chiffres, la différence aussi entre les structures, je dois dire que si vous créez une divergence avec le Conseil national, je me rallierai plutôt à la décision du Conseil national dans l'idée que ce n'est pas dans la loi qu'il faudrait fixer vraisemblablement un tel plafond.

Pour toute une série d'institutions, 8000 francs, selon la proposition de minorité Studer Jean, c'est excessif, mais pour d'autres institutions 5000 francs, selon la proposition de la majorité de la commission, ce n'est pas suffisant, et on ne parle pas ici d'une moyenne, mais de couvrir au maximum un tiers des frais. A mon avis, ces aspects ont leur place dans une ordonnance. En d'autres termes, je ne peux ici que confirmer la justesse des chiffres énoncés par M. Studer et poser la question de savoir si c'est effectivement au niveau de la loi qu'on doit fixer un plafond en francs. La commission en a fait la proposition. En cas de divergence, je tenais tout simplement à dire que je ne me rallierai pas forcément à la décision de votre Conseil.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 29 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 6 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

Art. 6–8

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 9

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Zustimmung zum Antrag des Bundesrates

Art. 9

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Adhérer à la proposition du Conseil fédéral

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: In Absatz 2 folgen wir dem Bundesrat und beschränken die Dauer auf acht Jahre. Das entspricht zwei Finanzplanperioden und ist auch angemessen. Wir sind überdies der Überzeugung, dass eine Anstossfinanzierung in einem möglichst beschränkten Zeitrahmen erfolgen soll. Das ist bei acht Jahren der Fall. Wir wollen einen Anstoss geben, aber wir wollen nicht ein «Providurium» auf Jahrzehnte einrichten.

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes ... 31 Stimmen

Dagegen 4 Stimmen

2. Bundesbeschluss über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

2. Arrêté fédéral concernant les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

... 200 Millionen Franken .

Minderheit I

(Jenny, Beerli, Brändli, Forster, Saudan, Spoerry)

Zustimmung zum Antrag des Bundesrates

Minderheit II

(Studer Jean, Brunner Christiane)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

... de 200 millions de francs . . .

Minorité I

(Jenny, Beerli, Brändli, Forster, Saudan, Spoerry)

Adhérer à la proposition du Conseil fédéral

Minorité II

(Studer Jean, Brunner Christiane)

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 1 – Al. 1

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Die Mehrheit schlägt Ihnen vor, eine Anstossfinanzierung von viermal fünfzig Jahren zu sprechen. (*Heiterkeit*) Wir kehren zu Zeiträumen zurück, die ich überblicken kann. Es handelt sich um eine Anstossfinanzierung von viermal 50 Millionen Franken. Die Zahl von 200 Millionen Franken hat eine Relation zur Zahl von 5000 Franken – der Unterstützung pro Krippenplatz –, welche wir vorher beschlossen haben. Mit 50 Millionen Franken pro Jahr können wir minimal 10 000 Plätze unterstützen. Wenn das Maximum von 5000 Franken nicht ausgeschöpft wird, werden es mehr Plätze sein. Gehen wir also von rund 13 000 Plätzen aus, die wir während dreier Jahre finanzieren können. Wenn wir das während nochmals dreier Jahre tun, können wir mit diesem Bundesbeschluss neue Krippenplätze in der Grossenordnung von 25 000 bis 28 000 Stück schaffen helfen. Das ist immerhin mindestens bzw. fast ein Drittel der zusätzlichen 80 000 bis 90 000 Krippenplätze, die wir als notwendig erachten. Wir finanzieren also mit dieser Anstosshilfe zusätzlich ein Drittel davon. Das scheint uns angemessen zu sein. Wenn Sie 400 Millionen Franken sprechen, verdoppeln Sie den von der Mehrheit eingesetzten Betrag. Es erscheint der Mehrheit kaum möglich, dass wir praktisch alle Krippenplätze «anschieben» können, die in der Schweiz überhaupt noch geschaffen werden sollten. Die Minderheit II möchte das tun. Wenn wir hingegen der Minderheit I folgen, schaffen wir nur eine sehr beschränkte Zahl von Krippenplätzen, nämlich die Hälfte dessen, was Sie mit dem Antrag der Mehrheit erreichen können. Mit dem Antrag der Mehrheit können in den nächsten sechs bis acht Jahren rund 25 000 bis 28 000 Plätze geschaffen werden, mit dem Antrag der Minderheit I ist es nur die Hälfte dieser Plätze. Damit erreichen wir kaum das Ziel, eine erhebliche Anzahl zusätzlicher Krippenplätze zu schaffen. Die Minderheit I beschränkt sich daher aufgrund des finanziellen Rahmens, der für den Bund durchaus eng ist, nach Ansicht der Mehrheit zu stark. Ich darf Ihnen allerdings sagen, dass die Abstimmungen in der Kommission recht knapp ausgefallen sind: Die Mehrheit hat gegenüber der Minderheit I lediglich mit 7 zu 6 Stimmen obsiegt. Ich ersuche Sie, diese Mehrheit in unserem Rat deutlicher zu machen.

Jenny This (V, GL). Die Meinungen sind gemacht. Ich verzichte darum auf weit reichende Ausführungen. Ich möchte Sie lediglich bitten, der Minderheit I – viermal 25 Millionen Franken – zuzustimmen.

Studer Jean (S, NE). Je vais essayer de ne pas faire long après l'intervention de M. Jenny, mais je veux mentionner deux faits.

1. La Ville de Zurich dépense chaque année 25 millions de francs pour les crèches. C'est ce que propose la minorité I (Jenny) pour l'ensemble de la Confédération.

2. J'ai lu la semaine passée qu'à Genève, il manquait environ 2500 places d'accueil dans des crèches pour l'ensemble du canton. Ces 2500 places, c'est en gros ce que permettrait de créer les 25 millions de francs que la minorité I défend.

A l'évidence, on ne peut pas, sur le plan de la Confédération, allouer les mêmes subventions qu'à Zurich pour satisfaire les besoins qu'à Genève. Je crois que M. Schmid avait raison quand il disait: «Si on veut un programme d'impulsion, à ce moment-là, il faut donner les moyens nécessaires pour atteindre le but qu'on se fixe.» M. Frick, rapporteur de la commission, a bien dit quelles étaient les attentes en termes de nouvelles places d'accueil que chacun des montants discutés permettait de satisfaire.

C'est dans cette optique, pour remédier à ce que chacun dénonce, à savoir un manque d'environ 80 000 places d'accueil dans les crèches de ce pays, que je vous invite à soutenir la proposition de la minorité II (Studer), donc à adhérer à la décision du Conseil national qui est cohérente par rapport à l'objectif du projet de débloquer 400 millions de francs sur une période de quatre ans.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je n'ai rien à ajouter, si ce n'est pour dire que j'arrive à peu près à trouver une place dans le budget de mon département, pour ce montant-là. Pour un montant plus élevé, je suis obligée de trouver des compensations, et je ne sais pas où!

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Minderheit I ... 19 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II ... 19 Stimmen

*Mit Stichentscheid des Präsidenten
wird der Antrag der Minderheit I angenommen.
Avec la voix prépondérante du président
la proposition de la minorité I est adoptée.*

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit ... 22 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I ... 17 Stimmen

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Ausgabe ... 25 Stimmen
Dagegen ... 7 Stimmen

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht.
La majorité qualifiée est acquise.*

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes ... 23 Stimmen
Dagegen ... 5 Stimmen

00.3469

**Motion Janiak Claude.
Rahmengesetz
für eine schweizerische
Kinder- und Jugendpolitik**

**Motion Janiak Claude.
Loi-cadre relative
à une politique suisse
de l'enfance et de la jeunesse**

Einreichungsdatum 27.09.00

Date de dépôt 27.09.00

Nationalrat/Conseil national 26.11.01

Bericht WBK-SR 09.04.02

Rapport CSEC-CE 09.04.02

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.02

Antrag der Kommission

Mehrheit

Überweisung als Postulat

Minderheit

(Stadler, Beerli, Berger, Langenberger)

Überweisung der Motion

Proposition de la commission

Majorité

Transmettre la motion sous forme de postulat

Minorité

(Stadler, Beerli, Berger, Langenberger)

Transmettre la motion

Bieri Peter (C, ZG), für die Kommission. Das Anliegen eines Rahmengesetzes für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik geht auf die Motion Janiak im Nationalrat zurück. Der Nationalrat hat die Motion mit 89 zu 63 Stimmen als Motion überwiesen. Der Bundesrat beantragt jedoch, die Motion als Postulat zu überweisen. Die Mehrheit der WBK, die mit dem Stichentscheid des Präsidenten zustande gekommen ist, beantragt Ihnen, dem Bundesrat zu folgen. Eine Minderheit der Kommission, angeführt von Kollege Stadler, möchte in diesem Entscheid dem Nationalrat folgen.

Worum geht es bei diesem Anliegen? Artikel 11 der Bundesverfassung befasst sich mit dem Schutz der Kinder und Jugendlichen. Gemäss Absatz 1 von Artikel 11 haben diese «Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung.» Und Absatz 2 legt fest: «Sie üben ihre Rechte im Rahmen ihrer Urteilsfähigkeit aus.» Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe g der Bundesverfassung hält fest, dass sich Bund und Kantone in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür einsetzen, dass «Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu selbstständigen und sozial verantwortlichen Personen gefördert und in ihrer sozialen, kulturellen und politischen Integration unterstützt werden». Es gibt in der Bundesverfassung weitere Artikel, wo die Anliegen der Kinder und Jugendlichen speziell hervorgehoben werden, so etwa im ganzen Bereich des Bildungswesens.

Die Motion verlangt gestützt auf diese Verfassungsgrundlagen ein Rahmengesetz, in welchem die Grundlagen für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik geschaffen und die Kantone beauftragt werden, eine umfassende Jugendförderungspolitik zu installieren. Im Weiteren verlangt die Motion konkret eine Bundesstelle, welche die Arbeit aller Verwaltungseinheiten, die mit Jugendlichen zu tun haben, koordiniert und die Kantone in der Jugendförderungspolitik

Proposition de la commission

La commission propose, par 11 voix contre 5 et sans abstention:

Majorité

Prendre acte de la pétition sans y donner suite.

Minorité

(Günter, Banga, Fehr Mario, Garbani, Wiederkehr)

Transmettre le postulat 02.3009.

Günter Paul (S, BE): Die Petition der Jugendsession 2001 verlangt, dass die internationalen Waffen- und Kriegsmateriallieferungen verboten werden. Die Jugendparlamentarierinnen und -parlamentarier begründen ihr Anliegen damit, dass ein Verbot von internationalen Waffenausfuhren den Bestand an Waffen in Konfliktgebieten reduziert und dass so die Gewalttätigkeit in der Welt abnimmt.

Eine Kommissionsminderheit beantragt, der Petition mit einem Postulat Folge zu geben, und ich begründe hier ihre Stellungnahme. Ich muss noch etwas vorausschicken. Wenn Sie die Ausführungen der Verwaltung zur Petition lesen, dann steht dort ein merkwürdiger Satz: «Die Forderung für ein generelles Verbot von Waffenlieferungen würde national und international auf Unverständnis und Ablehnung stossen.» Das Wort «national» kann ich noch verstehen, weil es in unserem Land Leute gibt, die für Waffenexporte sind. Aber dass «international» jemand etwas dagegen hat, wenn die Schweiz keine Waffen ausführt, scheint uns doch eine etwas seltsame Begründung; wir haben das kritisiert.

Wir haben dann, um das Anliegen der Petition aufzunehmen, ein Postulat formuliert: «Der Bundesrat soll prüfen, wie die Schweiz sich in der Uno einsetzen soll, um ein Verbot von Waffen- und Kriegsmateriallieferungen zu erreichen.» Das ist ein sehr offen formuliertes Postulat.

Es geht hier um die schweizerische Rüstungsindustrie und die so genannte Sicherheit unseres Landes. Ich darf feststellen, dass unsere Rüstung in wichtigen und zentralen Bereichen ohnehin nicht autark ist: Wir kaufen die wichtigsten Waffen heute ein. Es besteht daher keine militärisch begründete Notwendigkeit, eine eigene grössere Waffenindustrie aufrechtzuerhalten. Wir haben heute die Situation, dass im internationalen Rüstungsbereich Überkapazitäten bestehen. Die USA arbeiten im Hightech-Bereich und versuchen, Druck zu machen, damit solvente Käufer wie die Europäer möglichst auch diese Hightech-Waffen erwerben. Da kann ein «Vorführkrieg» hier und da nicht schaden. Wer die Weltpolitik der USA in den letzten Monaten und Jahren verfolgt hat, kommt jedenfalls nicht um den Verdacht herum, dass auch der Showeffekt – dank dem die Waffenkäufe verbessert werden sollen – ein zusätzliches Motiv ist, um die Kriegstrommel zu rühren.

Wir haben auf der anderen Seite Russland, die Ukraine, das United Kingdom und Frankreich, die eine überdimensionierte Rüstungsindustrie haben, die Billigwaffen anbietet. Wir haben zudem die Situation, dass viele Grossarmeen, darunter auch die der Schweiz, verkleinert werden. Dadurch werden sehr viele Waffen frei. In diesem Umfeld hat es eine schweizerische Rüstungsindustrie sehr schwer, das sehen wir jetzt auch an den Resultaten der Ruag. Wir stehen vor dem Dilemma, vor dem wir seit langem gewarnt haben: Entweder macht unsere Rüstungsindustrie Hochdruck und verkauft Waffen, wohin sie nur kann; dann ist aber über kurz oder lang ein Skandal vorprogrammiert, weil Schweizer Waffen in ein Konfliktgebiet gelangen, in das sie nie hätten gelangen dürfen. Oder aber man versucht, sich an die Regeln zu halten und die Gesetze zu beachten – dann ist die wirtschaftliche Zukunft unserer Rüstungsindustrie eigentlich auch schon sicher: Sie wird nämlich keine haben! Das wahrscheinlichste Szenario ist eine Mischung der beiden Szenarien: ein Skandal und gleichzeitig auch ein Abbau von Arbeitsplätzen.

Unser Hauptargument gegen die Waffenexporte ist moralisch und ethisch fundiert, aber eben nicht nur: Es sprechen auch Marktgründe, ökonomische Gründe, dagegen, wie ich sie oben skizziert habe. Mehrere Studien haben gezeigt,

dass heute in einem Land eine grössere Rüstungsindustrie volkswirtschaftlich eine Hypothek und nicht von Vorteil ist. Ich ersuche Sie, das Postulat der Kommissionsminderheit zu überweisen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 78 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 54 Stimmen

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le postulat est donc rejeté. Le Conseil prend acte de la pétition sans y donner suite.

00.403

**Parlamentarische Initiative
Fehr Jacqueline.
Anstossfinanzierung
für familienergänzende
Betreuungsplätze**

**Initiative parlementaire
Fehr Jacqueline.
Incitation financière pour la création
de places d'accueil pour enfants
en dehors du cadre familial**

Différences – Divergences

Einreichungsdatum 22.03.00

Date de dépôt 22.03.00

Bericht SGK-NR 22.02.01

Rapport C5SS-CN 22.02.01

Nationalrat/Conseil national 21.03.01 (Erste Phase – Première étape)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBI 2002 4219)

Rapport C5SS-CN 22.02.02 (FF 2002 3925)

Stellungnahme des Bundesrates 27.03.02 (BBI 2002 4262)

Avis du Conseil fédéral 27.03.02 (FF 2002 3970)

Nationalrat/Conseil national 17.04.02 (Zweite Phase – Deuxième étape)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.09.02 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 04.10.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 04.10.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2002 6488)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2002 6029)

1. Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

1. Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

Art. 1 Abs. 2; 3 Abs. 1 Bst. b, c; 4 Abs. 3; 5 Abs. 1; 9 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1 al. 2; 3 al. 1 let. b, c; 4 al. 3; 5 al. 1; 9 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Rossini Stéphane (S, VS), pour la commission: S'agissant des divergences relatives au projet issu de l'initiative parlementaire Fehr Jacqueline «Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial», je tiens à vous présenter quelques points qui ont été débattus par la commission.

Le premier élément concerne le résultat final de la discussion, c'est-à-dire que par 9 voix contre 1 et avec 7 abstentions, la commission vous propose de mettre fin aux divergences et d'accepter le projet tel qu'il ressort des débats du

Conseil des Etats. Cette décision, il faut bien l'avouer, n'est pas le reflet de l'enthousiasme qui a été celui de votre commission pour élaborer et finaliser ce projet, mais c'est une décision qui relève tout simplement de la raison et de l'appréciation objective de la situation dans laquelle nous nous trouvons.

En effet, à l'origine, l'initiative parlementaire nous demandait 100 millions de francs par année sur dix ans. Ensuite, nous avons discuté, au sein de ce Conseil, d'une proposition de 100 millions de francs par année sur une période de quatre ans – je rappelle que le Conseil fédéral avait proposé 100 millions de francs pour quatre ans, soit 25 millions de francs par an.

Le Conseil des Etats a décidé de répartir 200 millions de francs sur quatre ans, à savoir 50 millions de francs par an, somme qui se situe donc à mi-chemin entre les 25 millions de francs du Conseil fédéral et les 100 millions de francs décidés par notre Conseil.

Aujourd'hui, l'objectif de la commission comme, je l'espère, de l'ensemble de notre Conseil – et je crois que c'est l'élément essentiel qu'il convient de mettre en évidence – est de passer véritablement de la parole, des bonnes intentions aux actes, c'est-à-dire de pouvoir mettre en oeuvre au plus vite ce programme d'impulsion. Au plus vite, cela signifie, en fonction du délai référendaire, une entrée en vigueur de ce texte au 1er février 2003.

Nous avons conscience que la commission fait un pas en arrière, mais nous estimons que, malgré ce pas en arrière, un progrès extrêmement important est accompli: si nous n'adhérons pas aux décisions du Conseil des Etats, nous risquons de nous retrouver à la case départ, c'est-à-dire de n'avoir aucun montant à disposition pour lancer un programme d'impulsion, et je crois que ce n'est pas cela que notre Conseil a clairement décidé en première délibération.

Je souhaite aussi évoquer un point important: si notre Conseil accepte de débloquer la somme globale de 200 millions de francs, nous souhaitons que ces 50 millions de francs annuels alloués au programme d'impulsion y soient véritablement affectés. Nous n'aimerions pas que, sur ce montant de 50 millions de francs, des sommes soient encore soustraites, c'est-à-dire que l'on fasse en quelque sorte des économies.

Nous avons, à l'article 1er alinéa 1er du projet 2, une proposition de minorité Fasel qui suggère non pas 200 millions mais 300 millions de francs. Je crois que dans ce débat, c'est un élément important. Nous souhaitons qu'il y ait une relation effective entre la volonté politique et l'allocation des ressources.

Concernant les éléments de détail, on peut dire tout simplement que le Conseil des Etats a amené un certain nombre de précisions; concernant les tiers en définissant les employeurs, en précisant une durée de six ans pour déterminer la notion de long terme dans le financement de ces crèches. Ensuite, la notion d'exigence cantonale de qualité est une autre précision apportée, comme celle de l'équilibre entre les régions. Ces différents éléments sont parfaitement en concordance avec l'état d'esprit qui avait présidé à l'élaboration du premier projet en commission puis à son examen par notre Conseil.

Un seul élément dans les divergences est un peu différent, c'est celui du montant maximal de 5000 francs qui décidé par le Conseil des Etats alors que nous avions préféré que les aides financières couvrent au maximum un tiers des frais d'investissement et d'exploitation, mais cette solution se trouve en parfaite cohérence avec la diminution des montants décidée globalement par le Conseil des Etats.

Voilà la discussion qui a été celle de la commission qui a donc très nettement postulé et opté pour supprimer toutes les divergences et passer de la parole aux actes pour lancer au plus vite ce programme d'impulsion.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Ich kann es kurz machen. Beim Bundesgesetz schuf der Ständerat noch drei Differenzen: In Artikel 3 bezifferte er die

langfristige Finanzierung, die zu gewährleisten ist, mit sechs Jahren, in Artikel 4 wollte er eine ausgewogene regionale Verteilung der Mittel, und in Artikel 5 limitierte er die Kosten pro Platz und Jahr auf eine Summe von 5000 Franken. Die Kommission war nach einer Diskussion mit der Bereinigung dieser Differenzen einverstanden. Sie war sich bewusst, dass man keine neuen Differenzen mehr schaffen möchte, sondern den Erlass so schnell wie möglich in Kraft treten lassen will.

Beim Bundesbeschluss über die Finanzhilfen hatten wir auch eine Differenz. Diese Differenz ist geblieben. Sie erinnern sich: Der Nationalrat wollte 400 Millionen Franken für diese Anstossfinanzierung einsetzen; der Bundesrat sah vor allem die finanzielle Entwicklung des Bundeshaushaltes und wollte nur 100 Millionen Franken gewähren. Der Ständerat bewegte sich zwischen diesen Zahlen und setzte die Summe der zur Verfügung stehenden Mittel auf 200 Millionen Franken fest. Die Mehrheit war einverstanden – zum Teil zähneknirschend –, aber man will diesen Beschluss so schnell wie möglich in Kraft treten lassen. Eine Minderheit, angeführt von Kollege Fasel, wollte – auch als Kompromiss – bei 300 Millionen Franken bleiben, denn 400 Millionen Franken waren in diesem Rat mit grosser Mehrheit bereits einmal beschlossen worden. Aber die Mehrheit war eben der Meinung, die Bundesfinanzen würden mit Zuwarten nicht besser. Es ist besser, wir können diesen Bundesbeschluss jetzt verabschieden und das Programm starten.

Das Allerwichtigste an diesem Vorstoss ist aber – und da bin ich der Initiatorin, Frau Fehr Jacqueline, sehr dankbar –, dass er in unserem Land eine richtige Welle in Gang gesetzt hat. Wenn ich die Entwicklung in unserer Gegend betrachte, dann sehe ich, dass sehr viele Krippenplätze im Entstehen sind. Sehr viele festgefahrene Strukturen haben den nötigen Impuls für Blockzeiten und Tagesschulen erhalten. Das ist ebenso viel wert wie das, was wir hier beschliessen. Ohne diese Bewegung, die von einer grossen Mehrheit hier im Saal getragen worden ist, wäre das nicht möglich gewesen. Im Sinne eines Vernunftsantrages bitte ich Sie, hier die Mehrheit zu unterstützen. Damit hätten wir keine Differenzen mehr zum Ständerat.

Angenommen – Adopté

2. Bundesbeschluss über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

2. Arrêté fédéral concernant les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

Art. 1 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Fasel)

.... 300 Millionen

Art. 1 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Fasel)

.... de 300 millions

Fasel Hugo (G, FR): Die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen ist eine familienpolitische Notwendigkeit. Dieser Ansicht waren wir in diesem Saal mit sehr, sehr grosser Mehrheit. Der Ständerat war ebenfalls klar und deutlich dieser Auffassung. Hingegen hat dieses Anliegen, das man als zentral betrachtet, im Ständerat auf finanzieller Seite eine mächtige Einbusse erlitten: Statt der vom Nationalrat vorgeschlagenen 400 Millionen Franken hat der Ständerat den Betrag für dieses wichtige Anliegen schlichtweg

halbiert, also – man kann es nicht anders sagen – durch bescheidene 200 Millionen Franken über vier Jahre hinweg ersetzt.

Namens der grünen Fraktion bin ich der Auffassung, dass wir hier nicht einfach klein beigeben sollten, weil das Anliegen eine konsequente Haltung auch im Finanzierungsbeschluss verlangt. Da pro Jahr jetzt noch offenbar 50 Millionen Franken bleiben sollen – die wir als bescheiden erachten –, will ich auf die letzten Beschlüsse Bezug nehmen, über die wir nicht einmal reden konnten: Wir haben letzte Woche noch gehört, dass der Bundesrat über Nacht, ohne Konsultation des Parlamentes, 63 Millionen Franken für ein marodes Unternehmen, nämlich Swiss Dairy Food, beschlössen hat – es wird ja noch mehr werden. Man sieht damit in diesem Parlament, worauf Gewicht gelegt wird: Für Kinderkrippen werden noch 50 Millionen Franken eingesetzt, das soll man dann über die Jahre verteilen; wahrscheinlich wird die Frau Bundesrätin nachher noch sagen, es würden dieses Jahr nicht einmal 50 Millionen Franken sein. Gleichzeitig, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, beschliesst derselbe Bundesrat trotz Schuldenbremse und Defizit locker, 60 oder 70 Millionen Franken für ein marodes Unternehmen der Milchwirtschaft einzusetzen. Wahrscheinlich werden noch Darlehen folgen, die dann nie zurückbezahlt werden.

Ich weiss, dass viele im Lande bereits auf die Unterstützung warten, die von uns hier aufgegleist wurde. Wir wollen deshalb auch nicht grundsätzlich Spielverderber sein. Dennoch will ich mit einer Frage an Frau Bundesrätin Dreifuss gelangen: Wie viel ist jetzt für die Förderung der Krippen definitiv im Budget 2003 eingesetzt? Ich möchte also hier klar und deutlich hören, ob man von diesen 50 Millionen Franken noch einmal abweichen wird, sodass wir auch auf eine verlässliche Auskunft vonseiten des Bundesrates zählen können.

Ich bitte deshalb Frau Bundesrätin Dreifuss, diese Frage in ihren Ausführungen noch zu beantworten.

Meyer Thérèse (C, FR): Voici l'avis du groupe démocrate-chrétien concernant le projet d'«Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial».

Petit rappel. Lors de la première délibération sur cet objet dans notre Conseil, le groupe démocrate-chrétien avait adopté massivement le projet de la commission, c'est-à-dire 100 millions de francs par an pendant dix ans avec un maximum de 8000 francs d'aide financière par place créée, confirmant ainsi son soutien en priorité à la famille et confirmant ainsi aussi qu'il soutenait la famille sous toutes ses formes et selon le choix des parents de rester l'un ou l'autre totalement ou partiellement au foyer pour l'éducation des enfants, ou de pouvoir concilier harmonieusement l'éducation des enfants et une vie professionnelle. C'est le but de ce projet et de cette action exceptionnelle de la Confédération en raison du manque d'équipement dans le pays.

Au Conseil des Etats, nos représentants se sont ralliés massivement également aux décisions de notre Conseil, malgré les propositions minimalistes du Conseil fédéral qui, lui, voulait 25 millions de francs par an au lieu de 100. Il y a aussi eu une proposition médiane de la commission qui demandait 50 millions de francs par an pendant huit ans, et 5000 francs d'aide financière au maximum par place créée. Notre groupe a finalement soutenu la proposition de la commission du Conseil des Etats, soit 200 millions de francs à répartir sur quatre ans.

En ce qui concerne la procédure d'élimination des divergences, la commission de notre Conseil a examiné la situation sous toutes les coutures. Force a été de constater qu'il n'était pas possible, en l'état, d'obtenir un franc de plus du Conseil des Etats. Au contraire: maintenir la divergence pouvait mettre en péril tout le projet.

La commission paraissait convaincue qu'il était plus judicieux de se rallier au Conseil des Etats, mais une proposition de dernière minute de M. Fasel est arrivée.

Malgré l'objectif premier de notre groupe de faire un effort supplémentaire pour ce projet, la lucidité nous commande d'adopter le projet tel qu'il ressort des débats du Conseil des Etats et d'éliminer toutes les divergences, surtout après avoir entendu que les représentants du groupe socialiste défendent le même point de vue. Sous réserve de référendum, la loi pourra entrer en vigueur le 1er février 2003 et en huit ans, 35 000 à 40 000 nouvelles places pourraient être créées, ce qu'on peut qualifier de réel progrès.

La proposition de minorité Fasel, qui va plus loin, comporte un certain risque de voir le Conseil des Etats rejeter le frein aux dépenses, ce qui serait la mort du projet. Ce serait quand même dommage, car nous avons la possibilité de le faire aboutir: un tiens vaut mieux que deux tu l'auras! Je vous demande de soutenir la proposition de la majorité de la commission.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe radical-démocratique communique qu'il soutient la proposition de la majorité.

Wirz-von Planta Christine (L, BS): Die Liberalen sind grundsätzlich der Meinung, dass die Kindererziehung in erster Linie in die Verantwortung der Eltern gehört, dass die staatlich subventionierte externe Kinderbetreuung in die Kompetenz der Kantone und nicht des Bundes gehört und dass die Arbeitgebenden nicht gesetzlich verpflichtet werden dürfen, die externe Kinderbetreuung finanziell mitzutragen. Sie sollten es – in ihrem eigenen Interesse – tun, sie sollten aber nicht dazu gezwungen werden, weil sie sehr oft überhaupt nicht in der Lage sind, das zu tun.

Nun ergibt sich aber mit der Parlamentarischen Initiative Fehr Jacqueline die Möglichkeit, die Kantone, die genug gebeutel sind und Zuschüsse des Bundes auf vielen Gebieten am Schwinden sehen, zu entlasten, wobei die finanzstarken Kantone wie z. B. Basel, das als Stadtkanton natürlich ein grosses Angebot an Fremdbetreuungsplätzen zu berappen hat, nur einen Tropfen auf den heissen Stein erhalten werden.

Bei der ersten Behandlung dieses Geschäftes im Nationalrat hat die liberale Fraktion mit einem – haushoch abgewiesenen – Antrag gefordert, dass durch den Bund keine Anstossfinanzierung an Organisationen auszurichten sei, wenn eine negative Beurteilung des Kantons vorliege. Man sollte also die Kompetenz des Bundes nicht zur Umgehung nutzen: Wenn der Kanton eine solche Empfehlung abgibt, dann sollte die Organisation nachher nicht die Möglichkeit haben, durch die Hintertüre zum Bund zu gehen und dann eine Anstossfinanzierung zu erhalten. Wir bitten deshalb die zuständigen Stellen, in der Praxis ausschliesslich die Empfehlungen der Kantone zu berücksichtigen, denn ansonsten würde damit ein unschönes Präjudiz geschaffen.

Die liberale Fraktion stimmt mehrheitlich dem Kompromiss des Ständerates zu, d. h. der Mehrheit der Kommission oder, in Franken ausgedrückt, den 200 Millionen Franken.

Fehr Jacqueline (S, ZH): Ich möchte hier kurz erklären, weshalb ich dem Kompromiss ebenfalls zustimme und weshalb ich Sie bitte – wenn auch à contrecœur –, dies ebenfalls zu tun und damit den Spatz in der Hand zu wählen.

Dieser Rat hat im April ein klares und richtiges Zeichen gesetzt. Mit 100 Millionen Franken jährlich sollten familienergänzende Einrichtungen wie Krippen, Ganztageschulen, Mittagstische usw. gefördert werden. Der Nationalrat hat diesem Kredit zugestimmt, weil er erkannt hat, in welchem Umfang Plätze fehlen. Er hat aber auch zugestimmt, weil er erkannt hat, wie wichtig diese Plätze für die Kinder als Ort des sozialen Lernens sind. Er hat auch zugestimmt, weil er erkannt hat, welchen volkswirtschaftlichen Nutzen Krippen, Ganztageschulen und Mittagstische haben. Der Nationalrat hat zu Recht zugestimmt. Der Ständerat hat dann aber im Juni die Bremse gezogen und den Betrag halbiert. Es deutet nichts darauf hin, dass der Ständerat zu mehr zu bewegen wäre. Nach sehr gründlichen Abklärungen musste auch ich

einsehen, dass im Ständerat das qualifizierte Mehr für einen höheren Betrag nicht erreicht würde. Mit anderen Worten: Wir können das Projekt nicht mehr verbessern, sondern nur noch verzögern.

Ich bitte Sie deshalb schweren Herzens, dem Kompromiss zuzustimmen. Dabei wird auch klar, dass dies zwar ein wichtiger Schritt ist, aber eben nur ein erster Schritt sein kann. Es ist Aufgabe der Kantone und Gemeinden, diesen Ausbau weiterzuführen. Wenn die Kantone damit unter Druck kommen, dann war das – so muss ich zugestehen – die pure, lautere Absicht dieses Vorstosses, den Kantonen Beine zu machen, damit sie diese Aufgabe lösen.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine politische und eine persönliche Bemerkung. Die politische Bemerkung: Ich hatte bei diesem Projekt immer auch die Finanzierung im Auge und blickte dabei vor allem auf das Steuerpaket. Mein Vorschlag lautete von Beginn an: Setzen wir für das Steuerpaket statt 1,3 Milliarden nur 1,2 Milliarden Franken ein, und stellen wir die übrigen 100 Millionen Franken für den Ausbau der familienergänzenden Betreuungsplätze zur Verfügung. Ich bin noch heute davon überzeugt, dass diese Kombination den Familien weit mehr bringen würde als eine einäugige Steuersenkungspolitik, doch Kompromisse sind manchmal eben nötig.

Die persönliche Schlussbemerkung ist ein Dank, und zwar an all jene Mitglieder des Rates, die über die Parteigrenzen hinweg diesem Projekt zum Durchbruch verholfen haben. Mein Dank geht aber auch an die Verwaltung, die in Rekordzeit die Grundlagen in einem für den Bund neuen Gebiet erarbeitet hat und es uns damit ermöglichte, die Vorlage ebenso rasch zu beraten und zu verabschieden.

Würsten sie es, so würden es Ihnen auch die Kinder danken, die dereinst in den so geförderten Einrichtungen viele spannende Stunden verbringen dürfen.

Studer Heiner (E, AG): Wer hätte damals im Tessin, noch im Jahr 2001, geglaubt, dass total 400 Millionen Franken das Resultat sein würden? Wahrscheinlich sehr wenige. Deshalb ist es auch richtig, dass wir jetzt den Realitätsbezug herstellen. Der Bundesrat wollte nur 25 Millionen Franken pro Jahr, also nur einen Viertel von dem, was wir wollten – man kann nicht immer die Hälfte als Kompromiss haben. Aber wenn wir realistisch sind, müssen wir sagen, dass die 200 bzw. viermal 50 Millionen Franken nicht die Hälfte dessen sind, was wir hätten haben können, sondern das sind total 200 Millionen Franken, die wir sonst nicht hätten. Es ist wichtig, dass wir es aus diesem Blickwinkel ansehen. Ich bin sehr dankbar – ich habe es, was den Realitätsbezug angeht, auch nicht anders erwartet –, dass auch Jacqueline Fehr ganz klar darauf hingewiesen hat.

Wir haben für die 100 Millionen Franken pro Jahr gestimmt und sind jetzt aber bei dieser Differenzbereinigung aus Überzeugung für den Kompromiss mit dem Ständerat. Damit kann das Geschäft abgeschlossen werden, und wir haben etwas ganz Handfestes in Händen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Merci à la commission pour le travail qu'elle a accompli et pour la sagesse dont elle fait preuve en vous recommandant de vous rallier au Conseil des Etats. Par là, vous vous ralliez aussi à une version qui est plus proche de celle du Conseil fédéral.

Une question m'a été posée par M. Fasel, qui est de savoir quelle somme est inscrite au budget de l'année prochaine. Avant de prononcer le montant exact, je dois vous rappeler qu'il s'agit d'un crédit qui peut être engagé sur quatre ans, mais que chacun des engagements peut durer trois ans. Il nous faut donc être prudents au niveau du budget pour pouvoir tenir le rythme des déboursements sur la période d'application du crédit, de six ans en principe. C'est la raison pour laquelle nous avons mis 20 millions de francs au budget de l'année prochaine. Et nous continuons dans le plan financier de façon à avoir engagé, à la fin de la période de quatre ans, l'intégralité de la somme et de pouvoir encore

verser pendant trois ans ce qui est nécessaire. La volonté de réaliser ce que le Parlement décidera est bien là.

En ce qui concerne la question qui a été soulevée de savoir dans quelle mesure les cantons auraient leur mot à dire: les cantons ont leur mot à dire en ayant des exigences de qualité au moins équivalentes à celles que nous mettrons en place dans l'ordonnance. Nous ne pouvons pas financer quelque chose qui ne correspondrait pas aux normes cantonales, et il va sans dire que nous souhaitons qu'il y ait une prise de position par rapport à ces demandes de la part des différents cantons. Les institutions que nous pouvons soutenir sont de tout ordre. Cela peut même être une crèche d'entreprise ou une institution mise sur pied par une association privée. Il ne faudrait pas que le canton puisse s'opposer à une expérience répondant aux besoins et aux exigences de qualité. C'est certainement une expérience qui a pour but de dynamiser la politique cantonale et communale en faveur de la petite enfance et, dans ce sens-là, nous avons tout intérêt à collaborer étroitement avec ces instances de notre système fédéraliste.

Fasel Hugo (G, FR): Ganz kurz: Wir haben in der Frühjahrs-session 2001 im Tessin 400 Millionen Franken für ein Anliegen beschlossen, das alle äusserst wichtig fanden. Dann hat der Ständerat diesen Betrag halbiert, und in der Kommission habe ich die Lösung von 300 Millionen Franken eingebracht, weil ich davon ausging, dass wir damit in diesem Rat eine klare Mehrheit finden würden. Denn wir wissen, dass in der Zwischenzeit auch die CVP ein sehr attraktives Familienprogramm beschlossen hat, und ich ging eigentlich davon aus, dass die CVP dies hier auch umsetzen würde und dass man zwischen den Fraktionen der CVP und der SP eine starke Mehrheit finden würde. Aber Frau Meyer Thérèse hat jetzt geklärt, dass das unmöglich sein wird, sodass es mir auch lieber ist, dass wir am Schluss besser die «wenigen 20 Millionen» für 2003, wie Frau Bundesrätin Dreifuss jetzt noch gesagt hat, mitnehmen als gar nichts: Denn es gibt nach wie vor einige Leute, die als Totengräber des gesamten Projektes wirken wollen.

Interessant finde ich, dass diese Reduktionen der Mittel für Betreuungsplätze mit finanziellen Argumenten begründet werden. Während ich noch geredet habe, haben wir bereits wieder einen Zettel auf das Pult erhalten, wonach wir nachträglich noch 90 Millionen Franken für die Expo.02 bewilligen sollen. Man sieht also: Vorläufig liegen die finanziellen Prioritäten nach wie vor bei der Expo und bei der Milch. Aber eben: Parlamentarische Arbeit ist ein zentimeterweises Vorkommen, und deshalb ziehe ich den Antrag der Minderheit zurück und bleibe bei den bescheidenen 20 Millionen für 2003, die Frau Bundesrätin Dreifuss angekündigt hat.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de la minorité a été retirée.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

00.403

**Parlamentarische Initiative
Fehr Jacqueline.
Anstossfinanzierung
für familienergänzende
Betreuungsplätze**

**Initiative parlementaire
Fehr Jacqueline.
Incitation financière pour la création
de places d'accueil pour enfants
en dehors du cadre familial**

Schlussabstimmung – Vote final

Einreichungsdatum 22.03.00

Date de dépôt 22.03.00

Bericht SGK-NR 22.02.01

Rapport CSSS-CN 22.02.01

Nationalrat/Conseil national 21.03.01 (Erste Phase – Première étape)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBI 2002 4219)

Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF 2002 3925)

Stellungnahme des Bundesrates 27.03.02 (BBI 2002 4262)

Avis du Conseil fédéral 27.03.02 (FF 2002 3970)

Nationalrat/Conseil national 17.04.02 (Zweite Phase – Deuxième étape)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.09.02 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 04.10.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 04.10.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2002 6488)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2002 6029)

**1. Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung
1. Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants**

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00.403/2883)

Für Annahme des Entwurfes 120 Stimmen

Dagegen 58 Stimmen

01.023

**Bundesrechtspflege.
Totalrevision
Organisation judiciaire fédérale.
Révision totale**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 28.02.01 (BBI 2001 4202)

Message du Conseil fédéral 28.02.01 (FF 2001 4000)

Stellungnahme des Bundesgerichtes 23.02.01 (BBI 2001 5890)

Prise de position du Tribunal fédéral 23.02.01 (FF 2001 5622)

Stellungnahme des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes 22.12.00

(BBI 2001 5890)

Prise de position du Tribunal fédéral des assurances 22.12.00

(FF 2001 5622)

Zusatzbotschaft des Bundesrates 28.09.01 (BBI 2001 6049)

Message additionnel du Conseil fédéral 28.09.01 (FF 2001 5751)

Zusatzbericht RK-SR 16.11.01 (BBI 2002 1181)

Rapport additionnel CAJ-CE 16.11.01 (FF 2002 1128)

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 19.03.02 (Fortsetzung – Suite)

Zusatzbericht RK-SR 23.05.02 (BBI 2002 5903)

Rapport additionnel CAJ-CE 23.05.02 (FF 2002 5487)

Ständerat/Conseil des Etats 05.06.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 13.06.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.02 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 20.06.02 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 21.06.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 21.06.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 7 (BBI 2002 4456)

Texte de l'acte législatif 7 (FF 2002 4153)

Nationalrat/Conseil national 17.09.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 17.09.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 24.09.02 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 30.09.02 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 04.10.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 04.10.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (BBI 2002 6493)

Texte de l'acte législatif 2 (FF 2002 6034)

Text des Erlasses 4 (AS 2002 3147)

Texte de l'acte législatif 4 (RO 2002 3147)

**2. Bundesgesetz über das Bundesstrafgericht
2. Loi fédérale sur le Tribunal pénal fédéral**

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 01.023/2884)

Für Annahme des Entwurfes 181 Stimmen

Dagegen 1 Stimme

**Geschäft / Objet:**
 Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung
 Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants
Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 04.10.2002 09:21:38

Abate	+	R	TI	Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Kurrus	=	R	BL	Schluer	=	V	ZH
Aeppli Wartmann	+	S	ZH	Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Lachat	+	C	JU	Schmid Odilo	+	C	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fehr Lisbeth	+	V	ZH	Lalivé d'Epinay	+	R	SZ	Schmid Walter	+	V	BE
Antille	*	R	VS	Fehr Mario	+	S	ZH	Laubacher	=	V	LU	Schneider	=	R	BE
Baader Caspar	=	V	BL	Fetz	+	S	BS	Lauper	*	C	FR	Schwaab	+	S	VD
Bader Elvira	+	C	SO	Fischer-Seengen	=	R	AG	Leu	+	C	LU	Seller Hanspeter	*	V	BE
Banga	+	S	SO	Freund	=	V	AR	Leutenegger Hajo	=	R	ZG	Siegrist	+	V	AG
Bangerter	+	R	BE	Frey Claude	=	R	NE	Leutenegger Susanne	+	S	BL	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Baumann Alexander	=	V	TG	Fassler	+	S	SG	Leuthard	+	C	AG	Sommaruga	+	S	BE
Baumann Ruedi	*	G	BE	Fohn	=	V	SZ	Loepfe	=	C	AI	Speck	=	V	AG
Baumann Stephanie	+	S	BE	Gadient	+	V	GR	Lustenberger	+	C	LU	Spielmann	+	-	GE
Beck	=	L	VD	Galli	+	C	BE	Maillard	+	S	VD	Spuhler	=	V	TG
Berberat	+	S	NE	Garbari	+	S	NE	Maitre	+	C	GE	Stahl	=	V	ZH
Bernasconi	+	R	GE	Genner	*	G	ZH	Mariétan	+	C	VS	Stamm Luzi	=	V	AG
Bezzola	*	R	GR	Giezendanner	*	V	AG	Marti Werner	*	S	GL	Steinegger	o	R	UR
Bigger	=	V	SG	Glasson	+	R	FR	Marty Kalin	+	S	ZH	Steiner	=	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glur	=	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Strahm	+	S	BE
Binder	=	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Mathys	=	V	AG	Studer Heiner	+	E	AG
Blocher	=	V	ZH	Graf	+	G	BL	Maurer	=	V	ZH	Stump	+	S	AG
Borer	=	V	SO	Grobet	*	S	GE	Maury Pasquier	#	S	GE	Suter	+	R	BE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gross Andreas	+	S	ZH	Meier-Schatz	+	C	SG	Teuscher	+	G	BE
Bosshard	+	R	ZH	Gross Jost	+	S	TG	Messmer	=	R	TG	Thanei	+	S	ZH
Bruderer	+	S	AG	Guisan	+	R	VD	Meyer Thérèse	+	C	FR	Theiler	=	R	LU
Brunner Toni	=	V	SG	Gutzwiller	+	R	ZH	Mugny	+	G	GE	Tillmanns	+	S	VD
Bugnon	o	V	VD	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Ménétreay Savary	+	G	VD	Triponoz	=	R	BE
Buhlmann	+	G	LU	Gysin Remo	+	S	BS	Morgeli	=	V	ZH	Tschuppert	=	R	LU
Buhrer	o	R	SH	Gunter	+	S	BE	Muller Erich	=	R	ZH	Tschappat	+	S	BE
Cavalli	+	S	TI	Haering Binder	+	S	ZH	Muller-Hemmi	+	S	ZH	Vallender	*	R	AR
Chappuis	+	S	FR	Haller	+	V	BE	Nabholz	+	R	ZH	Vaudroz Jean-Claude	+	C	GE
Chevrier	+	C	VS	Hassler	=	V	GR	Neiryneck	*	C	VD	Vaudroz René	+	R	VD
Christen	+	R	VD	Heberlein	+	R	ZH	Oehrl	*	V	BE	Vermot	+	S	BE
Cina	+	C	VS	Hegetschweiler	=	R	ZH	Pedrina	+	S	TI	Vollmer	+	S	BE
Cuche	+	G	NE	Heim	+	C	SO	Pelli	+	R	TI	Waber Christian	+	E	BE
De Dardel	+	S	GE	Hess Bernhard	=	-	BE	Pfister Theophil	=	V	SG	Walker Félix	+	C	SG
Decurtins	+	C	GR	Hess Peter	+	C	ZG	Polla	+	L	GE	Walter Hansjörg	=	V	TG
Donzé	+	E	BE	Hess Walter	+	C	SG	Raggenbass	+	C	TG	Wandfluh	=	V	BE
Dormann Rosemarie	+	C	LU	Hofmann Urs	+	S	AG	Randegger	*	R	BS	Wasserfallen	=	R	BE
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hollenstein	+	G	SG	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weigelt	=	R	SG
Dunant	=	V	BS	Hubmann	+	S	ZH	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Weyeneth	=	V	BE
Dupraz	+	R	GE	Hammerle	+	S	GR	Rennewald	+	S	JU	Widmer	+	S	LU
Eberhard	+	C	SZ	Imfeld	=	C	OW	Riklin	+	C	ZH	Widng	+	C	SG
Egerszegi	+	R	AG	Imhof	+	C	BL	Robbiani	+	C	TI	Wiederkehr	+	E	ZH
Eggly	*	L	GE	Janiak	+	S	BL	Rossini	+	S	VS	Wirz-von Planta	+	L	BS
Ehrl	+	C	AG	Joder	=	V	BE	Ruey	=	L	VD	Wittenwiler	+	R	SG
Engelberger	=	R	NW	Jossen	+	S	VS	Salvi	+	S	VD	Wyss Ursula	+	S	BE
Estermann	+	C	LU	Jutzet	+	S	FR	Sandoz Marcel	+	R	VD	Zanetti	+	S	SO
Fasel	+	G	FR	Kaufmann	=	V	ZH	Schenk	=	V	BE	Zapfl	+	C	ZH
Fattebert	=	V	VD	Keller Robert	=	V	ZH	Scherer Marcel	=	V	ZG	Zisyadis	+	-	VD
Favre	=	R	VD	Kofmel	+	R	SO	Scheurer Rémy	=	L	NE	Zuppiger	=	V	ZH
Fehr Hans	=	V	ZH	Kunz	=	V	LU	Schibli	=	V	ZH	Zach	+	C	AG

+ ja / oui / si * entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente
 = nein / non / no hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato
 o enth. / abst. / ast. # Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	120	ja / oui / si	31	8	2	19	49	5	4	2
nein / non / no	58	nein / non / no	2	0	3	16	0	0	36	1
enth. / abst. / ast.	3	enth. / abst. / ast.	0	0	0	2	0	0	1	0
entschuldigt / excusé / scusato	18	entschuldigt / excusé / scusato	2	2	1	5	2	0	4	2

Bedeutung Ja / Signification de oui:
 Bedeutung Nein / Signification de non:

00.014

11. AHV-Revision 11e révision de l'AVS

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 02.02.00 (BBI 2000 1865)
 Message du Conseil fédéral 02.02.00 (FF 2000 1771)
 Nationalrat/Conseil national 07.05.01 (Erstrat – Premier Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 08.05.01 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 09.05.01 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Fortsetzung – Suite)
 Ständerat/Conseil des Etats 25.09.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
 Ständerat/Conseil des Etats 26.09.02 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 02.10.02 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 04.10.02 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Ständerat/Conseil des Etats 04.10.02 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Text des Erlasses 3 (BBI 2002 6491)
 Texte de l'acte législatif 3 (FF 2002 6032)

3. Bundesgesetz betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung 3. Loi fédérale concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain en faveur de l'assurance-invalidité

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Entwurfes 43 Stimmen
 (Einstimmigkeit)

00.403

Parlamentarische Initiative Fehr Jacqueline. Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze Initiative parlementaire Fehr Jacqueline. Incitation financière pour la création de places d'accueil pour enfants en dehors du cadre familial

Schlussabstimmung – Vote final

Einreichungsdatum 22.03.00
 Date de dépôt 22.03.00
 Bericht SGK-NR 22.02.01
 Rapport CSSS-CN 22.02.01
 Nationalrat/Conseil national 21.03.01 (Erste Phase – Première étape)
 Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBI 2002 4219)
 Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF 2002 3925)
 Stellungnahme des Bundesrates 27.03.02 (BBI 2002 4262)
 Avis du Conseil fédéral 27.03.02 (FF 2002 3970)
 Nationalrat/Conseil national 17.04.02 (Zweite Phase – Deuxième étape)
 Ständerat/Conseil des Etats 18.06.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 30.09.02 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 04.10.02 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Ständerat/Conseil des Etats 04.10.02 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Text des Erlasses 1 (BBI 2002 6488)
 Texte de l'acte législatif 1 (FF 2002 6029)

1. Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung 1. Loi fédérale sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Entwurfes 24 Stimmen
 Dagegen 9 Stimmen